blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

Rückschläge für Tansanias Wirtschaft

ollektivierung und Dürre als Hauptursachen

Neue Zürcher Zeitung

DIE ZEIT

Vor dem Bankrott

Tansania, bislang sehr stolz auf den besonderen afrikanischen Weg zum Sozialismus durch seinen Präsidenten Nyerere, steht vor dem Bankrott. Nach Schätzungen der Weltbank verfügt Daressalam nur noch über Devisenreserven von rund 170 Millionen Mark. Das reicht gerade für die Importe von drei Wochen aus. Der Grund für die schlechte finanzielle Lage ist nicht allein in den gestiegenen Ölkosten zu suchen. Die Weltbank stellt fest, daß vor allem die chaotische Landwirtschaftspolitik des Präsidenten und seiner herrschenden Partei TANU schuld an der Misere sind.

TANSANIA

Ursachen der Krise: Sozialistische Landwirtschaftspolitik oder doch die Abhängigkeit vom Weltmarkt ?

Nr. 49
November 75

Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Postfach 5328
Tel. 0761/74003

AUS DEM INHALT:

DM 2,20

Jahresabonnement bei 10 Nummern (in 8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,- (Für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,--).
SFr 28,80 bzw. 20,40; öS 200,-- bis. 140,

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, 78 Freiburg, Postfach 5328, Tel. 74 00 3.

Zusammengestellt von: S. Bartels, R. Beckert, Y. Broyles, G. Cremer, J. Gene, F. Hemmerich, E.-H. Flammer, C. Jürgenmeyer, L. Klering, S. Lindemann, H. Maur, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, M. Schäfer, B. Schulze-Mittendorf, A. Sommerfeld, G. Spieß, B. Stein, H. Wenzler, J. Wilhelm, W. Witzel, M. Winter.

Satz: Composer-satz-Service, 5205 St. Augustin
Druck: H. Ahlbrecht, 34 Göttingen, Levinstraße 9a

Konten: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 14 82 39-755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement bei 10 Nummern (in 8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 25,-- (Für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 18,--).
Sfr 28,- bzw. 20.- ; öS 180,-- bzw. 135,-
Einzelpreis dieser Einfachnummer: DM 2,20 / Sfr. 2,50 / öS 16,-.

Auch Manuskripte, die unverlangt an uns geschickt werden, prüfen wir sorgfältig. Wir bitten die Autoren jedoch, eine Kopie zur Sicherheit bei sich aufzubewahren.

BEFREIUNGSKAMPF IN OMAN:

Broschüre mit Dokumenten der PFLO (Nationale Befreiung 6)

Im Sendler-Verlag erscheint eine Broschüre über den Befreiungskampf des omanischen Volkes mit Dokumenten der Volksfront für die Befreiungsfront Oman (PFLO).

Aus dem Inhalt:

Erklärung vom 9. Juni 1965 zur Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die Befreiungsfront von Dhofar (BfD)

Beschlüsse von Hamrin, September 1968

Ergebnisse der Gründungskonferenz der PFLO (AG) in Ahlish, Dezember 1971

Nationales Arbeitsprogramm der PFLO, August 1974

In einer längeren Einleitung wird über die aktuelle Lage in Oman, über die Intervention der Imperialisten und ihren Versuch berichtet, das Volk von Dhofar und die revolutionäre Bewegung zu zerschlagen.

Bestellungen an Buchvertrieb Mannheim
68 Mannheim, Postfach 5129

Preis DM 3,50



Unterdrückung und Widerstand

Widerstand gegen die Rassendiktatur im Südlichen Afrika ist das Thema des Internationalen Kalenders 1976 des International Defence and Aid Fund for Southern Africa (London). 16 eindrucksvolle Photographien zeigen wichtige Geschehnisse aus Kämpfen der Völker des Südlichen Afrika um ihre Freiheit; dazu 12 Porträts der Führer der Befreiungsbewegungen.
Der Verkaufserlös des Kalenders dient der Arbeit des International Defence and Aid Fund for Southern Africa und kommt politisch und rassisch Verfolgten in Zimbabwe, Namibia und Südafrika zugute. Der Kalender (Kleinposterformat) kostet DM 10,00. Ein ideales Geschenk für Freunde, Genossen, Eltern, Tanten und andere Progressive.
Bestellungen an:

issa
informationsstelle südliches afrika
53 Bonn, Buschstraße 20

Einführungslektüre zu Tanzanias Entwicklungspolitik (Hundsdörfer)

NYERERE, Julius K. 1974
Afrikanischer Sozialismus. Aus den Reden und Schriften von Julius K. NYERERE. Mit einer Einleitung von Gerhard GROHS. Stuttgart (Texte 5 zur Arbeit von „Dienste in Übersee") 2. Aufl. 1974, 98 S.

NYERERE, Julius K. 1975
Freiheit und Entwicklung. Aus neuen Reden und Schriften von Julius K. NYERERE. Mit einer Einleitung von Gerhard GROHS und Volkhard HUNDSDÖRFER. Stuttgart (Texte 10 zur Arbeit von „Dienste in Übersee") 1975, 115 S.

(Diese beiden Taschenbücher bieten die wichtigsten Reden NYEREREs und die wichtigsten Programme der tanzanianischen Regierung in preisgünstigen Ausgaben in deutscher Sprache. Die beiden Einleitungen dazu sind die knappsten Darstellungen der tanzanianischen Entwicklungspolitik bis zum März 1975. „Texte 10" enthält aktuelle weiterführende Literaturhinweise.
Preis: 3,80 Dm/4,50 DM, Mengenrabatt ab 10/50 Exemplaren, zu bestellen bei „Dienste in Übersee", 7 S 1, Gerokstr.17).

ARNOLD, Peter 1973
Tanzania, Ujamaa-Bauernkollektive. In: „blätter des iz3w" Nr. 26/27, Aug./Sept. 1973, S. 28-35.

(Dieser Aufsatz kritisiert die tanzanianische Landwirtschaftsstrategie).

HUNDSDÖRFER, V., MEUELER, Erhard 1974
Tanzania oder: Der Weg zu Ujamaa. In: Erhard MEUELER (Hrsg.): Unterentwicklung. Wem nützt die Armut der Dritten Welt? Arbeitsmaterialien für Schüler, Lehrer und Aktionsgruppen. Band 2. Reinbek: Rowohlt Taschenbuchverlag, Nov. 1974 (rororo Sachbuch Nr. 6907), S. 9-90.

(Quellensammlung mit dem Schwerpunkt auf der deutschen Kolonialgeschichte Tanzanias: gibt Originalberichte der Einheimischen und ihrer deutschen Herren wider und zeigt die Grundlagen für Tanzanias Weg aus der Unterentwicklung auf. Mit vielen Bildern und Graphiken. Dazu noch Beiträge über Südafrika, Entwicklungshelfer, Gastarbeiter und Stichwörter zur Politischen Ökonomie, 9,80 DM).

KÜPER, Wolfgang 1973
Tansania, Bonn: Edition Progress Dritte Welt 1973 (Ländermonographien – Neue Reihe) 170 S.

(Umfassende Darstellung von Geschichte, Geographie, Geologie, Wirtschaft und Politik Tanzanias von der Vorgeschichte der Region bis zur Gegenwart. Mit zahlreichen wertvollen Statistiken zum Vergleich Tanzanias mit der BRD. DM 20,– (Studenten DM 15,–) bei „progress dritte welt", 53 BN 1, Postfach 408).

CLIFFE, Lionel, SAUL, John 1972/73
Socialism in Tanzania. An Interdisciplinary Reader. Vol. 1 Politics. / Vol. 2 Policies. Dar es Salaam: East African Publishin House 1972 / 1973. 346/358 S.

(Diese beiden Bände bieten die bedeutendsten Einführungsaufsätze zu den wichtigsten Gebieten der tanzanianischen Politik und ihrer Grundlagen: für jemand, der sich gründlicher einarbeiten will. Ist zu bestellen direkt in Dar es Salaam (POB 3209) oder bei der Buchhandlung „3 Kontinente", 1 B 21, Bredowstr. 48, zu 35,– bzw. 42,– DM pro Stück).

HUNDSDÖRFER, V., KÜPER, Wolfgang 1974
Bibliographie zur sozialwissenschaftlichen Erforschung Tanzanias. München: Weltforum-Verlag 1974. 231 + X S.

(Bibliographische Arbeitshilfe für Leute, die vieles noch genauer wissen wollen: dokumentiert die 2250 wichtigsten Titel von 1961 bis 1973 in 61 systematischen Gruppen. Schwerpunkte: Geschichte, Staatsorganisation, Wirtschaft und Entwicklungsplanung, Ländliche Entwicklungsmaßnahmen, Erziehung, Religion. DM 32,–).

Nachrichten und Kurzberichte

Südliches Afrika

ANGOLA

Durch eine technisch bedingte Verzögerung in der Herausgabe dieser Nummer der „blätter" berücksichtigt der nachfolgende Situationsbericht zu Angola nur Informationen, die der Redaktion bis Mitte Oktober vorlagen. Mittlerweile scheint sich die Lage in Angola wieder verändert zu haben: Die Truppen der UNITA und FNLA, unterstützt von namhaften Södnerkontingenten und regulären Truppenteilen aus Zaire und der RSA, sind offenbar erneut im Vormarsch und bedrängen die MPLA in Luanda, Cabinda und im Süden Angolas. Der nachfolgende Bericht bleibt aber dennoch „lesenswert", da er ausführlicher auch auf die Entwicklung eingeht, die zu der gegenwärtigen Lage in Angola geführt hat.

red.

MPLA militärisch stark an Boden gewonnen

In den seit März in Angola anhaltenden Kämpfen (vgl. auch „Nachrichten und Kurzberichte", Heft 45 und 46/75) hat die MPLA nach anfänglichen Verlusten stark an Boden gewonnen. Die MPLA kontrolliert jetzt alle Hafenstädte (einschließlich Cabinda in der gleichnamigen Exklave Cabinda) und wenigstens 10 der 18 Provinzen Angolas; das sind von Luanda aus gesehen die Gebiete in östlicher Richtung zur zairischen und sambischen Grenze hin und in südlicher Richtung die Gebiete entlang der angolanischen Küste („Noticias"/Moz. vom 16.8.; „De Volkskrant" vom 27.8.; „Africa" vom Okt. 75). Die Truppen der FNLA und der UNITA – die UNITA griff im Juli erstmals offen auf der Seite der FNLA in die Kämpfe ein – sind von der MPLA nach einer Reihe von mehr oder weniger schweren Niederlagen in ihre „Hochburgen" im Norden Angolas (das sind die Provinzen Zaire und Uige) und in Zentral-Angola (Bie und Huambo) zurückgedrängt worden („Guardian"/USA vom 10.9.75).

Den Umschwung im derzeitigen Kriegsgeschehen zugunsten der MPLA brachte die Vertreibung der FNLA aus Luanda, Ende Juli. Nach zahllosen gescheiterten Versuchen der MPLA die seit März militärisch im Vormarsch befindliche FNLA auf politischem Verhandlungswege zu stoppen (vgl. „issa info 6/75; „Nachrichten und Kurzberichte", Heft 46/47) ging die MPLA in Luanda militärisch erstmals in die Offensive über: Binnen weniger Tage gelang es der MPLA nach einem Überraschungsangriff die Truppen der FNLA an nahezu allen Punkten der Stadt (nur ein Fort im Hafen konnte von der FNLA noch mehrere Wochen gehalten werden) zu schlagen und aus der Stadt zu vertreiben. Die Initiative schien dabei freilich weniger bei der in dieser Frage zunächst noch uneinigen politischen Führung der MPLA gelegen zu haben, als vielmehr bei dem militärischen Flügel der MPLA (FAPLA) und vor allen Dingen bei den bewaffneten Volksmacht-Komitees (Stadtteilkomitees, Arbeiterräte usw.), die mittlerweile nicht mehr bereit waren, die anhaltenden Übergriffe der FNLA defensiv abzuwehren, So kam nach Aussagen von Beobachtern die Vertreibung der FNLA aus Luanda regelrecht einem Volksaufstand gleich („Sempre Fixe"/Port. vom 19.7.; SZ vom 9.8.; „MPLA", Sonderbroschüre des KB Nord, S.16).

Aus der Volksmacht-Bewegung (Einzelheiten dazu im Angola-Block der folgenden Ausgabe der „blätter"), die in der jahrelangen politischen Basis-Arbeit der MPLA im Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus gründet, scheint der MPLA jetzt ein oder der wesentliche Teil der Kraft zuzuwachsen, die sie für viele Beobachter überraschend in den vergangenen Auseinandersetzungen mit der UNITA und FNLA zu demonstrieren vermochte („Southern Africa" vom Sept. 75; „Africa em luta" /Port., März/April).

Auf die Niederlage in Luanda reagierte die FNLA mit einem von der internationalen Presse mit großem Spektakel begleiteten massiven Truppenaufmarsch vor Luanda (anfangs war dabei von 17 000 Soldaten die Rede; später von ca. 5 000 Mann (Southern Africa, Sept. 75). Versuche der FNLA in Luanda selbst einzubrechen scheiterten dann ebenso wie Bemühungen, um die Stadt einen Belagerungsring zu legen. In die Abwehr des Angriffes der FNLA auf Luanda griffen im Süden Luandas offenbar auch portugiesische Truppen ein (issa info 6/75). Auf die Vertreibung der FNLA aus Luanda reagierte wenig später auch die UNITA mit einem Abzug ihrer Truppen und Kader aus Luanda („Times" vom 10.8.).

Der Niederlage der FNLA in Luanda folgten in den nachfolgenden Wochen weitere Niederlagen der FNLA und UNITA in Lobito (zweitgrößte angolanische Hafenstadt), Mocamedes (Hafenstadt im Süden Angolas), Rocadas (strategisch wichtige Stadt in der Nähe der Grenze zu Namibia) und an anderen Orten nach. Einen bedeutsamen Erfolg konnte die FNLA lediglich mit der Anfang Oktober gemeldeten Einnahme von Caxito, einer bis zu dem Zeitpunkt von der MPLA gehaltenen Stadt im Vorfeld Luandas verzeichnen (SZ vom 27.8.; NZZ vom 27.8.; issa info 6/75; SZ vom 16.10).

Mit den vorweg genannten Niederlagen scheint zunächst einmal die schon seit April letzten Jahres (Umsturz in Portugal) von der FNLA zielstrebig verfolgte Strategie gescheitert zu sein, über eine massive Aufrüstung und Okkupierung strategisch wichtiger Punkte in Angola das politische Kräfteverhältnis im Lande nachhaltig zu ihren eigenen Gunsten zu verändern (issa info 6/75; FR vom 14.8.; „Nachrichten und Kurzberichte", Heft 46/47). Dennoch ist die FNLA und UNITA militärisch noch keineswegs geschlagen: Auch wenn sich die MPLA entgegen früheren Prognosen in den vergangenen Monaten als erheblich stärker erwiesen hat und umgekehrt die FNLA und UNITA als erheblich schwächer (auch von den „blättern" waren hierüber in Anlehnung an die internationale Presse irreführende Angaben verbreitet worden), so wird es sich die MPLA momentan wohl kaum leisten können, die FNLA und UNITA in den Regionen anzugreifen, in denen sie bislang noch aus der Bevölkerung breite Unterstützung genießen; das ist für die FNLA das Stammesgebiet der Bakongo im Norden Angolas und für die UNITA das Stammesgebiet der Ovimbundu in Zentral-Angola. In der Verteidigung dieser Gebiete, in denen sich ein erheblicher Teil der angolanischen Bevölkerung konzentriert (annähernd 50 %), kann sich zumindest die FNLA auf einen unbegrenzten Waffennachschub aus Zaire, der USA und neuerdings auch verstärkt aus Frankreich stützen („Africa", Okt. 75; „Guardian"/USA vom 10.9.; „Southern Africa", Sept. 75). Waffen sollen mittlerweile ebenfalls aus Südafrika (FR vom 6.9.) und auch angeblich weiterhin aus China (MPLA-Sprecher im Oktober gegenüber Dritte-Welt-Gruppen in Bonn) an die FNLA und UNITA gelangen. Hinzu kommt, daß die FNLA in beliebiger Zahl Soldaten aus der Armee Präsident Mobutus zur Verfügung stehen (vgl.

„Nachrichten und Kurzberichte", Heft 46/47; „Southern Africa" Sept. 75; issa info 6/75) und daß der FNLA wie auch der UNITA in wachsendem Umfang ehemalige portugiesische Geheimdienst-Agenten, dersertierte und entlassene Soldaten der portugiesischen Kolonialarmee sowie Söldner-Truppen aus Rhodesien, Südafrika, Brasilien (sog. Todesschwadrone), Belgien und Tunesien zur Seite stehen (neben den vorgenannten Quellenangaben: SZ vom 2.9.; „Diario de Noticias" vom 16.8.; „Expresso"/Port. vom 2.8.).

Hinzuzufügen ist hier noch, daß auch die MPLA mittlerweile über größere Mengen an modernen Waffen verfügt. Sie kommen per Schiff zum überwiegenden Teil aus der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern („Guardian" vom 10.9.). Dieser Umstand verdient Beachtung, weil anzunehmen ist, daß die Sowjetunion ähnlich wie die imperialistischen Länder, die sich hinter die FNLA und UNITA geklemmt haben, für ihre „großzügige" Hilfe einen politischen und/oder wirtschaftlichen Preis fordern wird. Der MPLA ist allerdings zugute zu halten, daß sie in der Bedrängnis, in die sie im März die Offensive der FNLA gebracht hatte, nicht sehr wählerisch verfahren konnte bei der Auswahl ihrer „Freunde". Zudem scheint die derzeitige interne Entwicklung in der MPLA – die Machtverhältnisse haben sich offenbar wesentlich zugunsten der Basis (Volksmacht-Bewegung) verschoben – eine gewisse Garantie dafür zu sein, daß etwaige politische und ökonomische „Schuldverpflichtungen" der derzeitigen MPLA-Führung gegenüber der Sowjetunion zu gegebener Zeit von der Basis der Bewegung her angefochten werden könnten.

Den Preis, den die FNLA für die ihr von der Mobutu-Regierung in Zaire gewährte Unterstützung im Falle eines Erfolges ihres Feldzuges gegen die MPLA zu zahlen hat, steht aller Wahrscheinlichkeit jetzt schon fest, das ist, die Abtretung der an Bodenschätzen außerordentlich reichen angolanischen Enklave Cabinda (nördlich der Kongomündung) an Zaire.
Zur Einklagung seines „Guthabens" gegenüber der FNLA hat Mobutu bereits einen ersten offenen Vorstoß unternommen: Anfang August rief eine in Kinshasa genährte Fraktion der in Cabinda selbst nahezu bedeutungslosen „Befreiungsbewegung" FLEC (Front für die Befreiung der Enklave Cabinda) unter Führung eines gewissen Ranque Franque die „Unabhängigkeit" Cabindas aus („Daily News"/Tanz. vom 2.8.) und stellte wenige Zeit später in Kinshasa im Beisein eines Vertreters der zairischen Regierung die erste „unabhängige" Regierung Cabindas vor. Die Regierungsmannschaft von Ranque Franque kann zur Zeit freilich noch nicht nach Cabinda einreisen, da die „Befreiungsarmee" der Ranque-Fraktion in der FLEC (eine andere Fraktion der FLEC hat ihr Domizil in Brazzaville, der Hauptstadt der VR Kongo, aufgeschlagen und reagierte mittlerweile auf die Mobutu-Franque-Aktion mit der Bildung einer sog. „Provisorischen Revolutionsregierung" („Guardian" vom 16.8.), die sich zunächst erst noch in Zaire auf die Übernahme der Macht in Cabinda vorbereiten muß. In der Ausbildung auf zairischem Territorium stehen zur Zeit angeblich 2 500 Soldaten der FLEC („African Development", August 75). Cabinda befindet sich gegenwärtig (Anfang Oktober) unter der militärischen Kontrolle der MPLA. Der MPLA gelten im Wesentlichen auch die Sympathien der Bevölkerung Cabindas („Southern Africa", Sept. 75).

Übergangsregierung ohne UNITA und FNLA

Die entsprechend des Auftrages des Unabhängigkeits-Vertrages von Alvor im Januar von Portugal und den drei angolanischen Parteien, MPLA, FNLA und UNITA gebildete Übergangsregierung (vgl. Chronik Heft 41/42 und 43/44) existiert praktisch nicht mehr oder hat zumindest aufgehört als Koalitionsregierung zu existieren. Die Übergangsregierung hatte sich bereits vor dem Ausbruch der Kampfhandlungen, Ende März, auf Grund der unterschiedlichen politischen Standpunkte der FNLA und UNITA auf der einen Seite und der MPLA auf der anderen als kaum handlungsfähig erwiesen. Streitpunkt war seit Februar insbesondere die von der MPLA initiierte und geförderte Volksmacht-Bewegung, die darauf abzielt, auf breiter Grundlage die Bevölkerung auf dem Lande und in den Städten in Selbsthilfe- und Selbstverwaltungs-Komitees auf die kommende Unabhängigkeit vorzubereiten. Von der UNITA und FNLA war dem entschiedener Widerstand entgegengesetzt worden. Die Volksmachtbewegung, so FNLA-Führer H. Roberto, führe zur „Diktatur des Volkes" und das hieße „Kommunismus". Die Bevölkerung Angolas bekenne sich jedoch zum Christentum und wehre sich gegen den Kommunismus (afp-Meld. vom 18,2,). Mit der Vertreibung der FNLA aus Luanda und dem nachfolgenden Abzug auch der UNITA-Truppen aus der Stadt zogen beide Parteien dann ebenfalls ihre Vertreter aus der Übergangsregierung zurück. Neben der veränderten Lage in Luanda gaben beide Parteien als Grund dafür auch die vom portugiesischen Revolutionsrat zum gleichen Zeitpunkt verfügte Abberufung des im Januar eingesetzten portugiesischen Hochkommissars, Silva Cardoso, aus Angola an. Cardoso war zuvor wiederholt in den Verdacht geraten, die FNLA und UNITA auf Kosten der MPLA zu favorisieren. So zum Beispiel dadurch, daß er keinerlei Anstrengungen unternahm, den Waffennachschub der FNLA aus Zaire zu unterbinden und demgegenüber jedoch Maßnahmen verfügte, den Waffennachschub der MPLA aus den osteuropäischen Ländern zu erschweren („Southern Africa", Sept. 75).
Aktueller Anlaß für die Abberufung Cardosos aus Angola war ein Übergriff einer portugiesischen Militär-Patrouille auf ein MPLA-Büro in Luanda bei dem 20 MPLA-Soldaten ums Leben gekommen sind. Das Amt des portugiesischen Hochkommissars ist mittlerweile durch ein Mitglied der MFA (Bewegung der Streitkräfte) gleichen Familiennamens, Leonel Cardoso, neu besetzt worden. Von L. Cardoso wird angenommen, daß er der MPLA-freundlicher gesinnt ist.
Auf den Auszug der FNLA und UNITA aus der Übergangsregierung reagierte die MPLa mit der Besetzung der vakant gewordenen Regierungsposten durch Personen aus den eigenen Reihen. Die Übergangsregierung hat seitdem ihre Geschäfte zumindest formell fortgeführt. Portugal hingegen reagierte mit der formellen Wieder-Übernahme der „vollen Regierungsgewalt" über Angola, vermied es jedoch, die Übergangsregierung aus ihrem Amt zu entlassen, womit man von portugiesischer Seite offensichtlich zu verstehen geben wollte, daß Portugal keinen Versuch mehr unternehmen werde, die faktischen Machtverhältnisse in Angola noch einmal umzustoßen („Daily News"/Tanz vom 16.8.). Tatsächlich wird sich Portugal zu dem Zeitpunkt auf Grund des Zerfalls der Kampfkraft der einstmaligen portugiesischen Kolonialarmee kaum noch wirklich in der Lage gesehen haben, auf welcher Seite auch immer, aktiv in die Kämpfe zwischen MPLA und UNITA/FNLA einzugreifen.

Zur weiteren Strategie der MPLA

In der Frage der Wiederherstellung des Friedens mit der FNLA geht die MPLA seit dem fehlgeschlagenen Versuch in Nakuru, das Unabhängigkeitsabkommen von Alvor mit neuem Leben zu erfüllen (vgl. „Nachrichten und Kurzberichte", Heft 46/47) davon aus, daß es von ihrer Seite genug Versuche gegeben hat, bestehende Konflikte mit der FNLA zumin- für die Zeit bis zur Austragung freier Wahlen in Angola auszuräumen – Versuche, die allesamt, so der Vertreter der MPLA für Westeuropa, Paulo Jorge, mit verstärkten Angriffen der FNLA auf die MPLA beantwortet wurden (Presse-Mitt. der BASA, Bochum).
Darüber hinaus weigert sich die MPLA, seitdem es offenkundig ist, daß die FNLA in zunehmendem Maße auf Soldaten der Armee Mobutus und Söldner-Truppen anderer militärischer Mächte zurückgreift, die FNLA noch länger als die politische Repräsentantin bestimmter angolanischer Volksteile anzuerkennen. Entsprechend ihrer Überfremdung durch ausländische Hilfskontingente habe sich FNLA auf den Rang einer imperialistischen Invasionsarmee herabgestuft („Africa", Okt. 75).

Aus den beiden genannten Gründen lehnt die MPLA-Führung zumindest in ihrer Mehrheit seit August alle weiteren Versuche ab, mit der FNLA doch noch einmal zu einem tragfähigen Konsens zu kommen. Sie fordert stattdessen die angolanische Bevölkerung auf, nach dem Sieg über den portugiesischen Kolonialismus im Kampf gerade gegen die FNLA jetzt den Kampf gegen den Imperialismus aufzunehmen (MPLA-Sprecher im Oktober von Dritte-Welt-Gruppen in Bonn).

In der Frage, welche politische Haltung gegenüber der UNITA einzunehmen ist, nachdem diese im Juli auf der Seite der FNLA in die Kämpfe eingriff, schien die MPLA zunächst noch unschlüssig gewesen zu sein. Die UNITA, von der internationalen bürgerlichen Presse gern als eine zwischen FNLA und MPLA stehende politisch „gemäßigte" Kraft dargestellt, unterscheidet sich in Wahrheit in ihren politischen Aussagen (vgl. „Nachrichten und Kurzberichte", Heft 46/47) und in ihrer Kampfpraktik (auch die UNITA ist mittlerweile stark durchsetzt mit ausländischen Söldnern; siehe oben) nur unwesentlich von der FNLA. Dennoch zögerte die MPLA zunächst, ähnlich wie gegenüber der FNLA für die wei-

tere Zukunft ein politisches und militärisches Zusammengehen mit der UNITA auszuschließen. Versuche der MPLA im September, die UNITA wieder zu einer Rückkehr in die Übergangsregierung zu bewegen („Africa" Okt. 75), sind mittlerweile jedoch gescheitert. So erklärte MPLA-Präsident Neto Anfang Oktober, daß eine Aussöhnung auch mit UNITA nicht mehr möglich sei (SZ vom 16.10.).

Der endgültige Bruch zwischen MPLA auf der einen sowie FNLA und UNITA auf der anderen Seite droht jetzt vorläufig auch die territoriale Einheit Angolas zu gefährden. Die MPLA hat bereits wiederholt angekündigt, daß sie an dem in Alvor mit Portugal ausgehandelten Termin für die Unabhängigkeit Angolas, das ist der 11. November, festhalten werde und an diesem Tage unter Ausschluß von FNLA und UNITA die Unabhängigkeit Angolas ausrufen werde (SZ vom 16.10./ Pressemitt. der BASA, Bochum). FNLA und UNITA wollen für diesen Fall ihrerseits (gemeinsam) mit einer Unabhängigkeitserklärung in den von ihnen kontrollierten Gebieten reagieren (FR vom 10.10.). Damit würde Angola in mindestens zwei, wahrscheinlicher aber infolge der geographischen Gegebenheiten (siehe beistehende Karte) und auf Grund bestehender Differenzen *auch* zwischen UNITA und FNLA in drei staatliche Hoheitsgebiete auseinanderfallen. Portugal könnte sich dieser Entwicklung theoretisch gesehen noch in den Weg stellen: Unter Hinweis darauf, daß das Unabhängigkeitsabkommen von Alvor von den angolanischen Parteien nicht eingehalten werde (Scheitern der Übergangsregierung, nicht abgehaltene Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung usw.; vgl. „Chronik", Heft 41/42)
könnte die portugiesische Regierung die Unabhängigkeitserklärungen der angolanischen Parteien rechtlich für nichtig erklären und seine koloniale Herrschaft über Angola über den 11. November hinaus verlängern. Da sich mittlerweile der koloniale Herrschaftsapparat Portugals in Angola in völliger Auflösung befindet, sähe sich Portugal allerdings kaum noch in der Lage, einer Verlängerung seines kolonialen Herrschaftsanspruchs über Angola die nötige Durchsetzungskraft zu verleihen. Tatsächlich scheint sich die portugiesische Regierung mittlerweile auch darauf eingerichtet zu haben, sich mit seinen Truppen und seinem kolonialen Verwaltungsstab bis zum 11. November vollständig aus Angola zurückzuziehen (SZ vom 20. 10.) und der derzeitigen Entwicklung freien Raum zu geben.

Südafrikanische Invasion im Süden Angolas

Ähnlich wie im Norden Angolas das Mobutu-Regime in Zaire weiterhin bestrebt ist, die Enklave Cabinda aus dem angolanischen Territorium herauszubrechen und dem eigenen Staatsgebiet einzuverleiben (vgl. „Chronik", Heft 40), scheint im Süden Angolas jetzt auch das südafrikanische Minderheitsregime Vorster bemüht, sich Hoheitsrechte über angolanischen Boden zu sichern: So dringen Anfang August bei den Ruacana-Fällen am Cunene-Fluß (Grenzfluß zwischen Angola und Namibia) südafrikanische Truppen auf angolanisches Territorium vor und bringen das Vorfeld des dort im Bau befindlichen Cunene-Staudamms unter ihre militärische Gewalt. Der Cunene-Staudamm ist ein von Portugal und der südafrikanischen Regierung gemeinsam finanziertes Projekt, das insbesondere der Stromversorgung Namibias dienen soll (FR vom 13.8.). In den nachfolgenden Wochen stoßen die südafrikanischen Invasionstruppen („mehrere hundert Soldaten"; „Fin. Times" vom 23.8.) noch weiter in Angola vor und bedrohen schließlich die Hauptstadt der Cunene-Provinz Peira d'Eca („Africa" von Okt. 75). Die MPLA, die dem Vorstoß der Südafrikaner Widerstand entgegensetzt, sieht sich zum selben Zeitpunkt in genau dem gleichen Gebiet zusätzlich von Truppen der UNITA angegriffen („ASC-News"/Brit. von August 75). Zugleich wird



berichtet, daß südafrikanische Truppen in unkenntlich gemachten Uniformen (auch) in anderen Gebieten Angolas auf der Seite der UNITA kämpfen (FR vom 5.9.). Offenbar scheint also die UNITA (und FNLA) mit den südafrikanischen Invasoren eine Waffenbrüderschaft eingegangen zu sein. (Zur Haltung der UNITA gegenüber Südafrika vgl. auch „Nachrichten und Kurzberichte", Heft 46/47).

Das Eingreifen Südafrikas in die Kämpfe in Angola dürfte wahrscheinlich nicht nur der militärischen Sicherheit des Cunene-Staudamms gelten. Neben der Bekämpfung der MPLA, unter deren Regierung Angola zu einem unbequemen Nachbarn des südafrikanischen Minderheitsregimes werden könnte, und der Vernichtung der auf angolanischem Gebiet gelegenen militärischen Stützpunkte der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO könnte es das Fernziel der südafrikanischen Invasoren sein, sich im Süden Angolas Gebiete zu sichern, die später Teil jenes von Vorster projektierten Ovambostaates werden sollen. Mit diesem Plan (vgl. dazu im Genaueren die „blätter", Heft 48, S. 35) will sich die südafrikanische Regierung in Namibia des Ovambovolkes entledigen (durch staatliche Ausgliederung), in dem die SWAPO ihre stärkste Basis besitzt.

siba

Tropisches Afrika

MAURITIUS

Insel Diego Garcia an die USA verschachert

3.10.75 (SZ)/ 17.10.75 (jeune afrique)

Die britische Regierung hat nach einem auf das Jahr 1966 zurückgehenden Geheimabkommen mit der USA die zu Mauritius gehörende Insel Diego Carcia im Indischen Ozean wieder unter ihre koloniale Kontrolle gestellt und anschließend an die USA verkauft. Die USA wollen dort eine Marinebasis errichten. Sie werden damit ihre strategische Position im Atlantischen Ozean entscheidend verbessern. Die 2000 Bewohner der Insel wurden unbefragt nach Mauritius ausquartiert.

SAMBIA

Schwierigkeiten im Kupfer-Abtransport

27.8.75 (SZ)

Durch den Ausfall der über das angolanische Territorium führenden Benguela-Bahn (bedingt durch das Kriegsgeschehen in Angola) sieht sich Sambia gezwungen, seinen Kupferexport um 20 % zu reduzieren.

Da wegen der Verstopfung der ostafrikanischen Häfen die jetzt in Betrieb genommene Tan-Sam-Bahn nur begrenzt einsatzfähig ist, läßt Sambia nach Angaben der NZZ jetzt auch wieder einen Teil seines Kupfer-Exportes über das rhodesische und südafrikanische Eisenbahnnetz laufen (vgl. dazu „Nachrichten und Kurzberichte", Heft 48, S. 10).

SEYCHELLEN

Inselgruppe jetzt formal-politisch unabhängig

3.10.75 (SZ)

Die Inselgruppe der Seychellen im Indischen Ozean wurde von Großbritannien formal politisch in die „Unabhängigkeit entlassen. Regierungschef Macham, schon in kolonialen Zeiten ein getreuer Statthalter Londons, legt nach eigenen Angaben Wert auf weitere (neokoloniale) Zusammenarbeit mit Großbritannien (vgl. dazu „Nachrichten und Kurzberichte", Heft 45, S. 10).

TSCHAD

Geiselnahme der FROLINAT bringt Frankreich in Schwierigkeiten

19.9.75 (jeune afrique)

Seit April 1974 befindet sich die französische Ethnologin Claustre in der Gefangenschaft der Befreiungsbewegung FROLINAT. Während ihr deutscher Mitgefangener nach einer Lösegeldzahlung der Bundesregierung und der Verbreitung eines FROLINAT-Aufrufs über den Überseerundfunksender „Deutsche Welle" bald freigelassen wurde, verhielt sich die französische Regierung anfangs abwartend.

Forts. S. 9

Nachruf auf Haile Selassie

„Der Kaiser ist tot" – der zweite Teil des Satzes – „es lebe der Kaiser" – bleibt unausgesprochen, denn mit Haile Selassie II, Negus Negesti, König der Könige, Löwe von Juda, wie nur einige seiner Titel einmal lauteten, dem sagenhaften 255. Nachkommen der biblischen Königin von Saba und des Königs Salomon ging endgültig eine Ära in Äthiopien zu Ende. Die Militärs des Landes, die dem Alleinherrscher jahrzehntelang so treu gedient hatten, hatten Macht und Image des Kaisers allerdings schon vor seinem Tode demonstriert, in seinem 82. Lebensjahr – genau in dem Jahr, in dem das offensichtliche Versagen des kaiserlichen Regimes angesichts des Hungertodes von hunderttausenden nun doch nicht mehr zu verheimlichen war.
Die Demontage fand in Etappen (vgl. dazu die relativ ausführlichen „Chronik"-Beiträge in den „blättern", Heft 34 bis Heft 43/44; red.) statt und gleichsam wie nach einem Lehrbuch amerikanischer Modernisierungs-Ideologie; sie fand zunächst ohne eindeutige ideologische Vorzeichen statt. Gefordert wurde ein „effizienteres Regime. Die schrittweise Demontage von Macht und Image war umso delikater, als der Kaiser es über Jahrzehnte verstanden hatte, im eigenen Land, vor allem aber im Ausland, sein Image als „Neuerer" und „Vater Afrikas" zu pflegen. Noch im September 1973, als in der Weltpresse bereits bekannt wurde, daß das kaiserliche Regime nicht nur nichts gegen den Hunger-Genozid an der eigenen Bevölkerung getan, sondern diesen auch noch zu vertuschen gesucht hatte, weilte der Kaiser in der Bundesrepublik.
Die diplomatische Höflichkeit im Rahmen „realpolitischer" Außenbeziehungen (diese wiederum in das größere Netz westlicher neo-imperialistischer Verbindungen eingebunden) wollte es, daß der Bürger-Präsident Gustav Heinemann anläßlich eines Empfanges in Bonn sagen mußte: „. . . die Ihnen, kaiserliche Hoheit, oft zuerkannte Bezeichnung ‚Vater Afrikas' ist keine Übertreibung . . . Für Äthiopien ist Ihr Name auf immer verbunden, insbesondere mit dem Eintritt Ihres Landes in die Ära des modernen technischen Zeitalters . . . trotz aller Schwierigkeiten und Widerstände . . . "

Teil dieser realpolitischen Beziehungen zwischen den westlichen bürgerlichen Demokratien und dem rückständigsten afrikanischen Regime war es, daß zu dem Zeitpunkt, da in den Provinzen Wollo und Tigre die Äthiopier bereits zu hunderttausenden verhungerten, in Bonn nicht etwa von Hungerhilfe sondern über die Fortführung bzw. Intensivierung der deutschen Ausrüstungshilfe für die äthiopische Polizei gesprochen wurde. Die Bundesrepublik leistete hier allerdings nur einen Teilbetrag zur Verstärkung des repressiven Apparates. Der Bündnispartner USA hatte bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten für die Ausrüstung und Ausbildung der kaiserlichen Armee gesorgt.

Anders als die Führer früherer afrikanischer Widerstandsbewegungen gegen die europäische Kolonialisierung, floh der junge, durch Palast-Intrigen an die Macht gelangte Haile Selassie direkt nach der Invasion des faschistischen Italien ins sichere europäische Ausland, wo er dann allerdings eine rege verbale Aktivität für sein Land entfaltete. Die wahren Widerständler aber, die im Lande gegen Italien gekämpft hatten, wurden bald nach des Kaisers Rückkehr aus allen einflußreichen Positionen entfernt und durch Günstlinge ersetzt. Das Wenige, was der „Neuerer" Haile Selassie je an neuerndem Elan besessen haben mag, war bald nach Rückkehr in das Land aufgebraucht.
Während der Kaiser sich im Lande selbst immer mehr dem politischen Intrigenspiel, der Gewalttätigkeit gegenüber jedweder Regung von Opposition, der schieren Raffgier hingab, lieferte er außenpolitisch bereitwillig seinen Beitrag zum anti-kommunistischen Kreuzzug, wie ihn die USA damals mit Hilfe der noch von ihnen kontrollierten Vereinten Nationen in Korea und im Kongo führten; Haile Selassie stellte sogar Truppen zur Verfügung.

Die USA dankten es ihm mit der Gewährung von nicht weniger als 65 Prozent ihrer gesamten Wirtschaftshilfe für Schwarzafrika, mit der kontinuierlichen Ausrüstung seiner Armee – wofür sie sich wiederum die Erlaubnis einhandelten, in dem vom Kaiser annektierten Eritrea eine Kuftwaffenbasis und ein Nachrichtenübermittlungs-System einzurichten.

. . . und Äthiopien wurde der „Modernisierung" unterzogen, im Stil jener Modernisierungs-Ideologie wie sie der Berater der Präsidenten Kennedy und Johnson, W.W. Rostow, Anfang der sechziger Jahre als eine Art Gegen-Ideologie zum Kommunismus verkündet hatte. Die Modernisierung war nichts anderes als eine aus Amerika transplantierte Form des Krisen-Managements, die in der Entwicklung eines sehr kleinen landwirtschaftlichen Sektors, der seinerseits voll in die kapitalistische Weltwirtschaft integriert und von dort kontrolliert war, bestand . . . Die Masse der über dreißig Millionen Bauern, die in Jahrhunderten feudaler Herrschaft ausgebeutet wurden, wurde, wenn sie nicht gar von ihrem gepachteten Land vertrieben wurden, zusätzlich verarmt, indem sie über die von ihnen erpreßte Steuer für den Bau der Infrastruktur der ausländischen Unternehmen bezahlen mußte.

Haile Selassie mag in seinen frühen Jahren, gemessen an noch rückschrittlicheren provinziellen Fürsten, die nicht seine „westliche" Bildung genossen hatten, ein halbherziger Neuerer gewesen sein, in den letzten Jahrzehnten aber kehrte er immer stärker den wahren Selassie hervor, „den absoluten Herrscher, der sich eine geradezu päpstliche Unfehlbarkeit anmaßte, den Monarchen, der den Staatsapparat mit Verwandten und Freunden füllte, den alten Mann, der nicht mehr „vergab" und Menschen öffentlich hängen, und sie als abschreckendes Beispiel 24 Stunden hängen ließ, den Greis, der nicht mehr zwischen Eigentum des Staates und seiner privaten Schatulle unterscheiden konnte, den Mann, der für seine Lieblingshunde Diamantenkolliers anfertigen ließ, und der für die Hungernden seines Landes nur einige tausend Dollar übrig hatte.

Gerd Meuer

Bitte beachten Sie die beiliegende Rechnung! und S. 44

Erst nachdem diese Taktik in Frankreich öffentliche Entrüstung ausgelöst hatte, einigte sich die französische Regierung mit der FROLINAT auf die Zahlung eines Lösegeldes von umgerechnet ca. 6 Mill. DM, teils in bar, teils in Ausrüstungsgütern. Das geschah jedoch gegen den erklärten Willen der in N'Djamèna residierenden offiziellen Regierung des Tschad unter General Malloum und führte schließlich zu einem Ultimatum der Regierung, in dem Frankreich aufgefordert wurde, binnen 4 Wochen seine Truppen aus dem Tschad abzuziehen. Mit einem Rausschmiß aus dem Tschad hätte Frankreich viel zu verlieren. Dem Tschad kommt seiner zentralen Lage nach eine militärisch-strategisch wichtige Rolle zu. Zudem ist das Land reich an Bodenschätzen (vor allem im Operationsgebiet der FROLINAT). Die Wirtschaft des Tschads steht ganz unter der Kontrolle französischen Kapitals.

Unter dem Druck der Regierung in N'Djaména entschloß sich Frankreich mittlerweile wieder zu einer härteren Haltung gegenüber der FROLINAT). Die Wirtschaft des Tschads steht ganz unter der Kontrolle französischen Kapitals.

Unter dem Druck der Regierung in N'Djaména entschloß sich Frankreich mittlerweile wieder zu einer härteren Haltung gegenüber der FROLINAT und zögert die Auszahlung des vereinbarten Lösegeldes hinaus. Die französische Regierung konnte darüber mit der Regierung Malloum eine Verlängerung des ihr von Malloum gestellten Ultimatums aushandeln („jeune afrique", 17.10.).

Die FROLINAT sieht in dem von Frankreich geforderten und von der BRD bereits erhaltenen Lösegeld eine Entschädigungsleistung für die von Frankreich im Tschad betriebene Ausbeutung und für die massive politische und militärische Unterstützung, die Frankreich (und mittelbar auch die BRD als Frankreichs Bündnisgenosse) im Tschad dem Terror-Regime des im April gestürzten Präsidenten Tombalbaye zukommen ließ (vgl. im Genaueren „Nachrichten und Kurzberichte", Heft 45, S. 12).

Die FROLINAT besteht im wesentlichen aus Angehörigen des Tubu-Stammes, der in der Wüstenprovinz BET (Borku-Ennedi-Tibesti) lebt. Ursprünglich war ihr Kampfziel nur die Beseitigung der krassen Benachteiligung des islamischen Nordens durch den christlichen Süden und hier vor allem durch den Stamm des früheren Präsidenten Tombalbaye.
Ihr erster Führer, Ibrahim Abatcha fiel nach zweijährigem Kampf 1968. Mit zwielichtigen Mitteln setzte sich dann ein Dr. Abba Siddick an die Spitze der Bewegung. Um in dieser Führungsposition nicht angefochten zu werden, hintertreibt Siddick seit seiner Machtübernahme die von seinen Kritikern in der Bewegung immer wieder geforderte Einberufung eines nationalen Kongresses.

Ende der sechziger Jahre verzeichnete die FROLINAT bedeutende militärische Erfolge. Die Regierungsarmee war zu dem Zeitpunkt so weit geschlagen, daß von ihr im wesentlichen nur noch die Städte im Lande gehalten werden konnten. Erst ein massives militärisches Eingreifen Frankreichs verhalf der Regierung Tombalbaye in den letzten Jahren dann, sich im Süden und Westen des Landes aus der Umklammerung der FROLINAT wieder zu befreien.

Nach diesen militärischen Rückschlägen brachen in der FROLINAT politische Differenzen auf, die mittlerweile zu einer faktischen Spaltung der Bewegung in zwei Lager, d.h. in die sog. „Erste" und „Zweite Armee" geführt haben. Abba Siddick führt die „Erste Armee" in Zentraltschad an; doch hat er sich in den letzten Jahren weniger durch Kampfeinsatz im eigenen Land, als durch öffentlichkeits-wirksame Auslandsreisen bekannt gemacht.

Die „Zweite Armee" im BET-Gebiet im Norden des Tschads untersteht dem Oberbefehl von Hissene Habre. Unter Habres Führung entwickelte die Zweite Armee eine Programmatik, die im wesentlichen folgende Punkte umfaßt:

1) Vertreibung aller ausländischen militärischen Truppen aus dem Tschad (neben den französischen Truppen sind damit auch militärische Einheiten aus Lybien gemeint, die im äußersten Norden des Landes Gebiete, die reich an Bodenschätzen sind, halten);

2) Errichtung einer demokratischen Volksherrschaft;

3) ein sozialistischer Weg in der Wirtschaftspolitik;

4) Unabhängigkeit vom ausländischen Kapital;

5) Zerschlagung des Tribalismus.

Die Zweite Armee hält etwa 1.000 Soldaten in ständiger Bereitschaft und Aktion. Der einzelne Soldat stellt sich der Armee etwa neun Monate im Jahr zur Verfügung. In der übrigen Zeit kümmert er sich um Familie und Herde. Der kümmerliche Etat der Bewegung liegt bei umgerechnet 600 000 DM pro Jahr. Er fließt der Zweiten Armee aus Wegzöllen und Spenden von Bürgern des Tschads zu, die im Ausland leben. Unter diesen Bedingungen käme den von der FROLINAT geforderten 6 Mill. DM Lösegeld für die Freilassung von Claustre erhebliche Bedeutung zu in der Fortsetzung ihres Befreiungskampfes (Claustre befindet sich in der Hand der Zweiten Armee).

Asien

PORTUGIESISCH TIMOR

Der seit 409 Jahren unter protugiesischer Kolonialherrschaft stehende Ostteil der Insel Timor (der Westteil ist indonesisches Gebiet), 500 km von der Nordspitze Australiens entfernt, ist seit drei Monaten Schauplatz eines Bürgerkrieges, dem insofern internationale Bedeutung zuzumessen ist, als eine indonesische Intervention kurz bevorzustehen droht.

Nach der Machtübernahme der Militärbewegung vom 25. April 1974 in Portugal weiteten sich die politischen Umwälzungen auch auf Portugiesisch Timor aus. Portugal trieb in Ost-Timor kolonialen Raubbau. Es hielt die Kolonie in totaler Unterentwicklung (Analphabetenrate 95 %) und beschränkte sich darauf, die natürlichen Reichtümer des Landes (Kaffee, Kobra, Sandelholz, Häute) auszubeuten. Zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft stützten die Portugiesen mit Militärs und ihrem Geheimdienst die Feudalherrschaft auf Timor und unterdrückten jede Unabhängigkeitsregung.

Timor ist ein armes Land, doch lassen kürzlich durchgeführte Probebohrungen der BP-Tochtergesellschaft BP-Woodside und Burmah-Oil große Erdölvorkommen in der Küstenregion vermuten (Austral. Zeit. TRIBUNE 19.8.).
Der größte Teil der ca. 640.000 Einwohner sind arme Bauern. Das Land wird periodisch von Hungersnöten heimgesucht. In den Städten siedelten sich vor allem chinesische Händler an (ca. 12.000), die enge Beziehungen zu Nationalchina pflegten. 95 % der Bevölkerung sind Analphabeten.
Nach dem Coup in Portugal bildete sich nach heftigen Arbeiterstreiks in der Hauptstadt Dili spontan eine sozialistische Vereinigung, der hauptsächlich Studenten und Arbeiter angehörten. Im September 1974 gibt sie sich den Namen FRETILIN, Revolutionäre Front für ein Unabhängiges Ost-Timor. Innerhalb von 6 Wochen erreicht sie eine Mitgliederzahl von 80 000. An Massendemonstrationen im Juni dieses Jahres nehmen mehr als 20 000 Menschen teil.

FRETILIN sieht seine Aufgabe derzeitig in der Durchführung einer sozialen Revolution auf dem Lande, der Einrichtung eines Gesundheitssystems und der Alphabetisierung der Bevölkerung u.ä.

Die übrigen Parteien Ost-Timors sind die UDT, Demokratische Union Timors und die APODETI, beide Parteien der Elite; mit ihnen sympatisieren vor allem in Timor ansässige, ehemalige portugiesische Militärs, Kaffeeplantagenbesitzer und die chinesische Bevölkerungsgruppe. Massive finanzielle und Waffen-Unterstützung leisten rechte australische Verbönde und Spionageorganisationen, das indonesische Militär und der CIA. Während die UDT zunächst an einer Politik der langsamen Loslösung von Portugal festhält (erst Mitte Juni 1975 tritt eine Abkehr von diesem Programm ein), vertritt APODETI einen radikalen antikommunistischen, pro-indonesischen Kurs.

FRETILIN unterstützt die Soziale Revolution

10.6. („Tribune" /Austr.)

In vielen Dörfern besetzen Bauern die Kaffeeplantagen und verhindern die Lieferung von Holz an reiche Portugiesen. Viele Dorfvorsteher müssen ihre Dörfer verlassen und werden durch Personen ersetzt, die auf Massenversammlungen gewählt wurden.
FRETILIN-Kader (meist Intellektuelle) verlassen die Universitätsstadt Dili, um in den Dörfern zu leben. Die FRETILIN-Gesundheits- und Alphabetisierungskampagne wird fast ausnahmslos von der Studentenorganisation UNETIM (der FRETILIN) getragen.

UDT bricht Koalition mit FRETILIN

3./10.6. (TRIBUNE)

Unter dem Druck rechtsgerichteter australischer Militärs und Indonesiens bricht die UDT ihre Koalition mit FRETILIN, die zunächst aus Furcht vor einer indonesischen Invasion gebildet worden war und eröffnet, zusammen mit APODETI die pro-indonesische „Antikom-

munistische Allianz", um die Bevölkerung Timors, wie es heißt, vor den „Kommunisten zu schützen" und die „Gefahr einer indonesischen Intervention abzuwenden".

FRETILIN boykottiert Macao-Konferenz
30.6. – 12.8. (NZZ/THE AUSTRALIAN/TRIBUNE/FAR EASTERN ECONOMIC REVIEW)

In einem demonstrativen Akt bleibt FRETILIN der am 30.6. in der portugiesischen Kolonie Macao stattfindenden Konferenz, auf der der künftige Status Ost-Timors bestimmt werden soll, fern und besucht stattdessen die Unabhängigkeitsfeierlichkeiten in Lourenco Marques/ Mozambique.
Am Vorabend hatten 20 000 Anhänger FRETILINs in Dili gegen die Durchführung der Macao Konferenz protestiert.

Vertreter Portugals, der UDT und der APOdeti einigen sich in Macao auf die Festsetzung der Wahl einer Verfassungsgebenden Volksversammlung im Oktober 1976. Endgültige Unabhängigkeit soll der Kolonie im Oktober 1978 gewährt werden; die Bewohner Timors, und „nur sie" sollten jedoch über die politische Zukunft ihrer Insel entscheiden.

Indonesien will jeden der drei möglichen Wege der Entkolonisierung, vollständige Unabhängigkeit, Föderation mit Portugal oder Anschluß an Indonesien, akzeptieren, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die südostasiatische Regierung nicht, wie gesagt wird, „destabilisiert" werde.
Australien gibt dem Anschluß Ost-Timors an Indonesien den Vorzug, besteht aber auf einem „unabhängigen und freien" Volksentscheid.

UDT übernimmt die Macht in Deli
12. – 26.8. (FR/SZ/GUARDIAN (Brit.)/ THE AUSTRALIAN / TRIBUNE)

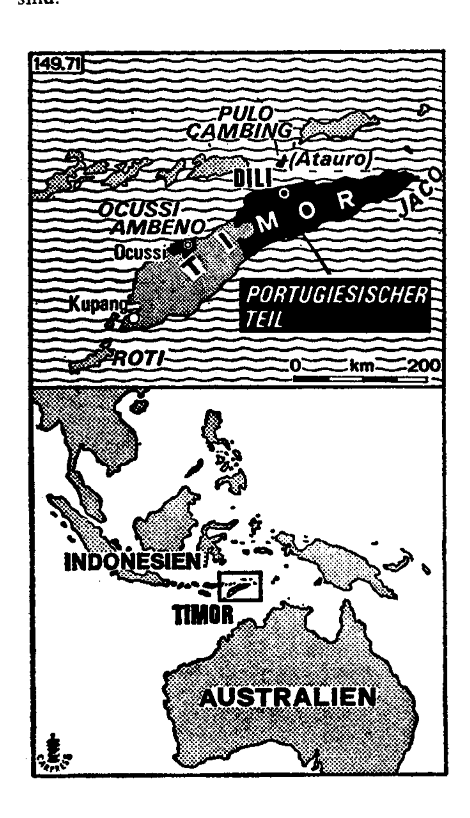
Offensichtlich als Überraschungsschlag gegen die FRETILIN putscht in Dili die UDT zusammen mit den Polizeistreitkräften, besetzt die Polizeistation und das protugiesische Armeehauptquartier und ruft zum Generalstreik auf. Nach Einschätzung der australischen Zeitung „TRIBUNE" (26.8.) wurde der Putsch in Melbourne und Canberra während eines dortigen Aufenthalts der UDT-Führung in Zusammenarbeit mit amerikanischen und australischen Geheimorganisationen (JIO/ NCC/CIA) geplant und durchgeführt.
Der Generalsekretär der FRETILIN, Ramos Horta, erklärt, seine Organisation verfüge über stärkere Streitkräfte und könne der UDT jederzeit die Macht entreißen. Portugal weigert sich, einem Udt-Ultimatum nachzukommen, in dem mit dreistündiger Frist ein unabhängiger Timorstaat unter der Führung der UDT und die sofortige Verhaftung der FRETILIN-Führer verlangt wird, und fordert die UDT auf, sich mit FRETILIN über eine gemeinsame Politik nach der Unabhängigkeit zu einigen.

Nach Aussagen portugiesischer Behörden haben die 400 portugiesischen Soldaten nur noch Teile der Hauptstadt unter Kontrolle. Portugal beginnt mit der Evakuierung von Militärangehörigen.
Australische Kriegs- und Handelsschiffe nehmen im Hafen von Dili weiße und chinesische Flüchtlinge auf. In Darwin (Austr.) werden Auffanglager für Flüchtlinge eingerichtet.

13. – 29.8. (SZ/NATION REVIEW (Austr.) /NOTICIAS (Moz.)/FR)

Die zunächst nur auf die Hauptstadt Dili beschränkten Kämpfe breiten sich zunehmend über das gesamte Land aus. 5 000 einheimische Angehörige der portugiesischen Streitkräfte brechen aus den Kasernen aus und solidarisieren sich mit der FRETILIN-Armee.

Schwere bewaffnete Zusammenstöße zwischen Mitgliedern der UDT und APODETI und die Verhaftung des UDT-Vorsitzenden durch UDT-Mitglieder zeigen, daß das Bündnis und die Parteien selbst im Zerfall begriffen sind.



FRETILIN wünscht Eingreifen Portugals
13.8. (FR)

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden und aus Angst vor einer drohenden indonesischen Invasion fordert FRETILIN, daß Portugal wieder seine Funktion als Ordnungsmacht ausübt. FRETILIN, so ein Sprecher der Organisation, sei jedoch auch selbst im Stande, diese Funktion zu übernehmen, wenn weder Portugal noch ein anderes Land zu handeln bereit wäre. FRETILIN reagierte damit auf den Versuch der UDT, die Macht durch einen Staatsstreich zu übernehmen. FRETILIN sei trotz seiner Position der Stärke bereit, mit UDT und APODETI zu verhandeln.

FRETILIN übernimmt Hauptstadt Dili
27. – 30.8. (NZ/FR/GUARDIAN (Brit.))

Mit der Unterstützung von 20 000 Mann Volksmiliz gelingt es der FRETILIN, die Hauptstadt einzunehmen. Nach Aussagen des Generalsekretärs der FRETILIN befindet sich damit der größte Teil Ost-Timors unter der Kontrolle seiner Partei.

Wegen der zuvor stattgefundenen heftigen Kampfhandlungen ist die portugiesische Kolonialverwaltung aus Dili geflogen und befindet sich nun auf der Timor vorgelagerten Insel Atauro. Um einem indonesischen Eingreifen zuvorzukommen, bittet Portugal die Vereinten Nationen um eine internationale Intervention, was jedoch abgelehnt wird. Indonesien und Malaysia sind nach eigenen Aussagen zu Gesprächen mit Portugal bereit.

9. – 16.9. (INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE (USA)/TRIBUNE)

Da die meisten chinesischen Händler das Land verlassen haben, organisiert die FRETILIN in den Städten Komitees, welche die verlassenen Läden auf genossenschaftlicher Basis wiedereröffnen. Der Bürgerkrieg hat eine akute Nahrungsmittelknappheit zur Folge; in den Bergen herrscht Hungersnot. FRETILIN appelliert an Internationale Hilfsorganisationen um Unterstützung.

Indonesische Ost-Timor-Politik
30.8. – 9.9. (NZZ/SZ/SYDNEY MORNING HERALD)

Alles deutet darauf hin, daß Indonesien eine Intervention Ost-Timors in Erwägung zieht, aber unbedingt vermeiden will, als „Agressor" in Erscheinung zu treten. Indonesien betont lautstark, keine Gebietsambitionen zu haben, obwohl es innerhalb weniger Stunden alle strategischen Positionen in Ost-Timor in seine Gewalt zu bringen in der Lage sei. In Djakarta wird befürchtet, daß die portugiesische Kolonie nach einem Sieg der FRETILIN-Partei zu eine, wie es heißt, „Sammelpunkt subversiver kommunistischer Elemente" wird, und daß das Timo-Beispiel in Indonesien selbst „Schule machen" könnte.

Die australische Regierung ist gegen eine indonesische Annexion von Ost-Timor. Eine solche Intervention könnte einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen: Sollte es nach der Unabhängigkeit Papua-Neuguineas (am 19.9.) zu Aufständen kommen, könnte Indonesien Absichten zeigen, dort ebenfalls einzumarschieren.

Indonesiens Präsident Suharto hofft auf eine offizielle portugiesische „Einladung" in Ost-Timor zu intervenieren – bislang jedoch offenbar vergeblich.

Nach langwierigen Verhandlungen über eine Vierermission (vorgeschlagen von der UNO) zur Lösung des Timor-Problems wird die Übereinkunft getroffen, eine internationale „Friedenstruppe" mit australischer, indonesischer, malayischer und portugiesischer Beteiligung zu schaffen.
Nach Berichten des „Sydney Morning Herald" richten die Länder der ASEAN (Association of South East Asian Nations) einen „besorgten" Appell an Indonesien, in der Timor-Angelegenheit endlich zu handeln. In einer an die Lissaboner Regierung gerichteten Verlautbarung warnt Indonesien davor, eine Machtübernahme der FRETILIN zuzulassen. Portugal müsse in seiner Dekolonisierungspolitik alle politischen Kräfte berücksichtigen.

FRETILIN will „provisorische Regierung"
26. – 11.9. (FR/NZZ/SYDNEY HERALD MORNING/TRIBUNE/TIMES (Brit.))

Infiltration Ost-Timors durch indonesische und australische Geheimorganisationen und den CIA, große Propagandakampagnen in Indonesien für eine Annexion Ost-Timors und zunehmend scärfer formulierte Attacken gegen die portugiesische Timor-Politik lassen die Gefahr einer indonesischen Invasion immer drohender erscheinen. Vier indonesische Zerstörer kreuzen in den Küstengewässern Timors.

FRETILIN-Generalsekretär Ramos Horta erklärt, entgegen ihrer ursprünglichen Forderung nach Unabhängigkeit, strebe die FRETILIN jetzt die Bildung einer „provisorischen Regierung" für Anfang des kommenden Jahres an und erst in einigen Jahren die völlige Unabhängigkeit.

Die australische Regierung lehnt es ab, Gastgeber für Friedensgespräche zu sein; FRETTILIN hatte schon für den 20. September Verhandlungen über die Zukunft Timors vorgeschlagen.

UDT verliert Einfluß / Indonesien greift in Kämpfe ein
18.9. – 10.10. (NZZ/SZ/FR/FAR EASTERN EC. REVIEW)

Die UDT gibt ihre Unabhängigkeitspolitik offiziell auf und setzt sich ab sofort für einen Anschluß Timors an Indonesien ein. Erneut beschließen UDT und APODETI ihre Truppen im Kampf gegen FRETILIN zu vereinigen. Reste dieser Truppenverbände (ca. 200 Mann) ziehen sich in Gebiete dies- und jenseits der Grenze zu Indonesien zurück. Flüchtlinge und UDT-Truppen erhalten dort spezielle Kampfausbildungen durch indonesisches Militär.

In der seit dem 20.9. von der UDT und APODETI aufgenommenen Offensive gegen FRETILIN-Verbände greifen erstmals indonesische Soldaten unterstützend ein. Die Bombardierungen der UDT-APODETI-Camps an der indonesischen Grenze durch FRETILIN werden von Indonesien als „antiindonesische Aggression" bezeichnet.

17.10. (Telegramm der Campaign for Independent East-Timor – Sydney)

„Indonesische Truppen besetzen, unterstützt von Artillerie und Hubschraubern (die grenznahen Städte) Balibo und Maliana. Balibo wird niedergebrannt und nahezu alle Einwohner fallen einem Massaker durch indonesische Truppen zum Opfer. Indonesische Kriegsschiffe bombardieren die Dörfer entlang der Küste."

Literaturhinweis:

Die Zeitschrift ‚Indonesien-Korrespondenz' veröffentlichte im September eine Sondernummer zu Ost-Timor. -, 32 Seiten.

Bezugsadresse:

Arbeitskreis Indonesien
5 K ö l n 1
Weißenburgstraße 55
c/o Göbels

SEATO

Militärpakt SEATO wird aufgelöst
(Blätter für dt. u. internat. Pol. 10/1975)

Der Ministerrat der Südostasien-Pakt-Organisation (Southeast Asia Treaty Organization / SEATO) erörtert auf seiner 20. Jahrestagung „die Rolle der SEATO im Lichte der neuen Situation in der südostasiatischen Region" (siehe auch „Blätter" 46/75, S. 14, Stichwort: ASEAN) und faßt am 24.9.1975 den Beschluß, die im Jahre 1954 geschaffene Organisation angesichts der „veränderten Umstände" aufzulösen. Auf der Ratstagung, die am Rande der UN-Generalversammlung in New York stattfindet und an der unter Vorsitz des thailändischen Außenministers Chatichai Choonhavan auch der amerikanische Außenminister Kissinger teilnimmt, sind Australien, Neuseeland, die Philippinen, Thailand, Großbritannien und die USA vertreten. Schon früher hatten Frankreich (1967) und Pakistan (1973) ihre Mitgliedschaft in der SEATO aufgekündigt.

PAPUA – NEUGUINEA

Papua-Neuguinea wird unabhängig
2.9. – 1.10. (Newsweek, SZ, Blätter f. dt. u. internat. Pol.)

Das letzte große Kolonialgebiet in der asiatisch-pazifischen Region, bisher unter australischer Verwaltung, erhält die formal politische Unabhängigkeit. Der neue Staat beantragt die Mitgliedschaft im Commonwealth und in den Vereinten Nationen.

Das Staatsgebiet besteht aus nahezu 600 Inseln mit nur ca. 2,5 Mio. Einwohnern, welche sich auf ca. 1.000 Volksstämme mit mehr als 700 verschiedenen Sprachen verteilen.

Schon zwei Wochen vor der Beendigung des Kolonialstatus Papua Neuguineas hatte die Distriktverwaltung der Insel Bougainville ihre Beziehungen zu Port Moresby abgebrochen und offiziell die einseitige Unabhängigkeit ausgerufen. Bougainville sah sich zu diesem Schritt veranlaßt, nachdem lange Verhandlungen zwischen der Regierung Papua Neuguineas und Vertretern der Unabhängigkeitsbewegung Bougainville's um größere administrative und finanzielle Unabhängigkeit in den einzelnen Regionen des Inselreiches ohne Ergebnis geblieben waren.

lott

UDT und APODETI werfen FRETILIN in öffentlichen Kundgebungen „Kommunismus" und „terroristische Methoden" zur Gewinnung der Majorität der Bevölkerung für ihr politisches Programm vor. Der Generalsekretär der FRETILIN José Manuel Ramos Horta bezog Anfang Mai in einem Interview mit einer indonesischen Zeitschrift Stellung zu der einseitigen Darstellung seiner Partei:

„Wegen unseres Namens „Revolutionäre Front" ist es einfach, uns anzuklagen, wir seien Kommunisten. Wahr ist vielmehr, daß wir als eine „Front" genau danach streben, die Menschen verschiedener Ideologien zu erfassen, die dasselbe Ziel verfolgen: Ost-Timor unabhängig zu machen. Daher hat die FRETILIN selbst keine Ideologie. Als eine Befreiungsbewegung müssen wir jedoch radikal sein. Was mich persönlich betrifft: ich bin Katholik. Ich habe keine Ideologie, weil ich keiner Ideologie traue, mag sie nun vom Osten oder vom Westen genommen werden. Aber ich habe eine Philosophie, die ich „MAUBERISMUS" nenne. „Maubere" bedeutet in der Sprache Timors das einfache Volk, das arme Volk. Daher ist der „MAUBERISMUS" eine Philosophie, die zu ergründen sucht, wie man dem einfachen Volk das Lesen und Schreiben beibringen kann und es frei macht von der Armut und anderer sozialer Ungerechtigkeit.

Zitiert nach NZZ 31.7.1975

Rekordernte in China

Die Volksrepublik China erwartet neue Erfolge ihrer Landwirtschaft. Mit 275 Millionen Tonnen brach bereits die Getreideernte des Vorjahres alle bisherigen Rekorde. In diesem Jahr werden sogar rund 290 Millionen Tonnen Getreide erwartet. Ein Anzeichen für den bevorstehenden Maximalertrag ist die Tatsache, daß Peking in den letzten Monaten nicht als Getreidekäufer auf dem Weltmarkt aufgetreten ist. Es wird sogar erwartet, daß China bald Getreide exportiert.

ZEIT, 14.11.75

Lateinamerika

ARGENTINIEN

Nach der Entmachtung der Gruppe um den ehemaligen Wohlfahrtsminister Lopez Rega Ende Juli (vgl. Heft 46/47) ist die Lage in Argentinien gekennzeichnet durch das Fortdauern der schweren wirtschaftlichen Krise, den zunehmenden Widerstand im Volk gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen und die verzweifelte Suche der herrschenden Kräfte nach einem Ausweg aus der wirtschaftlichen und politischen Krise.

Die Wirtschaftskrise hält an

Die Preissteigerungen nehmen immer grössere Ausmaße an. Wichtige Grundnahrungsmittel wie Milch, Butter, Käse, Eier, Kaffee, Tee, Mineralwasser und Zucker sind im Verlaufe der letzten 12 Monate durchschnittlich um 300 % teurer geworden. Der Zigarettenpreis stieg im gleichen Zeitraum um 400 %, Speiseöl und Brot gar um 700–800 % (Fr 8.9.), der Mietenindex allein im Juli um 78,6 % (SZ 13.8.).

Die Produktion geht drastisch zurück. Hunderte von Fabriken mußten stillgelegt werden und die Kapazität von Tausenden kann nur noch zu einem Bruchteil ausgenutzt werden (SZ 21.8. u. 8.10.).

Die Arbeitslosigkeit beträgt auch nach offiziellen Angaben inzwischen bereits 10 % (SZ 8.10.). Tatsächlich wird sie wesentlich höher sein, da zumindest in den offiziellen Statistiken die Millionen Flüchtlinge aus anderen lateinamerikanischen Ländern insbesondere in den riesigen Elendsvierteln rund um die Industriezentren nicht mitgerechnet werden.
Die Inflationsrate beträgt dieses Jahr bereits weit über 200 % (SZ 8.10., Spiegel 13.10.).
Auch die Monopole der Automobilindustrie, des wichtigsten Produktionszweiges Argentiniens, bekommen den steigenden Druck auf die Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung zu spüren. Nach einer bewilligten Preiserhöhung um 150 % brach die Nachfrage zusammen. 95 % der in den letzten Wochen an einem Autokauf Interessierten zogen ihr Gesuch zurück (FR 9.8.).

Das Definzit im Staatshaushalt hat astronomische Ausmaße angenommen. Anfang Juli verfügte die Zentralbank nur noch über 40 Milliarden Dollar und allein 3,4 Milliarden Dollar für Zinsen und Tilgung dieser Schulden bis Ende des Jahres (Spiegel 11.8.).

Wachsender Widerstand

Die Unzufriedenheit erfaßt immer größere Teile der Bevölkerung. Es vergeht kein Tag, an dem es nicht irgendwo zu Arbeitskonflikten kommt, an denen Hunderte und Tausende von Werktätigen beteiligt sind. Die Zahl der Arbeiterstreiks, die gegen den Willen Der Gewerkschaftsbürokratie geführt werden, nimmt ständig zu. In der Provinz Santa Fé legten rund 17.000 Regierungsbedienstete die Arbeit nieder und 50.000 Ärzte staatlicher Kliniken drohten einen 24stündigen Streik an (SZ 31.7.).

Der Kampf der Guerilla erreicht eine neue Stufe

Seit Monaten kämpft in den dicht bewaldeten Bergen der Nordprovinz Tucuman eine Einheit des ERP (Revolutionäres Volksheer). Der Armee mit Unterstützung der Bundes- und Provinzpolizei sowie der Gendarmerie mit insgesamt einigen Tausend Mann ist es bisher nicht gelungen, diese Einheit aufzureiben (Informationsblatt der ELH).

In der Nacht vom 5. zum 6.10. griffen einige Kommandos der Montoneros, einer linksperonistischen Guerilla-Organisation, die Anfang September für illegal erklärt worden war (SZ 10.9.), eine Infanteriekaserne in der Provinzhauptstadt Formosa an, besetzten einen Flugplatz bei Formosa und entführten ein Flugzeug, mit dem sie sich in die Provinz Santa Fé fliegen ließen (SZ 7.10.). Die Montoneros erklärten danach, sie hätten eine reguläre Armee aufgestellt, die in Formosa die ersten Schläge ausgeteilt habe (SZ 10.10.). Die spektakuläre Aktion markiert zweierlei: zum einen haben jetzt auch die Montoneros verstärkt begonnen, direkte Aktionen gegen Militär und Polizei zu unternehmen, nachdem sie sich – im Gegensatz zum ERP – seit der Regierungsübernahme durch den Peronismus im Mai 1973 von solchen Aktionen zurückgehalten hatten. Zum anderen entwickeln sich die Guerilla-Aktivitäten insgesamt zunehmend von Entführungen und kleineren Überfällen auf Polizeiposten usw. zu Auseinandersetzungen, an denen gleich Dutzende und Hunderte von Guerilleros teilnehmen.

Verzweifelte Suche der herrschenden Kräfte nach einem Ausweg aus der wirtschaftlichen und politischen Krise

Nach dem Rücktritt des Kabinetts am 11.8., mit dem die letzten Vertrauten von Lopez Rega aus Regierungsämtern verschwanden, wurde ein neues Kabinett gebildet, das den verstärkten Einfluß der Streitkräfte und der Gewerkschaftsbürokratie ausdrückte. Neben Politikern, die enge Verbindungen zu den Streitkräften und der Gewerkschaftsbürokratie haben, kamen auch ein Militär und ein Gewerkschafter ins Kabinett: Heeresoberst Damasco als Innenminister, der stellvertretende Generalsekretär der Gewekschaft der Versicherungsangestellten, Ruckauf, als Arbeitsminister (SZ 13.8.).
Die direkte Beteiligung der Streitkräfte in der Regierung ließ die Spaltung innerhalb der Streitkräfte deutlich hervortreten. Damasco und der ihn stützende Chef des Heeres, General Numa Laplane, sind Vertreter einer Minderheitsgruppe im Offizierskorps, die eine Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsbürokratie und den Streitkräften mit dem Ziel anstrebt, den Peronismus als klassenversöhnlerische Massenbewegung zu retten. Die Mehrheit des Offizierskorps, die „Professionalisten", wollen jedoch nicht offen in der Regierungsarbeit in Erscheinung treten und so die Verantwortung für die gegenwärtige Krise mittragen, sondern erreichen, daß sich der Peronismus an seinen eigenen Widersprüchen verschleißt, um auf diese Weise den Boden für eine ihren Interessen genehme Regierung nach den Präsidentschaftswahlen 1977 zu bereiten.

Damasco und Numa Laplane gerieten daher unter Beschuß der Professionalisten. Präsidentin Peron weigerte sich zunächst, deren Forderungen nach Absetzung von Laplane und Entlassung von Damasco aus dem aktiven Heeresdienst nachzukommen. Als aber die Professionalisten auf ihren Forderungen beharrten und den Druck verstärkten, was so weit ging, daß Armee-Einheiten strategische Positionen im Landesinneren besetzten, war die Präsidentin gezwungen, den Forderungen nachzukommen. Die Präsidentin als verfassungsmäßige Oberkommandierende der Streitkräfte konnte noch nicht einmal einen ihr genehmen Nachfolger für den Posten des Oberkommandierenden des Heeres einsetzen, sondern mußte auch hier der Forderung der Professionalisten nach Ernennung des Anti-Peronisten General Videla akzeptieren.

Der Machtkampf signalisiert die verstärkte offene Einflußnahme des Militärs auf die Politik als auch den weiteren Zerfall der „verticalidad" als einem der tragenden Pfeiler der peronistischen Bewegung. Die „verticalidad", das System von Befehl und Gehorsam, der Durchsetzung allein dessen, was der Führer des Peronismus sagt, funktioniert nicht mehr (SZ 28.–30.8.). Die Macht von Isabel Peron ist geschwächt. Als Ausdruck dessen trat die Präsidentin am 13.9. einen rund einmonatigen Zwangs-„Erholungs"-Urlaub an (Spiegel 13.10., SZ 13.9.). Intrims-Präsident Luder, ein „Anti-Verticalist", nahm sofort eine Kabinettsumbildung vor. U.a. kam für Damasco der bisherige Außenminister Robledo ins Innenministerium (SZ 17.9.). Das Kabinett in seiner momentanen Zusammensetzung vereint verschiedene Fraktionen der herrschenden Kräfte und scheint für die Professionalisten, den „verticalistischen" Teil der Gewerkschaftsbürokratie, die nationalen Unternehmer wie für die ausländischen Monopole der derzeit kleinste gemeinsame Nenner zu sein, um die Masse der argentinischen Bevölkerung weiterhin auszubeuten und zu unterdrücken.

Am 17.10., dem bewußt wegen des 30. Jahrestages des Peronismus gewählten Termins („Tag der Treue"), kehrte Isabel Peron aus ihrem Erholungsurlaub" zurück. Es gab Tendenzen, Isabel für immer „Urlaub" machen zu lassen. Für ihre Rückkehr war letztlich entscheidend, daß bei einem Rücktritt der Präsidentin Neuwahlen notwendig gewesen wären, in denen nach Meinungsumfragen der Peronismus statt der 1973 erhaltenen 63 % der Stimmen zur Zeit nur knapp 30 % auf sich vereinen könnte. Isabel hob in ihrer Rede anläßlich der Rückkehr die besondere Rolle der Streitkräfte hervor und sprach von einer Lockerung des Prinzips der „verticalidad" hin zu verstärkter Diskussion innerhalb der peronistischen Bewegung (SZ 21.10.).
Die Wirtschaftspolitik nach der Entmachtung von Lopez Rega, insbesondere unter dem neuen Wirtschaftsminister Cafiero, zielt auf eine Stärkung der nationalen Unternehmerschaft. Die Abhängigkeit der nationalen Wirtschaft von ausländischem Kapital bleibt jedoch nach wie vor dominieren.

Am 5.8. wurde für fast 100 Warenarten, vor allem solche, die von der nationalen Industrie hergestellt werden können, ein Import-

stopp bis zum 31.12. verfügt. Gleichzeitig wurden für eine Reihe von Gütern die Exportgebühren zur Erleichterung des Exports aufgehoben. Durch diese Maßnahmen sollen Devisen ins Land kommen und das Außenhandelsdefizit ausgeglichen werden (NZZ 6.8., SZ u. HB 7.8.).

Die weltweite Krise in den Industrieländern macht sich auch in besonderem Maße in den Entwicklungsländern bemerkbar. Argentinien als zweitgrößter Fleischproduzent der Welt wird insbesondere durch den Importstopp der EG als größtem Abnehmer von argentinischem frischen Rindfleisch beeinträchtigt. Die argentinische Regierung will daher zum einen den Export von Rindfleischkonserven in die EG forcieren und zum anderen verstärkte Handelsbeziehungen mit den RGW-Staaten in Osteuropa, vor allem der CSSR und der UdSSR, aufnehmen (HB 3.9., NfA 11.9., SZ 7.8.).

Als Antwort auf den zunehmenden Widerstand im Volk und die verstärkten Guerilla-Aktionen wurden die Streitkräfte offiziell mit der „Durchführung aller zur Zerschlagung des Terrorismus notwendigen Aktionen im ganzen Land" beauftragt. Die Provinzpolizei wurde dem Militär unterstellt (SZ 10.10.).

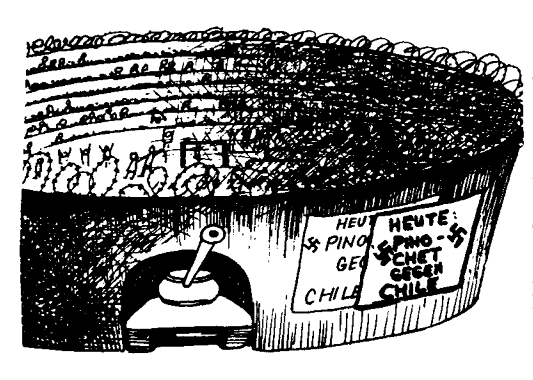
wfi

BRASILIEN

Wachsende Auslandsverschuldung des Landes

2.9.75 (Handelsblatt)

Brasiliens Handelsbilanz weist trotz vermehrter Auslandsinvestitionen immer noch ein Defizit von rund 1,5 bis 2,5 Mrd. US-Dollar auf. Der Zufluß ausländischen Kapitals für mittel- und langfristige Finanzkredite wird vom brasilianischen Finanzministerium mit ungefähr 3 Mrd. US-Dollar angegeben. Brasiliens Devisenreserve ist auf 4,3 Mrd. US-Dollar geschrumpft. Die Auslandsverschuldung ist auf über 19 Mrd.US-Dollar angewachsen. Dennoch sind nach Ansicht des Finanzministeriums diese Ziffern keineswegs beunruhigend und durch die Entwicklung des Landes gerechtfertigt.



11.8.75 (SZ) / 23.9.75 (FR) / 19.9.75 (SZ)
Im Bundesstaat Bahia werden 33 Anhänger der Oppositions-Partei MDB (darunter vor allem Studenten, Professoren und 1 Abgeordneter) wegen angeblicher kommunistischer Aktivitäten verhaftet. Auch im Süden des Landes kommt es zu Festnahmen von einer Reihe führender MDB-Politiker. Ihnen werden Kontakte zu der verbotenen Kommunistischen Partei vorgeworfen. Die Verhaftungen sollen der Einschüchterung dienen. Die Oppositionspartei erringt bei den letzten Wahlen in der Provinz Parana (südlich von Sao Paulo) einen überwältigenden Erfolg Präsident Geisel bezeichnet die oppositionelle MDB als die „Partei der Demagogen niedrigster Art."

CHILE

Bericht der UNO-Menschenrechtskommission zur Lage der politischen Gefangenen

Internationale humanitäre Organisationen der z.Zt. etwa 1.500 registrierten politischen Häftlinge, über deren Schicksal jede Information fehlt. 800 von ihnen gelten bereits seit einem Jahr als „verschwunden" (SZ 14.8.75).

Eine Arbeitsgruppe der UN-Menschenrechtskommission, der die Junta die Einreise nach Chile verweigert hatte, legte der Generalversammlung einen Rapport mit Zeugenaussagen von Exilchilenen über die Lage in Chile vor. In Chile selbst hatten sich 20 Personen in die Botschaft von Honduras geflüchtet, um dort Zeugenaussagen zu machen. Eine internationale Verurteilung wegen fortgesetzter schwerer Verletzungen der Menschenrechte wurde bisher von westlichen UNO-Mitgliedern verhindert (FR 27.9.75).

Kein VW-Montagewerk in Chile

Die Junta erteilte den Firmen General Motors, Fiat, sowie der chilenischen Gemeinschaftsfirma von Renault und Peugeot die Genehmigung zur Errichtung eines Montagewerks für Automobile. VW do Brasil, das bislang größtes Interesse an der Ausschreibung geäußert hatte, zog sein Investitionsangebot kurzfristig zurück. Man vermutet, VW habe nach dem neuen „Status über die chilenische Automobilindustrie" sowie die geringfügigen Absatzchancen auf dem chilenischen Markt, die Anreize für eine Neuinvestition als nicht ausreichend angesehen (FR 20.8.75 / Blick durch die Wirtschaft 17.9.75).

Christdemokraten gespalten

Wie der Vorsitzende der Christdemokraten, Patricio Alwyn, verlauten ließ, lehnt seine Partei die Unterstützung des Widerstandes gegen die Junta ab und schließt ein Bündnis mit den Parteien der Unidad Popular aus. Alwyn kann damit nicht über die Spaltung innerhalb seiner Partei hinwegtäuschen, deren linker Flügel – unter Führung von Leighton und Fuentealba, im Juli mit Vertretern der Unidad Popular (mit Ausnahme der Kommunistischen Partei) in Caracas (Venezuela) verhandelt hatte. Obgleich der rechte Flügel dieses Treffen verurteilte, kritisierte der frühere Staatspräsident Frei erst kürzlich in der Parteipresse die Wirtschaftspolitik der Junta, sowie die politische Unterdrückung in Chile (14./15. 9.75 Le Monde, 25.9.75 FR).

Auch Christdemokraten sind bereits im Untergrund aktiv, wie die Verhaftung des Exabgeordneten P. Araya-Ortiz sowie vier weiterer Parteimitglieder in Antofagasta zeigt. Sie sollen wegen „subversiver Tätigkeit" vor ein Kriegsgericht gestellt werden (Le Monde 7./8. 9.75).

Chilenischer Oberstleutnant wird nicht ausgewiesen

Verteidigungsminister Leber lehnte Anfang September eine Ausweisung des chilenischen Oberstleutnants Kurt Kraushaar ab. Er enthielt sich auch – zusammen mit Kanzler Schmidt – der Stimme, als die SPD-Fraktion beschloß, Offiziere aus Länder, die die Antifoltererklärung der UNO verletzen, nicht mehr in der Bundeswehr auszubilden.
Die Ausweisung Kraushaars wurde von der Fraktion gefordert (FR 22.9.75 / siehe auch „blätter des iz3w" Nr. 48, S. 13).

Codelco will Kredit bei der Deutschen Bank aufnehmen

Wie das chilenische Amtsblatt mitteilt, wurde die chilenische staatliche Kupfergesellschaft Codelco autorisiert, zur Finanzierung von Kupferexporten einen Kredit von 10 Mill. Dollar bei der Deutschen Bank AG aufzunehmen (Handelsblatt 29.9.75).

COSTA RICA

Verstaatlichung und Bodenreform

5.9.75 (SZ) / 6.9.75 (NZZ)

Der costarikanische Präsident gibt bekannt, daß die von den amerikanischen Gesellschaften Esso und Texaco kontrollierte Benzinverteilung verstaatlicht wird.
Er gibt ferner bekannt, daß seine Regierung von einer Tochtergesellschaft der United Brands Co. 40.000 ha unbebautes (!) Land erworben habe, das an besitzlose Bauern verteilt werden soll.

EKUADOR

Hintergründe des Putschversuchs

2.9.75 / 3.9.75 / 5.9.75 (SZ) / 16.9.75 (NZZ)

3 Tage nach dem geglückten Putsch in Peru führen ecuadorianische Truppen unter Führung von General Gonzales Alvear einen Umsturzversuch durch. Der Putsch scheitert, weil sich die Luftwaffe und die Marine auf die Seite des Präsidenten General Rodriguez Lara stellen. Rodriguez hat 1972 seinerseits die Zivilregierung Präsident Velasco Ibbarras' gestürzt. General Rodriguez will mit Hilfe des exuadorianischen Ölvorkommens eine neue Wirtschaftspolitik einleiten. Sie soll helfen, große soziale Gegensätze zwischen einer reichen dünnen Oberschicht und der armen Landbevölkerung abzubauen.

Seit Anfang diesen Jahres kommt es zu Spannungen zwischen Ecuador und den USA. Ecuador hat seine Hoheitsgewässer auf 200 Meilen ausgedehnt. Es beschlagnahmt sieben nordamerikanische Fischereifahrzeuge, die in diese Zone eindringen. Im US-Kongress ist daraufhin die Forderung nach einer militärischen Intervention erhoben worden. Rodriguez erklärt, Ecuador wolle in die „Organisation der Petrolium exportierenden Länder" (OPEC) eintreten und tritt für die Aufhebung der Blockade gegen Kuba ein.
Die USA streichen die Militärhilfe für Ecuador. Gonzales beruft sich bei seinem Putschversuch auf das Einverständnis einer „Ziviljunta", die aus allen politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten gebildet wurde.
Die rebellierenden Truppen unter Gonzales nennen die Regierung Rodriguez in einem

Communiqué als „demagogische Kamorilla", die sich selbst als revolutionär und nationalistisch bezeichnet.
Ein Grund für den Aufstand eines Teils des Militärs, ist die Unzufriedenheit der sehr reichen Oberschicht, die ihre Interessen von der Wirtschaftspolitik gefährdet sieht. Die von der Regierung verfügte Erhöhung der Importsteuer beeinträchtigte die Geschäfte der Reichen erheblich.
Zwei Wochen nach dem mißlungenen Putschversuch gibt der ecuadorianische Finanzminister die Herabsetzung der Einfuhrsteuer von 60 % auf 30 % bekannt.
Nach dem Putschversuch gewährt die chilenische Militärjunta dem Putschisten Gonzales politisches Asyl.

EL SALVADOR

Protest gegen Unterdrückung

20.8.75 (Guardian)

In El Salvador kommt es zu einigen Massendemonstrationen. Im Juni organisiert die Nationale Lehrer Assoziation den seit Jahren größten Protestmarsch, mit über 20 000 Menschen, gegen die ökonomische und politische Unterdrückung der Regierung. Eine der folgenden Demonstrationen von Lehrern und Studenten richtet sich gegen die militärische Unterdrückung der Studenten. Die Nationalgarde und die Polizei greifen die Demonstranten an und töten mindestens 12 Personen; viele wurden auf brutalste Weise verletzt. Daraufhin kommt es zu einer weiteren Protestaktion gegen die Ermordung der Demonstranten, an der sich 10 000 Lehrer, Studenten, Hausfrauen, Arbeiter, Angestellte und Bauern beteiligen.

GUATEMALA

Brutale Unterdrückung

3.9.75 (Guardian)

Den Beweis für brutale Unterdrückung in Guatemala liefert die Veröffentlichung eines Berichts von Amnesty International. Danach sind in der Zeit von Juli 1974 bis Januar 1975 104 Widerstandskämpfer ermordet worden. Unter den Opfern befinden sich u.a. Gewerkschaftler, Führer linker Bewegungen, Studenten, Lehrer und Priester. Ein Teil der Leichen zeigen Spuren von Folterungen.
Bei Zusammenstößen mit Guerillas werden mindestens 30 Polizisten und Soldaten getötet.

KOLUMBIEN

Verstärkte Guerrillaaktivität

11.9.75 / 12.9.75 (NZZ)

Guerrilleros der „Nationalen Befreiungsarmee" (ELN) übernehmen die Verantwortung für die Erschießung des Generals Ramon Rincon, Inspektor der kolumbianischen Streitkräfte.
Bei Attentaten gegen zwei Parlamentarier ist ein Abgeordneter der rechtsstehenden Nationalen Volkspartei getötet worden. Als Folge auf die Erschießung sind über 50 Personen, darunter 12 Universitätsprofessoren, festgenommen worden. Die Behörden erklären, der Ausnahmezustand werde im ganzen Land aufrechterhalten.

KUBA

Teilweise Aufhebung der US-Blockade

23.8.75 (SZ)

Amerikanischen Tochterfirmen ist es von nun an offiziell erlaubt, in Drittländern wieder Handel mit Kuba zu treiben. (Der direkte Warenverkehr zwischen Kuba und den USA bleibt weiterhin verboten). Ebenso beendet die USA das Verbot, nachdem internatinale Handelsschiffe auf dem Weg nach oder von Kuba in amerikanischen Häfen keinen Treibstoff aufnehmen dürfen, sowie die Bestimmung, nach der die Lieferung amerikanischer Lebensmittel an Länder untersagt ist, die mit Kuba Handel treiben.

HONDURAS

Das Land in Aufruhr

3.9.75 (SZ)

In Honduras wütet gegenwärtig eine Hungersnot, die das Leben von 1,5 Mio besitzloser Landarbeiter gefährdet. (Gesamtbevölkerung 3 Mio. Einwohner)

Als Antwort der Regierung auf die Protestaktionen der Campesinos (s. Chronik iz3w Nr. 48, S. 12) verschwinden 15 Häftlinge aus den Polizeigefängnissen.
Das katholische Episkopat und die kolumbianische Regierung zwingen die Regierung Honduras nach der Suche der Verschwundenen. Die Leichen der 15 Häftlinge werden auf einer Großfarm in einem Brunnen entdeckt und weisen Spuren von Folterungen auf.
Das Militär und Großgrundbesitzer setzen die Jagd auf Campesinos und Geistliche fort. Hunderte von besitzlosen Bauern flüchten in die Berge und suchen Kontakt zu den Guerillas im benachbarten Nicaragua.

Die Regierung unternimmt nun Schritte gegen die nordamerikanischen Bananenkonzerne United Brands und Standard Fruit; zum einen auf grund der verworrenen innenpolitischen Situation, zum anderen weil das meteorologische Institut von Mexico-Ciudad entdeckt hat, daß der Wirbelsturm „Fifi", der Ende letzten Jahres schwere Verwüstungen in Honduras verursacht hatte, (s. iz3w Nr. 39, S. 16) ursprünglich nicht Honduras, sondern die Küste der USA getroffen hätte. Nur durch ein Silberjodid-Bombardement, seitens der Nordamerikaner, konnte „Fifi" nach Mittelamerika abgelenkt werden.
Die Bananenkonerne sollen jetzt nicht länger vom Agrarreformprogramm ausgeschlossen bleiben. Ebenso ist beabsichtigt, die seit einem halben Jahrhundert bestehende Steuerfreiheit für die Konzerne aufzuheben. Im Besitz der Gesellschaften befindlichen Verkehrseinrichtungen wie Straßen, Schienenwege, Häfen, werden verstaatlicht. 51% des Kapitals der Großkonzerne soll an die Bürger Honduras veräußert werden. Außerdem will man die Bananengesellschaften wegen der seit der Jahrhundertwende andauernden Ausbeutung Honduras, zu 250 Mio. US-Dollar Schadenersatz verklagen.

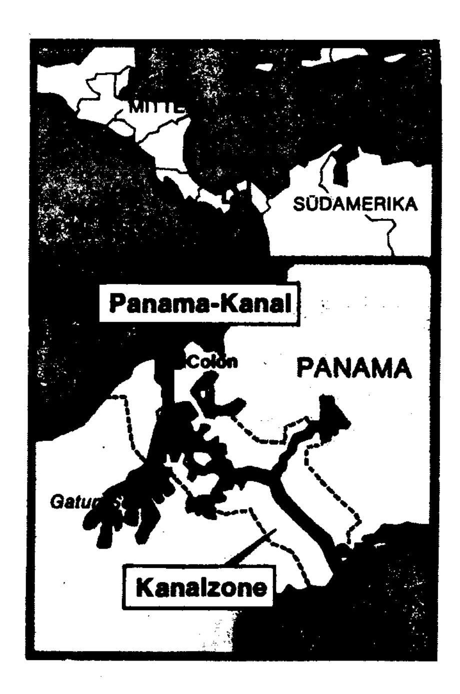
PANAMA

Panamesen fordern Beendigung der nordamerikanischen Kontrolle über „ihren Kanal"

5.9.75 (SZ) / 19.9.75 (SZ) / 9.9.75 (NZZ)

Vor der amerikanischen Botschaft in Panama demonstrierten 200 Studenten gegen die Politik der USA. Sie fordern die Unabhängigkeit Puerto Rixos und protestierten gegen die Präsenz der Nordamerikaner am Panama-Kanal und den umliegenden Gebieten.

Kissinger erklärt vor Gouverneuren der Südstaaten, die USA würden auf unbestimmte Zeit auf ihrem „einseitigen Recht zur Verteidigung der Kanalzone" beharren.
Seit 1903 hat die US-Regierung aufgrund eines „ewigen Abkommens" die vollen Hoheitsrechte der 15 km breiten und 80 km langen Kanalzone. 14 Militärstützpunkte, 15 000 Soldaten und eine riesige zivile Infrastruktur dienen der US-Regierung u.a. zur Ausbildung von Spezialtrupps zur Bekämpfung von Guerillaaktivitäten.



URUGUAY

10.9.75 (Guardian)

Über 2 000 Menschen erscheinen bei der Beerdigung eines zu Tode gefolterten Mitglieds der Kommunistischen Partei.
Ein ehemaliger uruguayischer Senator schätzte, daß im letzten Jahr mehr als 40 000 Menschen wegen „Verbrechen gegen den Staat" verhaftet wurden. Noch über 6 000 politische Gefangene befinden sich in uruguayischen Gefängnissen (Uruguay hat eine Einwohnerzahl von ca. 2,5 Mio. Menschen).

Uruguay wird 4 Mio. US-Dollar Militärhilfe in diesem Jahr von den USA erhalten.

bsm

Tanzania

Vorbemerkung

Tanzania ist ein verhältnismäßig rohstoffarmes Land der Dritten Welt. Insofern ist es typisch für eine ganze Reihe von Entwicklungsländern, die fehlende Güter einführen müssen und sich deshalb in der gegenwärtigen Situation nicht aus dem Weltmarkt zurückziehen können. Viele dieser Länder haben Schwierigkeiten, ihre Bevölkerung ausreichend zu ernähren. Tanzania zeichnet sich durch die besondere Art aus, mit der es solche Probleme zu lösen versucht. Andere Staaten sind bereit, eine hohe Auslandsverschuldung einzugehen, und verlassen sich auf Privatinvestitionen, Lebensmittelimporte sowie internationale Hilfsorganisationen. Dadurch begeben sie sich noch mehr in die Abhängigkeit vom Imperialismus. Dagegen versucht Tanzania unter der Führung der TANU („Tanzania Africa National Union"), aus eigener Kraft einen sozialistischen Entwicklungsweg zu gehen. Dabei muß allerdings oftmals auch ein direkter Kampf gegen Prominente aus der eigenen Partei und ihre Hintermänner geführt werden. Durch die Demokratisierung aller Lebensbereiche, Massenbildungskampagnen und die Einführung einer leicht anwend baren Technologie soll die einheimische Produktion derjenigen Güter angekurbelt werden, die für die Bevölkerung lebensnotwendig sind. Dies spart Devisen ein, die für Produkte, welche im Land selbst (noch) nicht hergestellt werden können, dringend gebraucht werden. Es handelt sich bei dieser Entwicklungsstrategie um die Übertragung des von China erfolgreich angewendeten Konzepts auf die besonderen Verhältnisse eines Landes, das nicht autonom wirtschaften kann.

Der erste Artikel stellt die Auswirkungen und Schwierigkeiten dar, die die Politik der „self-reliance" in den einzelnen Bereichen der nationalen Wirtschaft hat: Haushalt, Landwirtschaft und Industrie. Im zweiten wird die Anlage und Durchführung der jüngsten Massenbildungskampagne aufgezeigt, deren Erfolge sich allerdings heute noch nicht genau absehen lassen. Schließlich geben wir Auszüge aus einer Rede des tanzanianischen Präsidenten Julius Nyerere wieder, die die Prinzipien dieses Entwicklungsweges zusammenfaßt. Die politischen Hintergründe der Situation, in der die Rede gehalten wurde, werden in einer Einleitung dazu skizziert.

Literatur zu Tanzania S. 4 *Red.*

Tanzania – Bilanz des letzten Jahres, Zukunftsperspektiven

1. Die Haushaltspolitik

Tägliche Nachrichten über Schwierigkeiten in Tanzania zeichnen ein Krisenbild von diesem Land: Dürre, Nahrungsmittelknappheit, hohe Preissteigerungen, Produktionsaufall in Landwirtschaft und Industrie, Geldmangel bei privaten und staatlichen Betrieben sowie in der Verwaltung, Betriebsunfälle oder Sabotageakte mit hohen Schäden, Aufdeckung von Veruntreuungen von Staats- und Genossenschaftsgeldern sind keine Randerscheinungen.

Am 8. Juni hat das „National Executive Committee" der TANU den schon lange überfälligen neuen 5-Jahres-Plan (1974–1979) auf das Finanzjahr 1976/77 zurückgestellt. Man tat dies in der Hoffnung, daß sich bis dahin die ökonomische Situation des Landes soweit gebessert hat, daß man eine langfristige Entwicklungsplanung überhaupt verwirklichen kann.[1] Das bedeutet praktisch die offizielle Anerkennung des akuten ökonomischen Notstands für Tanzania.

Diesen belegen auch einige andere Daten, die Anfang Juli in Tanzania bekannt geworden sind. Sie stammen aus der Budget-Rede des Finanzministers vom 12. Juni und aus der Veröffentlichung des „Economic Bulletin" der „Banc of Tanzania". Danach erreichte die Außenhandelsbilanz – 1969 mit 46 Millionen TSh (Tanzaniaschilling) noch positiv – mit einem Defizit von 2,4 Milliarden TSh im letzten Jahr den absoluten Tiefpunkt in der Geschichte Tanzanias. Das Handelsdefizit des Vorjahres lag nur bei etwas mehr als einem Drittel dieses Betrages, damit aber schon bedenklich hoch.[2]

Durch Inanspruchnahme von Sonderziehungsrechten beim Internationalen Währungsfond (IMF) in Höhe von 10,6 Millionen Dollar und weiteren 31 Millionen Dollar aus dem Oelfond des IMF sowie zusätzlichen 5,85 Millionen Dollar aus dem arabischen Hilfsfond für Afrika gelang es Tanzania, seine Devisenreserven nicht ganz aufzubrauchen.[3] Allerdings gingen sie auf ein Viertel des Vorjahresbetrages zurück, d.h. auf den Gegenwert von 28,75 Millionen Dollar.[4] Bedrohlich wurde im letzten Jahr auch die zusätzliche hohe Bankverschuldung der Regierung im Inland, die fast achtmal soviel wie im Vorjahr ausmachte[5] und sich für 1974 auf umgerechnet fast 100 Millionen Dollar belief.[6]

Im ganzen Kalenderjahr ist das Einfuhrvolumen Tanzanias real um 56,3 % gestiegen, der Wert des gesamten Exports aber nur um 15,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr.[7] Zwar brachten die landwirtschaftlichen Exporte mehr Geld ein als 1973, der Grund dafür ist aber nicht eine Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft, sondern der Anstieg der Weltmarktpreise für diese Exportgüter.[8]

Waren in den vorangegangenen beiden Jahren (1972 und 1973) zusätzliche Projekte wie die Verlegung der Regierungshauptstadt nach Dodoma dafür mitverantwortlich, daß die Handelsbilanz stark ins Defizit sackte (außerplanmäßig mußten viele Baustoffe, Maschinen und Kapitalgüter eingeführt werden), so gehen die hohen Schulden von 1974 auf die rapide gestiegenen Kosten für die Einfuhr von Konsumgütern zurück[9] – und zwar aus folgenden Gründen:

1. Tanzanias Abhängigkeit vom Weltmarkt: die wichtigsten Einfuhrgüter sind teurer geworden. Dazu gehören nicht nur Importe für Entwicklungsprojekte, sondern auch Güter, die der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Produktivität dienen (Kunstdünger, Traktoren, Erdöl usw.).

2. Die seit Jahren anhaltende Dürre: damit sind erhebliche Einbußen an Ernteerträgen verbunden, die weitere Importe zur Lebensmittelversorgung der Bevölkerung erforderlich machen und die Exporteinnahmen verringern.
3. Der Produktivitätsrückgang in der Industrie: erhöhte Lohn- und Gehaltskosten, Bankzinsen für Mehrausgaben, Schwierigkeiten in der Rohstoffversorgung und direkte Mißwirtschaft sind die Ursachen dafür.[10]

Dazu einige Beispiele:
Die Preise für die wichtigsten Einfuhrgüter Tanzanias sind wesentlich schneller gestiegen als die der Ausfuhrgüter. Eine Tonne Kunstdünger kostete 1972 noch 355/-TSh, jetzt aber 2.400/-TSh. 1972 mußte Tanzania für die Einfuhr der erforderlichen Menge Erdöl (1.086 T) 269 Millionen TSh. aufwenden, ein Jahr später für dieselbe Menge 277 Millionen, 1974 bereits 681 Millionen, 1975 aber sind – wenn die jetzt gültigen Preise konstant bleiben – für eine sogar etwas geringere Menge bereits 703 Millionen TSh. zu zahlen.[11]

Die Weltmarktpreise für Tanzanias Ausfuhrgüter stiegen zwischen 1972 und 1974 zwar etwas an – im Fall von Sisal sogar um über 100 %[12] – aber wegen der gesunkenen Produktivität konnte das Land daraus bisher kaum Nutzen ziehen.[13] Bei den drei Hauptausfuhrgütern Baumwolle, Kaffee und Sisal erwartet man 1975 nur 67,8 % (Baumwolle), 70,84 % (Kaffee) bzw. 90,32 % (Sisal) der Ernteerträge von 1973.[14] Außerdem sind die Weltmarktpreise von Kaffee, Häuten und Fellen derart gesunken, daß man den Bauern die Exportsteuer für ihre Produkte weitgehend erlassen mußte, damit sie überhaupt noch ihre gestiegenen Kosten decken konnten.[15]

Tanzania wird nach den Berechnungen seines Finanzministeriums im Jahr 1975 fast die Hälfte seiner gesamten Exporteinnahmen für den Ankauf von Erdöl und Getreide aufwenden müssen.[16]

Von dem gesamten Haushaltsbudget für das Rechnungsjahr 1975/76 in Höhe von 6.546 Millionen TSh. (fast 2 Milliarden DM) entfallen 13 % auf den nationalen Schuldendienst (250,3 Millionen DM).[17]

Der Gesamthaushalt ist gegenüber dem Vorjahr zahlenmäßig um 6 % gewachsen, wobei die wiederkehrenden Kosten der Regierung um 3,5 % gekürzt wurden, so daß der gesamte Zuwachs dem Entwicklungsbudget zufällt.[18] Jedoch wird er durch die Geldentwertung weitgehend wieder zunichte gemacht.[19]

Die Lebenshaltungskosten für Lohnempfänger stiegen im Verlauf des Kalenderjahres 1974 um insgesamt 57,3 %, für Nahrungsmittel allein aber schon um 73,5 %, für Kleidung um 30,7 %. Im Juni 1975 wurden wieder Preiserhöhungen für einfache Konsumartikel bekanntgegeben;[20] weitere werden im Rahmen der angekündigten Steuererhöhungen für einige „Luxusartikel" folgen, zu denen auch nichtalkoholische Getränke mit einer Preiserhöhung von 8 %, Textilien mit einem 14-prozentigen Preisanstieg gerechnet werden.[21]

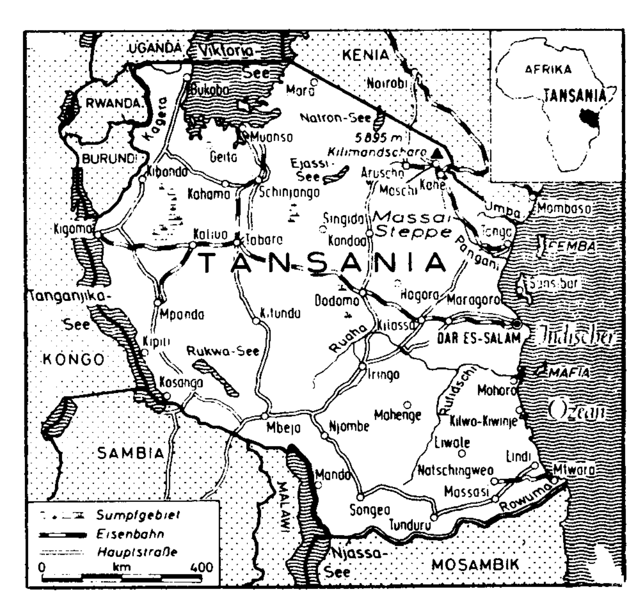
Im Haushalt des jetzt beginnenden Rechnungsjahres haben Landwirtschaft und Industrie mit 46 % der Haushaltsmittel für die Ministerien die Priorität erhalten, gefolgt von den Ausgaben für Häuser- und Straßenbau.[22]

Von den Entwicklungsausgaben für das kommende Rechnungsjahr sollen 57,32 % als Kredite oder im Rahmen der Entwicklungshilfe aus dem Ausland kommen – eine Summe, die bei rund 514 Millionen DM liegt.[23] Dabei wird das Schwergewicht ebenfalls auf der Produktivitätsentwicklung in Landwirtschaft und Industrie liegen. Alle Projekte der weiteren Infrastrukturentwicklung werden dem nachgeordnet.

Besonders die mittleren und Kleinindustrien und die mittlere landwirtschaftliche Technologie sollen gefördert und verbessert werden, weil diese beiden Entwicklungsmaßnahmen am wenigsten Kosten im Verhältnis zur gewünschten Produktivitätssteigerung verursachen.[24]

2. Die großen Umsiedlungskampagnen und die Landwirtschaftspolitik

Von Beginn des Jahres 1974 bis Mitte 1975 wurden mehr als 7 Millionen tanzanianische Bauern umgesiedelt.[25] Diese Kampagne stellt somit die größte Bevölkerungsbewegung seit den Völkerwanderungen in diesem Gebiet vom 17. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts dar. Damals waren die Massenbewegungen durch einfallende fremde Stämme verursacht worden und endeten infolge der Sklaverei und der sich anschließenden Kolonialkriege in einer totalen geographischen Zerstreuung des größten Teils der Bevölkerung im heutigen Tanzania. Die Leute flohen vor Menschenjägern, Zwangsrekrutierern für Armee und Arbeitsdienst und Steuereintreibern in den Busch.[26]



Dieser Zersplitterung stand die straffe Organisation der wenigen wirtschaftlich Privilegierten gegenüber. Seit der Festlegung von Distriktgrenzen in der deutschen Kolonialzeit hatten sie auf den wenigen Flecken mit gutem Boden und günstigen klimatischen Verhältnissen im Verein mit den europäischen Herren ihren Wohlstand etabliert und nach der staatlichen Unabhängigkeit des Landes noch ausgebaut und gesichert. Auch nach der Arusha-Deklaration von 1967, mit der sich die Regierung Tanzanias für ein sozialistisches Entwicklungskonzept entschieden hatte, wußten viele von ihnen ihre alten Positionen zu halten – sei es durch eine Integration in den Parteiapparat, sei es durch einen hohen Posten in Wirtschaft oder Verwaltung.[27]

Die in der Landwirtschaft noch bestehenden Privilegien sollen durch die Umsiedlungskampagnen radikal abgebaut werden. Damit will die Regierung gleich zwei Seiten der Unterentwicklung Tanzanias angehen:

1. die Zerstreuung der Bevölkerung, die eine wirtschaftliche und politische Organisierung der Masse der Menschen bisher behindert hatte,
2. die Vorherrschaft privilegierter Individuen oder einzelner Dörfer, die den Aufbau einer egalitären Sozialstruktur in

den neuen Gemeinwesen unmöglich gemacht hatte.

Die Umsiedlung der Landbevölkerung in genossenschaftlich organisierte Dörfer war seit Anfang der sechziger Jahre das langfristige Ziel der Partei, seit der Arusha-Deklaration der erklärte Kernpunkt der Politik zum Aufbau des Sozialismus. Diese Strategie war nun seit fast zehn Jahren in allen Ansiedlungen Tanzanias diskutiert worden; in vielen Gegenden des Landes gab es Musterdörfer und Pläne für die Anlegung solcher kommunalen Siedlungen. Allerdings waren bis vor wenigen Jahren nur in den ärmsten Gebieten des Landes diese Ujamaa-Dörfer zu einer wesentlichen Siedlungsform geworden. 1968 waren lediglich 58.500 Ujamaa-Dorf-Bewohner gezählt worden[28], im Juni 1975 waren es dagegen bereits 9.140.229[29] der über 15 Millionen Einwohner Tanzanias.[30]

In vielen Regionen waren die Umsiedlungskampagnen bereits vor Jahren beschlossen und geplant worden.[31] In anderen Gebieten war dies nicht geschehen – oder zumindest nicht in der Weise, daß für einen ordentlichen Umzug in vorgeplante Dörfer gesorgt worden war. Als nun Ende letzten Jahres das Nationale Exekutivkommitee der TANU auf seiner Sitzung in Musoma beschloß, daß die Umsiedlungskampagnen bis zum Jahresende 1975 abgeschlossen sein sollen, sind von der Bürokratie in einigen Gegenden unterstützte Aktionen eingeleitet worden. Diese hatten nichts mehr mit der Selbstbestimmung der Bauern über ihre eigenen Angelegenheiten zu tun. Ob sie trotzdem die Grundlagen für eine bessere Zukunft der betroffenen Bauern legen, muß sich erst erweisen.

Die Massenumsiedlungen waren von der Regierung mit Beginn der Aussaatperiode – etwa um die Jahreswende – total gestoppt worden, um die nächste Ernte nicht vollkommen zu gefährden. Diese Kampagne hieß „Kilimo cha Kufa na Kupone" („Anbauen heißt Überleben" oder „Landwirtschaft als eine Sache auf Leben und Tod"); nach ihren Forderungen war jeder Tanzanianer zum Anbau eines kleinen Feldes mit Nahrungsmitteln verpflichtet. Jeder öffentliche Betrieb, jede Schule und jede Verwaltungsstelle mußte selbst Lebensmittel erzeugen. Nicht nur bisher noch ungenutztes Land, sondern auch die Anlagen öffentlicher Gebäude wurden dafür genutzt. Ab Mitte Juli dieses Jahres waren die ersten Meldungen über Rekordernten an Mais, Hirse und anderen Getreidesorten zu lesen.[32] Allerdings ist auch bekanntgeworden, daß einige Funktionäre übertriebenen Ehrgeiz daransetzten, in ihrem Zuständigkeitsbereich möglichst viel Getreide und andere Nährmittel produzieren zu lassen und dabei die Kostenfaktoren: Arbeitszeit, Düngemittel und Bewässerung, so stark vernachlässigten, daß die Erzeugnisse zu teuer wurden.[33]

Die Kampagne „Landwirtschaft als eine Sache auf Leben und Tod" sollte aber nicht nur die möglichen Ernteausfälle infolge der Umsiedlungsmaßnahmen ersetzen, sondern außerdem die durch Dürre bedingten Produktionsminderungen ausgleichen. Darüber hinaus sollte die gesamte heimische Landwirtschaft für die Nahrungsmittelproduktion intensiviert werden, um die hohen Importe an Getreide und anderen Nahrungsmitteln zu reduzieren.

Damit leitete die Kampagne eine neue Landwirtschaftspolitik ein, die für die kommenden Jahre bestimmend sein wird. Die Regierung geht davon aus, daß in der Landwirtschaft der Überschuß erzeugt werden muß, der für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung benötigt wird (34).

Der tanzanische Landwirtschaftsminister Mongai erklärte in seiner Budgetrede für das Rechnungsjahr 1975/76 das Programm seines Hauses für die Entwicklung der Landwirtschaft, das folgende drei Schwerpunkte hat:

1. politische Mobilisierung
2. faire Preise für die Bauern
3. geplante Landwirtschaft (35)

Der Minister sagte, daß der sicherste Weg zu einer Mehrproduktion von Nahrungsmitteln durch die Bauern die Gewährleistung eines guten Preises für ihre Produkte sei. Der gute Erfolg, der durch die Kampagne „Landwirtschaft als eine Sache auf Leben und Tod" erreicht worden sei, müsse durch gute Preise gehalten werden, um die Versorgung mit Nahrungsmitteln auch für die nächsten Jahre sicherzustellen. Die Regierung sei dabei, alle Nahrungsmittelpreise zu revidieren.

Im Rahmen der geplanten Landwirtschaft sollen neue Großfarmen zur Erzeugung von Mais angelegt werden: im Finanzjahr 1975/76 allein 400 000 Hektar mit Hilfe der Weltbank und der USAID. (Zum Vergleich: von dem für das Rechnungsjahr 1973/74 geplanten Maisprogramm von 147.158 Hektar mit Mais bebauter Flächen konnten tatsächlich nur 88.000 Hektar bebaut werden.)
Ebenfalls mit Hilfe der Weltbank sollen in 7 Regionen Tanzanias große Milchfarmen mit je 350 Kühen angelegt werden, außerdem 50 Farmen in Ujamaa-Dörfern. Beabsichtigt ist die einheimische Milchproduktion zu verfünffachen.
Alle landwirtschaftlichen Großbetriebe, die bisher ausschließlich mit der Herstellung von Verkaufsgütern beschäftigt waren, sollen nebenher auch ausreichende Nahrungsmittel für die Versorgung der eigenen Mitarbeiter produzieren.
Die „politische Mobilisierung" der Bauern für eine leistungs-

Richtigstellung zum Aufruf „Vieira-Pinto-Aktion" in den „blättern", Heft Nr. 45

In der Ausgabe der „blätter" von Juni 75 war in dem von der Redaktion verfaßten Text zum Aufruf für die „Vieira-Pinto-Aktion" (S. 46) behauptet worden, der mozambiquanische Bischof Vieira Pinto sei aus politischen Gründen von dem Katholischen Missionswerk „missio" in einer von „missio" initiierten Spenden-Sammelaktion für die Arbeit der katholischen Kirche in Mozambique als Adressat für die Hilfsgelder ausgeschlossen worden. Diese Information war uns im Mai aus dem Kreis der Organisatoren der „Vieira-Pinto-Aktion" zugegangen.

Entgegen der genannten Meldung war dazu am 24.9. aus einer Nachricht der KNA (Katholische Nachrichten-Agentur) zu erfahren, daß „missio" Ende April ***in direkter „Zusammenarbeit mit Bischof Pinto"*** *zu der angeführten Spendenaktion aufgerufen habe. Da die Redaktion auch von anderer Seite auf die Fragwürdigkeit der dazu in Heft 45 verbreiteten Information hingewiesen worden ist, gehen wir jetzt davon aus, daß die Meldung der KNA zuverlässig ist. Damit stellt sich allerdings auch der im Zusammenhang mit der „missio"-Aktion von uns veröffentlichte Artikel zum Thema „Die Deichgrafen von Aachen" (Autor: Pater W. Körtgen, Bonn) in einem etwas anderen Licht dar. Die Redaktion der „blätter" sieht sich im Moment jedoch aus arbeits-technischen Gründen nicht in der Lage, den genannten Artikel noch einmal auf seine Stichhaltigkeit zu überprüfen. Eine Gegenstellungnahme der „missio" liegt uns bisland nicht vor. Wir werden „missio" hierauf noch einmal direkt ansprechen.*

red.

fähige Landwirtschaft wird auf verschiedenen Wegen versucht:

1. durch die neue Dorfverfassung vom Juli 1975, nach der jedes Dorf einen von der Dorfversammlung gewählten Dorfrat erhält. Er kann mit anderen Dörfern Verträge über gemeinsame Projekte abschließen und garantiert damit den Selbstverwaltungsstatus für diese kleinsten kommunalen Einheiten des Landes (36). Premierminister Kawawa sagte dazu ausdrücklich, daß es Ziel dieses Gesetzes sei, „den Dörfern mehr Planungs- und Ausführungskompetenzen für ihre Projekte und damit Unabhängigkeit von höheren Autoritäten zu geben (37).
2. Durch verschiedene Informationskampagnen, in denen die Landbevölkerung auch, in den entlegensten Gebieten Tanzanias etwas über bessere Ernährung und die Möglichkeit einer verbesserten Nahrungsmittelerzeugung erfährt. Ziel ist dabei, daß alle Bauern des Landes bereitwilliger und gezielter für die eigene Versorgung mit lebenswichtigen Nährstoffen arbeiten – und dadurch sich selbst dazu in die Lage versetzen, auch mehr oder konzentrierter in anderen Produktionsbereichen zu arbeiten (38).
3. Der Ausbau des industriellen Sektors
Eine langfristige Strategie zur industriellen Entwicklung ist in Tanzania noch nicht entwickelt worden. Als Grund dafür wird angegeben, daß noch nicht genau analysiert sei, welche Rohstoffe zu welchen Förderbedingungen im Land zu finden sind. Außerdem wolle man an deren Abbau erst dann gehen, wenn genügend Tanzanianer die erforderlichen Techniken beherrschen, um sich nicht von ausländischen Experten bevormunden und von ausländischen Gesellschaften ausbeuten zu lassen.
Da ohnehin nicht viel an Erzen und anderen Bodenschätzen vorhanden zu sein schien, hatten die Tanzanianer keine Eile. Inzwischen aber sind die Weltmarktpreise für Eisen, Stahl, Öl, Zement, Kunstdünger, Maschinen und andere auch für die tanzanianische Wirtschaft notwendigen Einfuhrgüter derart gestiegen, daß sie kaum mehr mit landwirtschaftlichen Exportprodukten zu erwirtschaften sind. Dieses Problem wird jetzt in verschiedenen Richtungen angegangen:
1. durch die Arbeit an einer langfristigen industriellen Entwicklungskonzeption,
2. durch einen raschen Ausbau der Produktion in den wichtigsten schon vorhandenen Industrien,
3. durch eine forcierte Suche nach Bodenschätzen,
4. durch eine Förderung der Kleinindustrien zum Aufbau eines Binnenmarkts mit eigenen Produkten mittleren technologischen Grades,
5. durch das strikte Einfuhrverbot von lokal vorhandenen Rohmaterialien und anderen im Land selbst produzierten Gütern sowie allen Luxus-Artikeln.

Zu 1.:
Die tanzanianische Regierung hat einen der schärfsten Kritiker der bisherigen Industrialisierungspraxis Tanzanias, Justinian Rweyemama, zum Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium gemacht, wo er an der Konzipierung einer sozialistischen Industrialisierungsstrategie mitarbeitet.

Zu 2.:
Tanzanias Minister für Handel und Industrie, Amir Jamal, gab folgenden Plan bekannt (39):

„Die Expansion der industriellen Produktion wird im kommenden Jahr auf folgenden Drei Gebieten liegen:

– Die Herstellung Amoniumsulfat in der Tanga-Düngemittelfabrik wird gegenwärtig von 20 000 auf 60 000 t pro Jahr angehoben.

– Die beiden großen Textilfabriken von Tangania, Friendship Textile Mill und Mwatex, werden ihre Produktionskapazitäten von gegenwärtig 26 bzw. 25 Mio Meter auf 36 bzw. 45 Mio Meter pro Jahr erhöhen.

– „Aluminium Africa" hat zwei größere Projekte: die Einrichtung eines Eisenschmelzofens für eine Kapazität von 17 000 t Eingabe- und die Produktion von 42 000 t Asbestmaterial im Jahr."

Jamal kündigte außerdem die Einrichtung einer weiteren Fabrik zur Produktion von Textilien an:

Zu 3.:
Die tanzanianische Staatsgesellschaft „Petroleum Development Corporation" arbeitet mit den beiden internationalen Gesellschaften „Agip"und „Oceanic" zusammen, um auf dem Land und in den Küstengewässern Tanzanias Öl zu suchen. Die Probebohrungen haben in diesen Monaten begonnen.

Eine chinesische Expertendelegation ist seit Juni 1975 mit einer Untersuchung der Kohle- und Eisen-Lager in Südtanzania befaßt.

Der deutsche Konzern Krupp hatte sich sehr für die Uranvorkommen in Südtanzania interessiert. Mehrere bilaterale Verhandlungen sind bereits darüber geführt worden.



Ein internationales Expertenteam ist damit beschäftigt, die Nutzungsmöglichkeiten für die natürlichen Phosphatdüngerlager (Guano) am Lake Manyara zu überprüfen; bisher müssen die gesamten Rohstoffe für die Düngemittelfabrik von Tanga importiert werden.

Zu 4.:
Eine Staatsgesellschaft zur Förderung der Kleinindustrie vergibt Kredite an kleinere und mittlere Betriebe und Genossenschaften, damit diese eine auf die ländlichen Bedürfnisse zugeschnittene lokale Industrie aufbauen können. Es geht um die Herstellung von einfachen Esels- und Handkarren, Pflüge, Saat- sowie viele andere Landmaschinen, die ohne komplizierte Geräte in jedem Dorf nachgebaut werden können.

Zu 5.:
Mit dem Einfuhrverbot für bestimmte Fertigwaren und Rohstoffe wurde nur die Politik von 1971 vorangetrieben, die ein Einfuhrverbot für alle Luxusartikel verordnete (41).

Der Direktor der tanzanischen Staatsbank gab bekannt, daß alle Firmen ihre Importe auch im Land vorhandener Rohmaterialien innerhalb einer angemessenen Frist auf Null

reduzieren müssen, auch wenn es dadurch gelegentlich zu Produktionsausfällen kommen sollte (42).
Außerdem sind künftig alle Firmen, die für ihre Produktion etwas einführen wollen, dazu verpflichtet, einen Teil ihrer Produktion auszuführen –einerlei, ob diese Dinge im Land benötigt werden oder nicht.
Trotzdem wird es nach der Kalkulation der „Bank of Tanzania" noch lange dauern, bis Tanzania seinen Devisenmangel behoben hat.

Damit ist noch nichts über die interne Entwicklung im Industriesektor gesagt: über die Organisation der Arbeit und über die Verhältnisse am Arbeitsplatz.
Die Arbeitsgesetze stammen in wesentlichen Resten noch aus der Kolonialzeit und zeigen frühkapitalistische Züge: z.B. ist der „Arbeitgeber" im Krankheitsfall nicht zur Lohnfortzahlung verpflichtet, „soweit dies nicht ausdrücklich zugesichert ist", und die Sozialversicherung zahlt nur nach einjähriger Mitgliedschaft und nur bis zu der Höhe der vom „Arbeitnehmer" eingezahlten Beiträge, wobei nicht einmal die dazugezahlten Anteile des „Arbeitgebers" angerechnet werden (43).
Ab Juli 1970 sind die Betriebe zur Errichtung von Arbeiterräten verpflichtet. Die alten, 1964 von Tanzanias Einheitsgewerkschaft eingerichteten Arbeiterkomitees hatten ihre politischen Einflußmöglichkeiten verspielt und lediglich fürsorgerische Funktionen (z.B. Sorge für besseres Kantinenessen) und Disziplinierungsaufgaben (z.B. die Überwachung der Pünktlichkeit der Arbeiter) erfüllt (44).
Die neuen Arbeiterräte dagegen sollen eine politische Vertretung der Arbeiter in allen Führungsgremien sicherstellen und langfristig zu deren Kontrolle von unten führen (45).
Hinzu kommt ein umfangreiches Ausbildungsprogramm: alle Arbeiter eines Betriebes sollen die seit 1973 gesetzlich garantierte Arbeitsstunde pro Tag für die Fortbildung am Arbeitsplatz verwenden und entweder praktische Kurse besuchen (Mechanik, einfache Buchführung etc.) oder zunächst Lesen und Schreiben lernen. Die gewählten politischen Vertreter der Arbeiter erhalten Sonderkurse in politischer Bildung, Bilanzierungstechniken und Management (46).
Nach den ersten Beobachtungen haben diese Arbeiterräte dort bereits einen qualifizierten Beitrag zur Mitbestimmung der Arbeiterschaft geleistet, wo die Manager des Betriebes diesem Prozeß positiv gegenüberstanden (47). Für die Mehrzahl der Fälle ist aber zu befürchten, daß die Schlußfolgerung eines Kritikers zutrifft, der eine Reihe von Betrieben beobachtet hat:

„Tatsächlich stellen die Arbeiterräte nur eine Verspottung der industriellen Demokratie dar und haben sich bisher keinesfalls als Institutionen für die Arbeiter-Mitbestimmung erwiesen. Von den Arbeitervertretern in den Räten sind sich die meisten gar nicht ihrer Funktionen in diesen Gremien bewußt. Sie verstehen nichts von den Tagesordnungspunkten, die eine Diskussion oder Abstimmung verlangen, zum Beispiel der Haushalt oder die Bilanz. Da die meisten sich weder ihres Stimmrechts noch ihres Status bewußt sind, stellen sie für die Management-Verteter in dem Rat Clowns dar oder die Attraktion des Tages. In den Augen des Managements sind sie schlimmstenfalls die Verkörperung der faulenden Furcht industrieller Demokratie, bestenfalls dazu benutzt, als Stempel für die Abzeichnung von Programmen zu dienen, die den Interessen der Arbeiter zuwiderlaufen" (48).

Daß die Lösung des Problems der Arbeitermitbestimmung jedoch intensiv angegangen wird, beweisen nicht nur die gegenwärtig laufenden Kontrollen über das tatsächliche Ausmaß der Arbeiterbildung, sondern auch die Abordnung von 25 TANU-Sekretären an die wichtigsten Gesellschaften und Industriebetriebe des Landes. Ihre Aufgabe ist die Teilnahme an allen Management-Sitzungen der Unternehmen, vom Aufsichtsrat bis zu den Arbeiterräten, allerdings ohne Stimmrecht. Hat eine Entscheidung irgendeines der Management-Gremien die Zustimmung des TANU-Sekretärs nicht gefunden, muß er die Sache der Versammlung seines TANU-Zweigs vorlegen, diese lädt gegebenenfalls Experten und Träger des in Frage stehenden Beschlusses zu einer Diskussion ein. Kann danach noch keine Einigung über die strittigen Punkte erzielt werden, wird der Vorgang den nächst höheren Parteigremien gemeldet, um dort weiterverhandelt zu werden.

Tanzanias Arbeits- und Sozialminister Mapunda erläuterte auf einer Pressekonferenz die Pflichten und Zuständigkeiten dieser TANU-Sekretäre. Sie sollen mit Führungsgenossen und Experten zusammenarbeiten und sicherstellen, daß „die Arbeiter in die Belange der Firma in der Weise mit einbezogen werden, daß eine kollektive Führung statt der eines einzelnen gewährleistet ist" (49).

Eine Gefahr für die politisch-wirtschaftliche Entwicklung im Industriesektor liegt darin, daß die Arbeiterschaft zur Zeit über keine geregelte Interessenvertretung verfügt. Die Einheitsgewerkschaft ist total bürokratisiert, so daß von ihr keine politischen Initiativen zu erwarten sind (50). Und die TANU-Sekretäre allein können auch keine Arbeiterführer darstellen, weil sie – genau wie die Gewerkschaften – an die Autorität der Partei gebunden sind. Nyerere selbst hat schon zur Verteidigung von Streiks, die von der Gewerkschaft verurteilt worden waren, das Wort erheben müssen.

Volkhard Hundsdörfer

Anmerkungen:

1. Daily News v. 9.6.75, S. 1.
2. Bank of Tanzania: Economic Bulletin (1975), S. 38.
3. Daselbst, S. 6.
4. Daselbst, S. 27.
5. Daselbst, S. 20.
6. Alle diese Angaben sind in US-Dollar umgerechnet, damit man sie leichter miteinander vergleichen kann.
7. Bank of Tanzania (1975), S. 6.
8. Daselbst, S. 7; vgl. dazu die tanzanianische Tageszeitung Daily News v. 7.7.75, S. 3. Der exakte Preisanstieg ist bisher noch nicht öffentlich bekannt gegeben worden. Einige Details dafür finden sich jedoch weiter unten in diesem Artikel.
9. Vgl. dazu: Daily News v. 17.6.75, S. 4: die Etat-Rede des Finanzministers.
10. Vgl. Etat-Rede des Finanzministers, wiedergegeben in: Daily News vom 18.6.75, S. 4.
11. Daselbst.
12. Cf. Bank of Tanzania (1975), S. 12.
13. Daily News v. 17.6.75, S. 4.
14. Cf. daselbst, eigene Berechnungen.
15. Daily News v. 18.6.75, S. 4.
16. Daily News v. 17.6.75, S. 4.
17. Daily News v. 10.6.75, S. 1.
18. Daselbst.
19. NSUYA in Daily News v. 18.6.75, S. 4.
20. Cf. Daily News v. 17.6.75.
21. NSUYA in Daily News v. 18.6.75, S. 4. Berechnet ist hier allein der Preisanstieg infolge erhöhter Verkaufssteuern.
22. Wie J. MABUNDEA in der Daily News v. 5.7.75, S. 7, in seinem Aufsatz „Agriculture: The backbone of ouer Economy" aus der Etat-Rede des tanzanianischen Ministers für Wirtschaft und Entwicklungsplanung, Dr. CHAGULA, berichtet.
23. Cf. Daily News v.10.6.75, S. 1.
24. Cf. MSUYA in Daily News v. 18.6.75, S. 4.
25. M.H.Y. KANIKI: „TANU: The Party of Independence and National Consolidation". In: Gabriel RUHUMBIKA (Ed.): „Toward Ujamaa", Twenty years of TANU leadership. Dar es Salaam, Kampala, Nairobi: East African Literature Bureau 1974, S. 27.
26. Dies ist in Eigenberichten der Betroffenen anschaulich nachzulesen bei HUNDSDÖRFER (1974) in MEUELER, S. 12-62.
27. Vgl. dazu die beiden Beiträge von Peter ARNOLD (1972), (1973) in „blätter des iz3w" Nr. 20 und 26/27.
28. KANIKI (1974), S. 26.
29. Daily News vom 5.7.75, S. 5.
30. Im März dieses Jahres zählte die Bevölkerung Tanzanias insgesamt 14.938.071 Personen. Dies geht aus dem vorläufigen Ergebnis der neusten Volkszählung hervor, das am 23.4.75 in

Dar es Salaam bekanntgegeben wurde. Aus: Daily News vom 24.4.75, S. 1.
31. Vgl. dazu den Artikel von Charles RAJABO über die Umsiedlungskampagnen in Iringa, in Daily News v. 15.4.75, S. 4.
32. Vgl. Daily News vom 18.7.75, S. 5.
33. NYERERE erwähnt Beispiele dieser Art in seiner unten abgedruckten Parlamentsrede.
34. NYERERE daselbst.
35. Die Budgetrede ist in vielen wörtlichen Details referiert worden in Daily News v. 20.6.75, S. 1.
36. Diese Gesetzesvorlage wird referiert in der Daily News vom 17.7.75, S. 1.
37. Premierminister KAWAWA am 20.7. vor einem Dorfrat am Kilimajaro – Daily News v. 21.7.75, S. 1.
38. Vgl. dazu den unten abgedruckten Artikel „Chakula ni Uhai" – eine aktuelle Massenbildungskampagne über Ernährungsprobleme in Tanzania.
39. Übersetzt aus: Sunday News v. 22.6.75, S. 1; die Überschrift der Rede lautete: „Unser Ziel ist ein großer Exportvorstoß".
40. Daselbst.
41. S. die Einleitung von G. GROHS und V. HUNDSDÖRFER ‚Tanzania auf dem Weg zum Sozialismus' in „Freiheit und Entwicklung. Aus neuen Reden und Schriften von Julius K. NYERERE", Stuttgart 1975, S. 8 ff.
42. Daily News vom 12.6.75, S. 5.
43. „The Plight of the Workers" in MAJI MAJI No. 12, S. 13, 10.
44. H. MAPOLU, „The organisation and participation of workers in Tanzania", E.R.B. Paper 72.1, The University of Dar es Salaam 1972, S. 20 ff.
45. M.B. MIHYO zitiert so Minister KAHAMA, den ehemaligen Manager der Nationalen Entwicklungsgesellschaft, in seinem Artikel: „Labour unrest and the quest for workers' control: three case studies", in MAJI MAJI No. 12, S. 6.
46. Eine ausführliche Darstellung des Kursangebots, der Aufgaben und Schwierigkeiten der Arbeiterbildung in Tanzania geben S. R. KINYONDO, H. L. MITANDE, R. S. MTAWANGU und K. A. NORDAHL in: „A Guide to Workers' Education. "2nd. rev. ed. Dar es Salaam: National Institute of Productivity 1973, 103 pp.
47. MAPOLU, S. 33.
48. MIHYO, S. 6.
49. Das Zitat lautet wörtlich: ...„that workers are fully involved in matters of the establishment so that there is collective leadership and not a one-man leadership." Aus: Daily News vom 4.7.75, S. 5.
50. Cf. MIHYO, S. 7.

CHAKULA NI UHAI – eine aktuelle Massenbildungskampagne über Ernährungsprobleme

In diesen Monaten läuft in Tanzania die fünfte Massenkampagne zur Vorbereitung lebensnotwendigen Grundwissens unter dem Motto „chakula ni uhai", „richtige Ernährung ist Leben". Zwischen Mai und Dezember dieses Jahres werden mehr als zweieinhalb Millionen Tanzanianer über alle verfügbaren Massenmedien, besonders aber über gezielt vorbereitete Aktionen in mehr als 150 000 Arbeitsgruppen nicht nur Neues über richtige Ernährung erfahren, sondern auch gemeinsam darangehen, die entsprechenden Nahrungsmittel anzubauen und zuzubereiten. Insgesamt wird die Kampagne noch weit mehr Menschen zugute kommen, denn überall im Land ist etwas über ihre Inhalte zu erfahren. Träger der Aktion sind die TANU sowie Regierungsstellen und verschiedene Forschungs- und Bildungsinstitutionen.[1]

Die Kampagne stützt sich auf die großen Erfolge der vorangegangenen Massenbildungsaktionen in Tanzania, in denen direkt auf die Bedürfnisse der Landbewohner ausgerichtete Kurse angeboten wurden. Sie ist ausdrücklich auf die große Nachfrage der Bauern hin organisiert. Ihre Ziele sind:

– daß die Bauern ihre landwirtschaftliche Produktion erhöhen, zunächst für die Befriedigung ihres eigenen Bedarfs, danach aber auch für den Verkauf;
– daß die Bauern in den Ujamaa-Dörfern (den nach sozialistischen Grundsätzen organisierten neuen Dorfgemeinschaften) und die Arbeiter in den Industriebetrieben Tagesstätten für Kinder einrichten, nachdem sie die Wichtigkeit dieser Institution für den Produktionsprozeß einerseits und für die gute Versorgung der Kinder andererseits eingesehen haben;
– daß alle Werktätigen an ihren Arbeitsplätzen Kantinen einrichten, um mehr als einmal täglich eine ordentliche Mahlzeit einnehmen zu können;
– daß die an den Binnengewässern oder am Meer wohnende Bevölkerung die Bedeutung der Fischerei für ihre eigene Ernährung sowie für die des ganzen Volkes einsieht und daher mehr Fischen geht;
– daß die durch Ernährungsschäden während der Schwangerschaft bzw. in den ersten Lebensmonaten verursachte Kindersterblichkeit erheblich sinkt;
– daß aufgrund einer verbesserten Nahrungszusammensetzung und Hygiene die durchschnittliche Lebenserwartung der Tanzanianer (von gegenwärtig rund 40 Jahren) steigt;
– daß langfristig infolge qualitativ und quantitativ verbesserter Ernährung die Produktivität steigt.[2]

Mehrere Umstände kennzeichnen die besondere Lage in Tanzania. Aus ihrer Anlayse läßt sich zu einem besseren Verständnis sowohl der tanzanianischen Situation als auch der anderer Länder in der Dritten Welt gelangen, die mit Bildungskampagnen weitreichende Veränderungen für das tägliche Leben der Masse ihrer Bevölkerung erreichen wollen. Zu diesen besonderen Bedingungen in Tanzania gehören:

1. Es hat schon während der Kolonialzeit selbstorganisierte Bildungsveranstaltungen der Bauern gegeben, in denen neue landwirtschaftliche Techniken weitervermittelt wurden – mancherorts mit, woanders ohne Unterstützung durch staatliche Verwaltung oder Missionsgesellschaften.[3]
2. Dies hatte einerseits im ganzen Land das Bedürfnis nach arbeitsbezogenen Bildungsveranstaltungen geweckt. Andererseits wurde dadurch schon vor 6 bis 8 Jahren ein gut ausgebautes, weitverzweigtes Netz von Erwachsenenbildungsinstitutionen und Fachleuten geschaffen, die besonders die praktischen Schwierigkeiten und Bedürfnisse der Bewohner ihres Landstrichs kannten.
   Auf sie konnte die tanzanianische Regierung zu Beginn ihrer verstärkten Erwachsenenbildungsaktivitäten ab 1970 zurückgreifen.[4] 1969 waren außer den nebenbei für Erwachsenenbildung genutzten politischen Versammlungsstätten und öffentlichen Gemeindeeinrichtungen bereits 116 Erwachsenenbildungszentren von 42 Trägerorganisationen registriert[5], die aber daneben noch ungezählte Kurse in entlegenen Dörfern und Siedlungen abhielten.
3. Dieser umfangreiche Stab von Fachleuten hat in den vor-

ausgegangenen Massenbildungskampagnen Erfahrungen in möglichen Methoden und örtlichen Schwierigkeiten gemacht, die bei der Vorbereitung der jetzt laufenden Aktion verwertet wurden: aus vielen Fehlern haben sie gelernt. Für eine große Anzahl der Mitarbeiter gehört die Vorbereitung dieser Kampagne ebenso wie ihre Durchführung schon fast zur Routine. Die meisten der möglichen organisatorischen Pannen sind vorhersehbar geworden.[6]

Gleichzeitig brauchen die Organisatoren nicht mehr völlig voraussetzungslos zu arbeiten, weil es in jedem Dorf meistens einige Leute gibt, die schon mit dieser Art von Lernen zu tun gehabt haben.

4. Die laufende Aktion fällt zeitlich mit anderen für die Verwirklichung von Tanzanias Politik der sozialistischen Zukunft möglicherweise entscheidenden gesellschaftlichen Veränderungen zusammen: sie schließt sich der Regierungskampagne zum „Überleben durch verstärkte landwirtschaftliche Produktion"[7] an und kann nach den umfangreichen Umsiedlungsaktionen in Ujamaa-Dörfern der letzten Zeit einen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufbau der neuen genossenschaftlich organisierten Siedlungs- und Produktionsgemeinschaften leisten.[8] Denn wenn die Anregungen dieser Bildungskampagne rechtzeitig aufgenommen werden, können viele alte Fehler in den neuen Dörfern von vornherein vermieden werden – indem z.B. ein Obst- und Gemüsegarten für die erforderlichen Vitamine, eine kleine Hühnerfarm oder ein Fischteich für die notwendigen Eiweißstoffe sorgen und damit Unterernährung von Beginn an ausschließen.

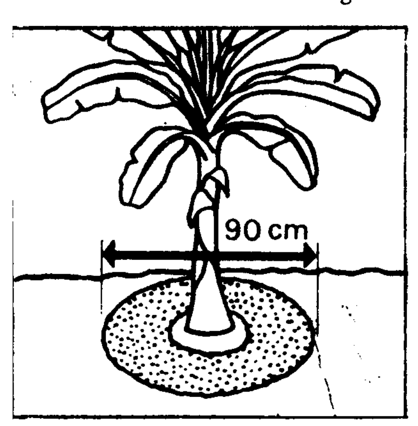
5. Die Massenbildungskampagnen können sich auf den politisierenden Einfluß des Radios stützen. Dieses Medium stellt bis heute für die ländliche Bevölkerung immer noch die wichtigste Nachrichtenquelle für Geschehnisse dar, die über die eigene Ansiedlung hinausgehen: Im Jahr 1970 hörten bereits rund 8 Millionen Tanzanianer (von den gut 13 Millionen der Gesamtbevölkerung) regelmäßig Radio.[9]

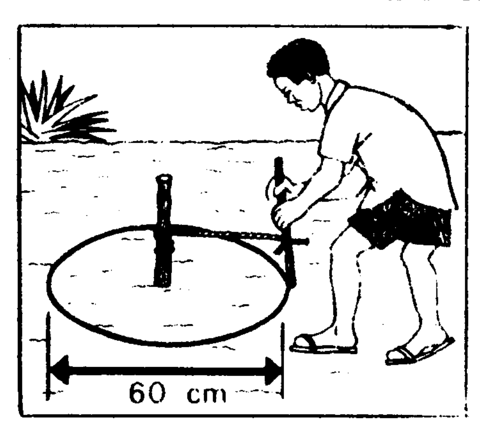
6. Die Fachleute für Erwachsenenbildung können auch auf den gesellschaftsbildenden Einfluß der „shauri"-Veranstaltungen zurückgreifen: thematische Versammlungen, die es schon im traditionalen Ostafrika gab und die Nyerere als die Kernzelle der gemeinschaftlichen Organisation der Alten bezeichnet. Ein „shauri" stellt eine Versammlung der Siedlungsgemeinschaft dar, bei der gemeinsame Angelegenheiten erörtert werden, z.B. Abhaltung von Gericht, Klärung von Streitigkeiten, Planung von Gemeinschaftsaktionen usf.[10]

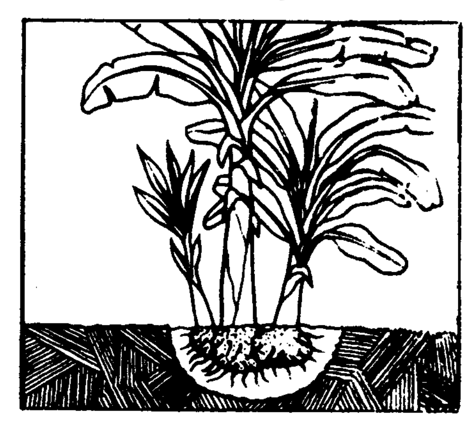
Dies alles läßt auf einen guten Erfolg der diesjährigen Kampagne hoffen, zumal den eigentlichen Aktivitäten eine vierstufige Ausbildungsphase vorausging:

1. ein zweitägiges Informationsseminar für die 130 Hauptorganisatoren der Kampagne in Dar es Salaam (November letzten Jahres),
2. 8 zweitägige Planungsseminare in verschiedenen Teilen des Landes für die regionalen Ausbilderteams von insgesamt 500 Teilnehmern (Leute, die schon langjährige Erfahrungen in Erwachsenenbildung haben, aber keine bestimmte formale Qualifikation dafür vorweisen müssen), (im Januar dieses Jahres),
3. rund 150 dreitägige Distriktorganisationsseminare für die Ausbilderteams auf Dorfebene mit rund 3 500 Teilnehmern (auch Leute mit einschlägigen Erfahrungen) (Februar),
4. 3 000 dreitägige Ausbildungsseminare für die 150 000 Studiengruppenberater (März und April).[11]

Die Studiengruppenberater sollten nach Möglichkeit aus dem Kreis der Teilnehmer sein, von diesen gewählt werden und zunächst nicht mehr Informationen haben als ihre Mitteilnehmer. Ihre Aufgabe ist es, lediglich dafür zu sorgen, daß alle Mitglieder einer Studiengruppe gleichmäßig an den geplanten Diskussionen teilnehmen. Diese Arbeitsgruppen sollen eben nicht durch einen Lehrer bevormundet werden, sondern sich anhand allen zugänglicher Informationen ihre Einsichten und Aktionsmöglichkeiten selbst erarbeiten. Daher werden die Studiengruppenberater besonders in den Techniken der Diskussionsleitung und der Organisation möglicher Aktionen ausgebildet. Darüber hinaus erhalten sie Informationen über die zu befürchtenden Widerstände der Beteiligten aufgrund sozialer Hindernisse. Sie sollen behilflich sein, diese abzubauen und schließlich ganz zu überwinden.







Bilder aus Lesebüchern für Erwachsene

Bibliographie zum Thema:

– A Source Book of Adult Education in Tanzania. A structured bibliography of books, papers and speeches on adult education. Dar es Salaam: Institute of Adult Education, University of Dar es Salaam, Juni 1974, 63 pp., = Studies in Adult Education No. 13;

– HUNDSDÖRFER, a.a.O., 1974, S. 283-301;

– Standortbibliographie der DSE zur Bildungspolitik Tanzanias vom Sommer 1975.

Die übersichtlichste Einführung in Probleme und Techniken der Erwachsenenbildung in Tanzania stellt folgende Publikation dar:

– Institute of Adult Education Dar es Salaam: ADULT EDUCATION HANDBOOK. Dar es Salaam: Tanzania Publishing House 1973, 269 pp.

In einer der vorausgegangenen Kampagnen sind Angaben über den Beruf gesammelt und ausgewertet worden: 72 % der Teilnehmer und 40 % der Gruppenleiter waren damals (1971) Bauern gewesen.[12] Inzwischen hat man die Gefahr erkannt, diese Arbeitsgruppen von Lehrern betreuen zu lassen, und daraufhin versucht, bei der diesjährigen Kampagne so viel Bauern und so wenig Lehrer wie möglich als Studienberater einzusetzen.

Bei der Kampagne des Jahres 1973 war bereits eine regelmäßige Anwesenheit der Teilnehmer in den Arbeitsgruppen von durchschnittlich 63 % erreicht worden. Sie war damit fast doppelt so hoch wie die in den allgemeinen Alphabetisierungsklassen für alle Erwachsenen Tanzanias, die zur Zeit noch überall im Land laufen.[13] Nachdem die Ursachen für die „drop-outs" analysiert worden sind und bei dieser Kampagne so gut wie möglich vermieden werden sollen, ist sogar mit einer noch höheren Kursteilnahme zu rechnen.

Schon der letzten Gesundheitskampagne waren zahlreiche Hygiene-Projekte gefolgt: der Bau von Brunnen und Latrinen, die Ableitung oder Zuschüttung von stehenden Gewässern zur Vorbeugung gegen Malaria, die Anlegung von Abfallgruben und besonderen Lagermöglichkeiten für Lebensmittel u.ä.[14] Dieses Jahr sind wegen der günstigen Begleitumstände (Umsiedlungskampagne) ebenfalls Folgeprojekte zu erwarten.

Entscheidend ist, daß Tanzania zur Zeit dringend eine erhöhte landwirtschaftliche Produktion zum Zweck der ausreichenden Ernährung seiner Bevölkerung braucht. Dies ist die einzige absehbare Möglichkeit, den in den letzten zwei Jahren sprunghaft angestiegenen Devisenbedarf für Lebensmitteleinfuhren zu drosseln. Sonst würde jede Entwicklungsperspektive – ganz besonders aber eine sozialistische – schon in der Planung verhindert.

Volkhard Hundsdörfer

Anmerkungen

1) Cf.: „Chakula ni UHAI". A proposed mass education scheme on nutrition and food production, April-December 1975. Dar es Salaam: Institute of Adult Education 1975, S. 2.
2) daselbst, S. 6.
3) Diese Zusammenhänge sind ausführlich dargestellt bei Volkhard HUNDSDÖRFER: Der Integrationsansatz zwischen formalem Bildungswesen und außerschulischen Grunderziehungsaktivitäten in Tanzania. Freiburg im Breisgau: (nicht öffentliches Gutachten) ABI, Dezember 1974, XXI + 353 S.
4) Dieses „adult education network" wird am gründlichsten dargestellt und analysiert von Budd L. HALL: Adult Education and the Development of Socialism in Tanzania. Dar es Salaam: Institute of Adult Education 1975, 298 pp.
5) ADULT EDUCATION DIRECTORY. A guide to Adult Education Agencies, Courses and Facilities in Tanzania. 1969. Dar es Salaam: Institute of Adult Education, University College Dar-es-Salaam 1969, 30 S. Auswertung bei HUNDSDÖRFER, a.a.O., 1974, S. 52 ff.
6) Vgl. dazu Lennart H. GRENHOLM: Some Campaign Considerations. A summery of the experiences of radio study group campaigns. Dar es Salaam: Institte of Adult Education, University of Dar es Salaam 1975, 71 pp. – Studies in Adult Education No. 20.
7) Vgl. dazu die oben abgedruckte Rede von NYERERE, darin besonders den Abschnitt zur „Produktivitätssteigerung".
8) Vgl. dazu den obigen Artikel vom selben Autor.
9) Cf. David R. GILTROW: The Educational Communications Factor in Tanzania's Rural Development – und Graham MYTTON: Mass Media and TANU. Information Flow in Tanzania and its Relevance to Development. Beide Aufsätze in: Provisional Council for the Social Sciences in East-Africa, First Annual Conference, December 27th-31st, 1970: Proceedings, Vol. 4. Dar es Salaam: The University of Dar es Salaam 1971 (mimeo), S. 285-304 und 258-284 resp.
10) Vgl. dazu besonders Julius K. NYERERE: Ujamaa – Grundlage des afrikanischen Sozialismus. In: „Afrikanischer Sozialismus. Aus den Reden und Schriften von Julius K. NYERERE." Mit einer Einleitung von Gerhard Grohs. Stuttgart: Texte 5 zur Arbeit von ‚Dienste in Übersee' 21975, S. 10-18.
11) „chakula ni UHAI", a.a.O., 1975, S. 5 und v.
12) Budd L. HALL: Wakati Wa Furaha. An Evaluation of a Radio Study Group Compaign. Uppsala: Scandinavian Institute for Africa Studies, 1973, S. 38 und 39.
13) „mtu ni AFYA. An evaluation of the 1973 mass health education campaign in Tanzania. Dar es Salaam: University of Dar es Salaam, Institute of Adult Education, Planning & Research Department, Juni 1974, S. 53 ff. = Studies in Adult Education No.12.
14) daselbst S. 74 ff.

Rede von J. Nyerere

„WIR MÜSSEN MUTIG ZU DER BEDEUTUNG VON SELBSTÄNDIGKEIT STEHEN!"

Auszüge aus der Rede von Tanzanias Staatspräsident Nyerere zur Schlußsitzung des 3. tanzanianischen Parlaments am 19.7.1975, ausgewählt, übersetzt und eingeleitet von Volkhard Hundsdörfer (1).

Einleitung

Die in diesem Sommer abgelaufene Amtszeit des 3. tanzanianischen Parlaments war von einigen Spannungen gekennzeichnet gewesen: im Dezember 1973 war der Präsident bereit gewesen, das Parlament zu entlassen, weil seine Mitglieder einer Vorlage zur Reform des Einkommenssteuergesetzes zweimal hintereinander die Zustimmung verweigert hatten. Diese Reform sollte die Spitzengehälter drastisch kürzen und alle Nebeneinnahmen verbieten. In einem Land, das sich um den Aufbau egalitärer gesellschaftlicher Strukturen bemüht, liegen solche Forderungen nahe und waren im Fall von Tanzania bereits in mehreren vorausgegangenen Regierungserklärungen (2) gestellt worden. Parteimitglieder in Spitzenfunktionen und Parlamentarier unterlagen ihnen gemäß Verfassung und Richtlinien der Partei ohnehin schon seit acht Jahren (3).

Als schließlich der Präsident androhte, das Volk gegen seine eigenen Abgeordneten zu mobilisieren, stimmten diese der Gesetzesvorlage zu – und kürzten sich selbst damit die eigenen Einnahmen. Ab dem 1.1.1974 ist das Gesetz in Kraft. Dazu die Jugendorganisation der TANU an der Universität von Dar es Salaam:

„Was die 66 (gegen die Gesetzesvorlage stimmenden) Parlamentsmitglieder getan haben, ist lediglich ihr eigenes Klasseninteresse und das der Bourgeoisie im allgemeinen entlarvt zu haben. Es besteht gar kein Zweifel, daß diese Klasse niemals sozialistische Maßnahmen unterstützen wird, die ihren eigenen Interessen entgegenlaufen, es sei denn, sie begeht Selbstmord. Da diese Leute überall an der Macht sind, wird die ganze Frage der parlamentarischen Demokratie zum Betrug. Man darf nicht vergessen, daß alle diese Leute TANU-Mitglieder sind, die sich dazu verpflichtet haben, den Sozialismus aufzubauen.

Es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß diese 66 Parlamentsmitglieder, die diese Gesetzesvorlage abgelehnt haben, aufgrund des milden Vorwurfs von Mwalimu (4) über Nacht zu Revolutionären geworden sind. Es gibt auch keinerlei An-

zeichen dafür, daß diese Leute als Klasse Selbstmord begangen hätten. Im Gegenteil spricht alles für die Annahme, daß sie sich lediglich hinter ihre Masken zurückgezogen haben und ihre Kräfte für einen neuen Anschlag sammeln" (5).

Dieses Parlament ratifizierte später die Beschlüsse von Musoma (6), die im November 1974 von dem Nationalen Exekutivkomitee der TANU gefaßt worden waren und folgende Richtlinien festlegten:

1. Die Überordnung der TANU über die Regierungsinstitutionen.
Danach wird die Richtung der Politik in Tanzania grundsätzlich durch das Nationale Exekutivkomitee der Partei festgelegt und durch die verschiedenen Parteiorgane ausgeführt. Dem Parlament obliegt dabei die Kontrolle sowie die gesamte Gesetzgebung.
Präsident Nyerere begründete dies damit, daß der Staat immer eine Machtkonzentration darstelle und über seine Mitglieder Gewalt ausübe; dem müsse eine kontrollierende Gewalt gegenüberstehen: die Massenpartei als direkter Vertreter des Volkes (7).
2. Die stärkere Bindung der Parlamentarier an ihre Wählerschaft.
Sie werden auf Distriktebene von allen wahlberechtigten Bürgern gewählt und bleiben auch den Distriktorganen verantwortlich (8). Jeder Distrikt Tanzanias wird künftig von drei Spitzenfunktionären geleitet: dem Vorsitzenden des Distriktrates, dem Parteisekretär sowie dem Parlamentsmitglied des Distrikts. Entsprechend gestaltet sich die Führung der Regionen. Dadurch sollen die Parlamentarier in einen Rahmen kollektiver Führung integriert werden.
Außerdem werden ihre Aktivitäten für die Bauern der betroffenen Gegen kontrollierbar, denn schon bei den letzten Parlamentswahlen 1970 hatten viele Landbewohner öffentlich geäußert, daß ihr Votum von den Gewählten als ökonomischer Freifahrtschein angesehen werde so z.B. im Bezirk Bagamoyo: „Warum sollte ich mich zur Wahl einschreiben und für Mr. X stimmen, dessen Bauch ja schon jetzt gewaltig vorsteht. Wenn er wieder nach Dar es Salaam abgeordnet wird, könnte sein Bauch platzen!" (12)
3. Strengere Bestimmungen für Parteimitgliedschaft und Aufnahmeverfahren.
Alle Parteimitglieder müssen jetzt die Forderungen erfüllen, die in der Arusha-Deklaration – s. Anm. 2 – zunächst nur für die Führungskräfte festgelegt worden sind. Zu ihnen gehört, daß die Betroffenen nur ein Gehalt und keinerlei Nebenverdienste haben sowie nur das Haus besitzen dürfen, in dem sie selbst mit ihrer Familie wohnen (11). Dazu der Präsident: Die TANU soll die Partei der armen Bauern und Arbeiter bleiben, für die sie gegründet worden war; und damit sie wirklich sozialistisch ist, müssen sowohl Mitglieder als auch Funktionäre ohne Unterschied Sozialisten in Wort und Tat sein (12).
Zum Parteiaufnahmeverfahren erklärte er:
„Da wir jetzt eine egalitäre Gesellschaft aufbauen, müssen alle Leute, die der TANU beitreten wollen, sorgfältig überprüft werden. Wir müssen ihren Background kennen und sie müssen die Ziele und politischen Maßnahmen der Partei kennenlernen, bevor sie aufgenommen werden." (13)

Volkhard Hundsdörfer

Hier der Text von Julius Kambarege NYERERE:

Schwierigkeiten

Wir stellen nicht genug Reichtümer her um all das zu machen, was nötig ist. Wir müssen uns willkürlich dazu entscheiden, das eine zu tun und das andere zu lassen, obwohl beide Dinge gleich dringend sind, obwohl wir andere wichtige Dinge genau so gern machen würden. Wir sind nicht in der Lage, zwischen Wesentlichem und Luxus wählen zu können. Wir sind noch so arm, daß wir zwischen den Notwendigkeiten selbst wählen müssen und daher einigem nicht nachkommen können.

In unserer Lage wäre das einzige, was wir machen können: sicherzustellen, daß wir alle unsere Ressourcen so gut und wirksam wie möglich nutzen. Wir müssen erbittert darum kämpfen, unseren ‚output' dadurch zu erhöhen, daß wir besonders sorgfältig nutzen, was wir bereits haben. Und wenn wir einen Produktionsanstieg erreichen, müssen wir der Versuchung widerstehen, ihn für den persönlichen Verbrauch auszugeben.

(...)

Doch: zu sagen, daß wir uns auf die wichtigen Dinge zu konzentrieren haben und uns dabei auf unsere eigenen Anstrengungen verlassen und selbständig sein müssen, bedeutet nur, zu wiederholen, was wir schon so oft gesagt haben. Was wir berücksichtigen müssen, ist: was diese Dinge praktisch bedeuten, d.h., welche Art von Gütern wir wie herstellen sollen. Wir müssen uns über die Implikationen klar werden, die diese für unsere eigenen Aktionen und für die Art der Führung haben, die wir unserem Volk geben.



Selbständigkeit

Wir müssen mutig zu der Bedeutung von Selbständigkeit stehen. Das bedeutet, daß jede Familie alles mögliche tun muß, um mit ihren eigenen Bemühungen ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und außerdem Waren produziert und Dienste bereitstellt, die für andere notwendige Dinge eingetauscht und nicht selbst hergestellt werden können.

Darüber hinaus bedeutet dieses Wort, daß jedes Dorf durch die Zusammenarbeit seiner Bewohner alle Erfordernisse für das Leben in diesem Dorf selbst erfüllt, soweit dies durch die Arbeit seiner Bewohner geleistet werden kann, und darüber hinaus einen Mehrwert produziert, um die Kosten für andere notwendige Dienste aufzubringen, die von den Dorfbewohnern und der Nation als ganzer benötigt werden.

Dasselbe gilt für jeden Distrikt und für jede Region. Jeder Distrikt und jede Region muß einen Überschuß produzieren, um diesen für die Dinge einzutauschen, die nicht selbst hergestellt werden können, und außerdem einen Beitrag zu leisten, für die Entwicklung der ganzen Nation. Nur auf dieser Grundlage kann unsere Nation selbständig werden und ihre eigenen Bedingungen verbessern.

Mit anderen Worten: eine selbständige Nation zu sein bedeutet, daß jeder von uns in voller Ausschöpfung seiner eigenen Kapazität und in Zusammenarbeit mit seinen Genossen arbeitet. Und schließlich gilt, daß wir alle von der Warenproduktion durch die Bauern und Arbeiter abhängig sind. Die Lehrer, Krankenschwestern, Ärzte, Soldaten, Büroarbeiter, – und Politiker – können alle nur dann ihrer Arbeit nachkommen, wenn ihr Lohn ihnen Zugang zu Essen, Kleidung und Wohnung gewährt, was alles durch die Bauern und Produktionsarbeiter hergestellt wird. Diese Produktionen von Gütern durch unsere gemeinsamen Bemühungen ist die Grundlage für alles, was sie machen und was sie machen wollen.

Produktion unerläßlich sind.

Deswegen können wir es uns nicht leisten, für unsere Devisen Nahrungsmittel zu kaufen, die wir selbst anbauen könnten. Und es kann ebensowenig angehen, daß wir weniger Baumwolle anbauen, um statt dessen Mais zu pflanzen, besonders in Gegenden, wo Baumwolle gut wächst, Mais aber garnicht!

Was wir tun müssen ist die Produktion von allen Anbaugütern zu steigern. Wir müssen mehr Nahrungsmittel erzeugen, aber auch mehr landwirtschaftliche Verkaufsgüter wie Baumwolle, die dringend in unseren Fabriken benötigt wird und uns außerdem Devisen einbringt. (. . .)

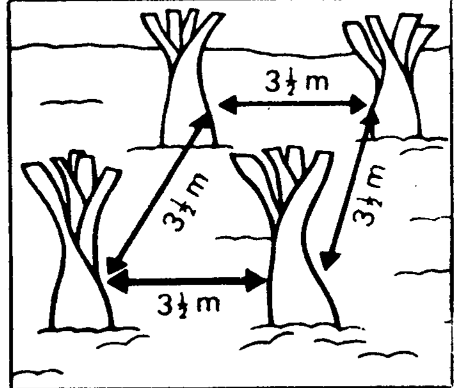
Das Programm

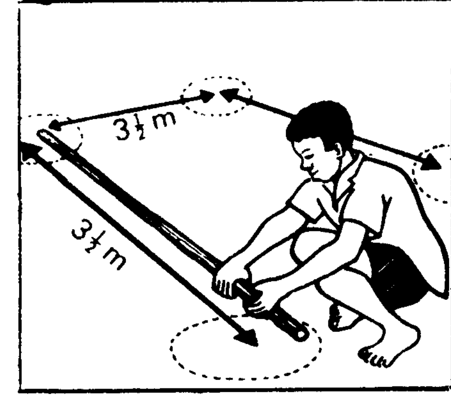
Niemand sagt, daß diese Selbständigkeit – ob für Schulen, für die Familie, das Dorf, oder für die Nation – Autarkie und Isolation bedeutet. Selbständigkeit bedeutet lediglich, daß wir ganz allein die Verantwortung für die Entwicklung tragen, daß Entwicklung durch unseren Schweiß gewonnen werden muß, daß wir unsere eigenen Ressourcen zu benutzen haben und daß wir eben dadurch in die Lage kommen, die Dinge zu kaufen, die wir nicht selbst haben, aber für unsere Erhaltung und für die Entwicklung brauchen.

Unsere Prioritäten sind daher folgende:

1. All die Nahrung selbst herzustellen, die wir brauchen, die in ausreichender Quantität und Vielfalt für eine gesunde Ernährung aller Tanzanianer erforderlich ist.
2. Alle für uns notwendigen Konsumgüter selbst herzustellen, wobei ausreichend Kleidung, angemessene Wohnung und die grundlegenden öffentlichen Dienste wie Wasser, Schulen, Krankenstationen usw. Priorität genießen.
3. Solch einfache Investitionsgüter zu produzieren, die weder unsere technischen noch unsere materiellen Möglichkeiten an Fähigkeiten und Hilfsquellen übersteigen, also solche Dinge wie Sensen, Pflüge, Karren, kleine Wasserrohre, Lehmziegel, Backsteine, usw.
4. Anbauprodukte wie Baumwolle oder Copra zu erzeugen, die wir in unseren Textil- und Seifenfabriken brauchen usw.
5. Güter herzustellen, die wir exportieren können, wodurch wir die Devisen erhalten, die wir für die notwendigen Importe brauchen, wie Kapitalgüter für eine anspruchsvolle höhere Technologie, Rohmaterialien, die wir nicht haben oder deren Ausbeutung wir uns gegenwärtig noch nicht leisten können, sowie die Arbeit besonders qualifizierter Leute in Fachrichtungen, die wir unter unseren Staatsbürgern noch nicht entwickelt haben.







Produktionssteigerung

Die Kampagne „Kilimo cha Hufa na Kupona" (‚Landwirtschaft als eine Sache auf Leben und Tod' oder „Anbauen heißt Überleben") hat – wie ich glaube – dazu beigetragen, diese Botschaft jedermann in Tanzania klar zu machen.

(. . .)

Ziel dieser Kampagne war, die Nahrungsmittelproduktion aus zwei Gründen anzuheben:

1. Wir können nicht vom Rest der Welt für unsere Nahrung abhängig sein; sie ist womöglich nicht verfügbar.
2. Selbst wenn es genügend Lebensmittel auf dem Weltmarkt gibt, so haben wir jedoch nicht genügend Devisen, um sie zu kaufen. All das ausländische Geld, das wir verdienen, wird drigend dafür benötigt, die Rohmaterialien – unter ihnen Öl – und Kapitalgüter einzuführen, die für unsere Produktion unerläßlich sind.

Diese Prioritäten zu akzeptieren bedeutet wohlüberlegte Entscheidungen darüber zu treffen, welche Art Sachen hergestellt werden sollen und mit welcher Technologie dies geschehen soll. Wir sind ein armes Land. Wenn wir die Bedürfnisse unseres eigenen Volkes befriedigen sollen, müssen wir daher Dinge produzieren, die von ihnen gebraucht werden, nicht solche, nach denen die Reichen fragen.

Lassen sie mich ein Beispiel geben. Ein Msukuma (Einwohner von Sukumaland) braucht Schuhe. Und er braucht billige Schuhe; d.h.: er muß sie im Tauschwert für so wenig Baumwolle wie möglich erhalten können.

Daher wird man nie die Bedürfnisse des Msukuma erfüllen können, wenn man eine Fabrik erstellt, die die hohe Qualität von Schuhen herstellt, wie man sie in Europa verlangt. Andererseits bedeutet dies: wenn unsere Fabrik darauf eingerichtet ist, Schuhe für die armen Bauern und Arbeiter von Tanzania herzustellen, können wir nicht gleichzeitig diese Erzeugnisse in Deutschland verkaufen – obwohl dies vielleicht schon in einem anderen afrikanischen Land möglich wäre.

Anhand dieses Beispiels wird deutlich, daß Tanzania der Errichtung einer Fabrik – oder vieler Fabriken – zur Herstellung von Schuhen für Tanzanianer Vorrang geben muß. Dies ist unsere erste Priorität. Trotzdem aber bleibt wahr, daß wir auch Dinge herstellen müssen, die wir exportieren können. Daher müssen wir nicht nur Güter für die armen Leute herstellen, sondern außerdem einige, für die in den hochspezialisierten, konsumorientierten Ländern der entwickelten Welt ein Markt besteht. Diese Güter können primär Waren sein – oder sogar Lederwaren und andere handwerkliche Erzeugnisse –, die nur für den Export hergestellt worden sind.

Hilfsquellen

In der Vergangenheit haben wir oftmals den Fehler gemacht, große Anleihen aufzunehmen, um Maschinen zu kaufen, die dazu dienen, raffinierte Produkte für den Export herzustellen, und dann dieselben Maschinen dafür zu nutzen, die einfachen Waren damit herzustellen, wie wir sie selbst benötigen. Dies war falsch. Eine Fabrik, die Schuhe herstellt, die in Westeuropa, Nordamerika oder Japan verkauft werden können, produziert Schuhe, die zu teuer für den Mgogo (Einwohner von Ugogo, der Region um Dodoma) sind, obwohl sie an einige wenige reiche Tanzanianer verkauft werden könnten. Wir müssen uns um unsere wirklichen Bedürfnisse kümmern und uns dann danach umtun, inwieweit sie durch unsere Arbeitskraft und einfache Maschinen befriedigt werden können, unabhängig von den Methoden, die in Hamburg, Tokio, Toronto oder Detroit benutzt werden.

(. . .)

Die Ausbreitung unserer industriellen Produktion durch das ganze Land ist ebenso möglich, wenn wir unsere Technologie unseren Bedürfnissen anpassen. Wir haben viel darüber geredet, Kleinindustrie und Heimarbeit besonders zu fördern; das Schlimme ist, daß wir diesen Wirtschaftszweigen so wenige praktische Unterstützung und Ermutigung geben! Wir sind einer Gehirnwäsche über Wirtschaftssysteme mit großem Produktionsvolumen zum Opfer gefallen und wir vergessen häufig alles über Transportschwierigkeiten oder Kosten. Und weil wir eine Staatsgesellschaft für Kleinindustrie gegründet haben, gehen wir davon aus, daß alle Heimarbeit, die nicht von dieser Gesellschaft initiiert worden ist, nicht unter die Rubrik ‚Kleinindustrie' fällt! Wir müssen diese Staatsgesellschaft darin stärken, daß sie den Dorfinitiativen mehr Hilfe zukommen läßt, aber ihre Aufgabe ist lediglich, diesen Initiativen voranzuhelfen, sie zu unterstützen, nicht jedoch, sie zu ersetzen.

SIDO's (Small Industries Development Organisation) Hilfe sollte nur dann herbeigerufen werden, wenn die lokalen Initiativen nicht über die notwendigen Techniken, oder Kapital bzw. Vermarktungswissen verfügen; oder wenn es ökonomisch notwendig ist, eine Werkstatt mittlerer Größe einzurichten, um damit den ganzen Distrikt – oder einen großen Teil eines Distriktes – versorgen zu können.

Alle unsere Dörfer werden früher oder später einfache Holz- und Metall-Reparaturwerkstätten für Pflüge, Fahrräder, Mühlen u.ä. benötigen. SIDO kann dies nicht bereitstellen. Statt dessen sollte einer derjenigen, die von SIDO oder TAMTU ausgebildet worden sind, oder die von einem anderen Handwerker etwas gelernt haben, dazu ermutigt oder darin unterstützt werden, sich selbst oder in Zusammenarbeit mit anderen Dorfbewohnern einen kleinen Betrieb einzurichten.

Diese Notwendigkeit, eine Technologie zu benutzen, die unseren Bedürfnissen angemessen ist und die wir uns auch leisten können, kann gar nicht überbetont werden. Wir müssen unsere landwirtschaftlichen Produktionsziffern erhöhen. Aber wir können es uns nicht leisten, dafür von Traktoren abhängig zu sein, mit denen wir dies erreichen wollen. Traktoren sind sehr komplizierte Maschinen und müssen eingeführt werden; sie kosten immer mehr Devisen. Aber wir haben in unserem Land ungefähr 15 Millionen Rinder. Und wir können es uns leisten, Ochsenpflüge zu kaufen – tatsächlich können wir sie sogar selbst herstellen.

Ich will noch einmal betonen: wir müssen unsere Ernteerträge und andere Dinge, die wir in den Dörfern erzeugen, von einem Ort zum anderen transportieren. Aber warum müssen wir dabei an Lastkraftwagen denken, wenn diese Waren lediglich wenige Meilen weit zu transportieren sind? Esels- oder Ochsenkarren könnten die Ernten von den Feldern oder dem Hof zu den Lagerräumen oder Sammelstellen bringen, oder von einem Dorf zum anderen, oder zur nächsten Kleisntadt. Das wäre ein billigeres und zuverlässigeres Verfahren; oftmals können wir LKW's nicht reparieren, wenn sie auf unseren schlechten Straßen einmal liegenbleiben, während ein im Dorf hergestellter Karren leicht wieder in Ordnung gebracht werden könnte. Und LKW's – wie Traktoren – müssen mit importiertem Diesel oder Benzin angetrieben werden; Karren dagegen benötigen lediglich gelegentlich ein wenig Schmierfett und können von Tieren gezogen werden, die unser Gras ohnehin fressen.

Es gibt keinen Grund, warum wir unseren Kleintransport nicht in dieser Weise revolutionieren können. Karren und andere einfache landwirtschaftliche Maschinen sind von der (Tanzanian) Agricultural Machinery Festing Unit' in Arusha (TAMTU) entwickelt worden. Sie werden dort weiter hergestellt und man könnte mehr davon produzieren.

TAMTU hat auch eine Ausbildungsabteilung für Leute von ländlichen Handwerksbetrieben und Ujamaa-Dörfern und außerdem eine kleine Produktionsabteilung.

(. . .)

Landbevölkerung

Die Politik der Umsiedlung in Dörfer macht es für uns einfacher, mit Technologien voranzukommen, die dem Prinzip der Selbständigkeit entsprechen. Über einen Dorftischler zu reden, wenn es gar kein Dorf gibt, hat keinen Sinn. Aber wenn die Tische und Stühle, die er macht, nicht meilenweit durch den Busch getragen zu werden brauchen, wenn der Schubkarren, der repariert werden muß, am Ende der Straße

zu erreichen ist, dann kann ein Dorfhandwerker die Dienste zur Verfügung stellen, die die Arbeit der Bauern erleichtern und ihre Lebensumstände verbessern.

Natürlich ist dies nur einer der vielen Vorteile, die wir dadurch erreichen, daß wir die Möglichkeiten nutzen, die durch den Umzug in Dörfer geschaffen worden sind. Aber notwendigerweise muß ich betonen, daß die Leute nicht dafür in Dörfer zusammengebracht worden sind, daß sie sich zurücklehnen können, während die Regierung alle Dienste für sie besorgt. Sie leben in Dörfern zusammen, damit sie die notwendigen Dienste für einander selbst bereitstellen können: durch ihre gemeinsamen Anstrengungen, die von der Regierung unterstützt werden, wo immer dies möglich und angemessen ist.

Entscheidend für ein Dorfleben ist, ein Gemeindeleben zu entwickeln – Dinge gemeinsam zu schaffen, die nicht erreicht werden können, wenn jeder isoliert und vom anderen entfernt lebt. Auch das Kulturleben kann aufgrund der Dorfsiedlungspolitik reicher gestaltet werden; Tanzfeste, Fußball, Sport – all dieses lohnt sich, wenn man es organisieren kann.

Traditionale Techniken können wieder zum Leben kommen, wie dies in vielen Orten – z.B. in den Ujamaa-Dörfern von Dodoma – tatsächlich geschehen ist, neue Techniken können durch schulische und außerschulische Bildungsgelegenheiten erlangt und angewendet, aber nur dann zur Verfügung gestellt werden, wenn sich die Leute leicht regelmäßig für eine Stunde oder so zwei Mal pro Woche treffen können.

Eine Schule, eine Krankenstation oder eine Wasserleitung durch Selbsthilfe zu erbauen, bedeutet keine Zumutung mehr für den Einzelnen, denn jeder, der nahe genug wohnt, kann diese Einrichtungen nutzen. Auch die Zusammenarbeit bei der Vermarktung oder Herstellung von einfachen Erzeugnissen wie Töpfen oder landwirtschaftlichen Produkten, wird stark durch die Nachbarschaft erleichtert.

Ein allmählich sich verbessernder Lebensstandard durch Selbständigkeit ist das Hauptziel der Dorfsiedlungspolitik. Es wird auch durch die Dezentralisierungspolitik erleichtert, die wir im Jahr 1972 angenommen haben. Ich brauche heute nicht auf diesen Punkt näher einzugehen. Denn es ist offensichtlich, daß die Fördertung einer integrierten und selbständigen Entwicklung wesentlich leichter ist in einem Gebiet, wo die infragekommenden Regierungsstellen leicht für Rat, Hilfe und Entscheidungsgewalt erreichbar sind. Und ich glaube, daß die Vorteile der Dezentralisierung bereits in den meisten unserer Distrikte und Regionen sichtbar geworden sind.



Anmerkungen:

1) Das Original ist in der tanzanianischen Regierungszeitung DAILY NEWS vom 21.7.1975, S. 4 f., veröffentlicht worden und umfaßt in der deutschen Übersetzung 24 Schreibmaschinenseiten. Es richtet sich an eine über die politischen Ereignisse dieser Parlamentsperiode gut informierte Öffentlichkeit in Tanzania, kommentiert und erklärt viele dieser Vorgänge mit eindrucksvollen Beispielen, die auch für weniger informierte einheimische Bauern einleuchtend wirken, und ist auch in seiner Wortführung entsprechend einfach.
Die politischen Ereignisse, auf die NYERERE Bezug nimmt, sind für die breitere deutschsprachige Leserschaft der „blätter des iz3w" daher vorzugsweise in der Einleitung kurz dargestellt und systematisch erklärt worden; die Auswahl der Redeteile ist unter dem Gesichtspunkt der Programmatik getroffen worden, die uns hier als „blätter"-Leser für eventuelle Vergleiche besonders interessiert.

2) Hier handelt es sich um den Führungs-Kodex der Arusha-Deklaration und die Bestimmungen von „Mwongozo", der sogenannten „Dar es Salaam-Erklärung" der tanzanianischen Regierung. Beide Texte sind leicht zugänglich in deutscher Sprache von DIENSTE IN ÜBERSEE veröffentlicht worden:

„Die Entschließung von Arusha" in: Afrikanischer Sozialismus. Aus den Reden und Schriften von Julius K. NYERERE. Mit einer Einleitung von Gerhard GROHS. Stuttgart: Dienste in Übersee [2]1974, S. 81-97.

„TANU-Richtlinien zur Sicherung, Stärkung und Förderung der Revolution in Tanzania und ganz Afrika" (Dar es Salaam-Erklärung) in: Freiheit und Entwicklung. Aus neuen Reden und Schriften von Julius K. NYERERE. Mit einer Einleitung von Gerhard GROHS und Volkhard HUNDSDÖRFER. Stuttgart (dü) 1975, S. 102-110.

3) Seit der Verkündung der Arusha-Deklaration im Jahr 1967. S. a.a.O., S. 97.

4) „Mwalimu" ist das Kiswahili-Wort für „Lehrer" und gleichzeitig NYEREREs Ehrentitel.

5) Editorial-Bourgeois Democracy. In: MAJI MAJI No. 14, February 1974 (Ed.; TANU Youth League, The University of Dar es Salaam), S. 2.

6) Die sind im einzelnen referiert in dem Vorwort zu „Freiheit und Entwicklung. Aus neuen Reden und Schriften von Julius K. NYERERE . . . ", S. 11 ff. Hier werden nur die in dem Kontext von Parlament und Partei wichtigen Beschlüsse referiert. Die sehr bedeutenden bildungspolitischen Entscheidungen von Musoma werden in der nächsten Publikation von DIENSTE IN ÜBERSEE zusammen mit anderen bildungspolitischen Reden NYEREREs und einer systematischen Einleitung vom Autor dieses Artikels in deutscher Sprache abgedruckt.

7) Cf. Daily News vom 29.1.75 und Sunday News vom 23.2.75. Diese Zitate sind auch in der oben erwähnten Einleitung abgedruckt.

8) Vgl. dazu das Programm der Dezentralisierung von Regierung und Verwaltung in Tanzania ab 1973, das in deutscher Sprache ebenfalls in dem „dü"-Bändchen „Freiheit und Entwicklung", a.a.O., S. 86-91, veröffentlicht worden ist.

9) Cf. Daily News vom 4.6.1975 zu Wahlmodus und den Einzelheiten der Zusammensetzung der verschiedenen Gremien.

10) Aus: S.S. MUSHI: Elections and Political Mobilization in Tanzania. In: Gabriel RUHUMBIKA (Ed.): Towards Ujamaa. Twenty Years of TANU Leadership. Dar es Salaam, Kampala, Nairobi: East African Literature Bureau 1974, S. 105.

11) S.o., Anm. 2, Arusha-Deklaration S. 97. Diese Grundregel wurde 1971 weiter ausgedehnt, indem alle Mietshäuser verstaatlicht wurden. S. dazu die Einleitung zu „Freiheit und Entwicklung", a.a.O., S. 9.

12) Sunday News vom 2.2.75, S. 1.

13) Sunday News vom 23.2.1975.

West-Sahara
Am Vorabend der Unabhängigkeit

Vorbemerkung

Der folgende Artikel liegt uns seit längerer Zeit vor, konnte aus Platzgründen jedoch bislang nicht erscheinen. Bei Drucklegung hat sich die Situation in der West-Sahara zwar weiterentwickelt, aber wir halten den Artikel auch weiterhin für aktuell. Der Internationale Gerichtshof hat mittlerweile entschieden, daß die Bevölkerung der West-Sahara über ihre staatliche Zukunft selbst bestimmen könne. Hassan II. hat daraufhin eine „friedliche" Masseninvasion von 350 000 Freiwilligen angekündigt, die unter seiner Führung von Tarfaya nach El Aiun marschieren sollen. Die spanische Regierung scheint numehr geneigt, die West-Sahara an Marokko und Mauretanien abzutreten, da sie materiell „entschädigt" wird: vor allem durch besondere Schürfrechte für den Phosphatabbau und durch Fischereiprivilegien. Es kann also keine Rede davon sein, daß das Selbstbestimmungsrecht der Saharauis die Triebfeder der spanischen Politik in diesem Gebiet ist wie immer wieder von der bürgerlichen Presse behauptet wird. Zur Rolle der Frente Polisario ist zu ergänzen, daß diese Befreiungsbewegung von Algerien unterstützt wird. Obwohl Algerien an einen Exportweg für sein Eisenerz durch das Territorium der West-Sahara zum Atlantischen Ozean interessiert ist, stellt es im Gegensatz zu Marokko und Mauretanien selbst keine territorialen Ansprüche, sondern tritt für die nationale Unabhängigkeit der West-Sahara ein.

Red.

In den Sog der revolutionären Entwicklung in Afrika ist gegenwärtig, zum Zeitpunkt der erfolgten Unabhängigkeit der ehemaligen portugiesischen Überseeprovinz Guinea-Bissao und Mozambique (Angola wird Ende dieses Jahres unabhängig), auch die West-Sahara geraten. Während das Königreich Marokko mit Vehemenz auf die Einverleibung dieser Region pocht, die Islamische Republik Mauretanien ihrerseits den südlichen, unter dem Namen Rio de Oro bekannten Teil der West-Sahara für sich beansprucht und das Franco-Regime das Land künftig am liebsten einer Generalversammlung der Saharauis (so lautet der Name der einheimischen Bevölkerung), der sog. Yemá, die sich ausschließlich aus pro-spanisch orientierten Scheichs zusammensetzt, überantworten würde, kämpft die im Jahre 1970 gegründete FPOLISARIO (Volksfront für die Befreiung von Saguiat el Hamra und Rio de Oro) für die uneingeschränkte Unabhängigkeit und staatliche Souveränität des Landes. Die Fronten sind also klar abgesteckt.

Historische Notizen

In der präkolonialen Ära bildete das sich vom Draa-Fluß im Norden (im heutigen Südmarokko gelegen) bis zu den Bergen von Adrar im Süden (im heutigen Mauretanien) entlang dem Atlantik erstreckende und an die Hammada (Fels- und Steinwüste) grenzende Gebiet eine abgeschlossene Region, deren Bevölkerung von Viehzucht, in erster Linie aber vom Fischfang lebte. Sie setzte sich aus Stämmen zusammen, die ihrerseits aus mehreren Großfamilien bestanden, in denen dem Vater die dominierende Stellung zufiel, während die Frau neben ihrer produktiven Tätigkeit die Hausangelegenheiten regelte und somit nicht minder an Ansehen und Einfluß genoß. Bevor die europäischen Kolonialisten in dieses Gebiet einfielen und es sich unterwarfen, war der Norden als Saguiat el Hamra bekannt, der sein Wasser in der Regenzeit aus einer Vielzahl kleinerer Flußbetten bezieht und die heutige Hauptstadt El Aiun durchzieht.

Vor annähernd 500 Jahren waren es Isabella von Spanien und Ferdinand von Katilien, die die Araber aus Andalusien vertreiben ließen. Hernach eroberten ihre Truppen Ceuta, Melilla und Tetouan im Norden sowie Kap Bojador im Süden (1492). In Tarfaya hatten die Spanier bereits 1476 ihre Fahne gehißt. Jahrhunderte später einigten sich die europäischen Kolonialmächte mit dem zaristischen Rußland und Amerika auf der Konferenz in Berlin (1884), Spanien zu gestatten, die Gebiete als Protektorat zu verwalten. Zwei französisch-spanische Abkommen von 1900 und 1904 vergrößerten es um Rio de Oro (Quadi-Dahab) und Ifni.

Die widerstreitenden Interessen der Kolonialmächte in Nord- und Westafrika wurden schließlich auf der Konferenz von Algeciras (1906) und nach dem deutschen „Panther-Sprung" von Agadir (1911) geregelt. Frankreich begann 1907, Marokko militärisch zu besetzen. Der Widerstand der Rif-Berber, der 1920 begann und erst 14 Jahren darauf von den Franzosen niedergeschlagen wurde, verdeutlichte, daß Marokko entschlossen war, die Fremdherrschaft abzuschütteln. Im Jahre 1956 gewann das Königreich durch Verträge mit Frankreich und Spanien seine Souveränität zurück. Zwei Jahre darauf befreite die marokkanische Armee die Stadt Tarfaya, während Spanien 1969 Ifni abtrat. Madrid behielt indes den Wüstenstreifen sowie Ceuta, Melilla und die Zaffarine-Inseln (1847), die mit ihren Festungen die Enklaven militärisch schützen sollen.

Marokkanische und mauretanische Ansprüche

Bereits seit Ende der 50er Jahre – unter König Mohammed V. – drängte Marokko auf die Einverleibung von Saguiat el Hamra und Rio de Oro. Wenn Hassan II. heute diesen Anspruch mit dem Hinweis zu rechtfertigen trachtet, die Völker von Saguiat el Hamra und Rio de Oro seien mit den in Südmarokko lebenden nomadischen und bäuerlichen Teknas (sie bestehen aus zwei Gruppen, den berberischen Ait Atman und den arabischen Ait Ejjemel) ethnisch verwandt, so muß er zur Kenntnis nehmen, daß Saharauis seit langem in Tarfaya und Tan-Tan wohnen, in jenem Gebiet also, das Marokko durch den Schacher der Kolonialmächte Frankreich und Spanien zugesprochen worden war. Überdies würde dieses Argument Hassans II. eine Entwicklung in Gang setzen, die in ihren Auswirkungen weitreichende Konsequenzen für die meisten Staaten des heutigen Afrika zeitigen würde. Wohlweislich hat gerade im Hinblick auf eventuell auftauchende Grenzquerelen die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) den Saharauis das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt, eine Entscheidung, die im Einklang mit diesbezüglichen Resolutionen der UNO, der Konferenz der Blockfreien Staaten sowie der Islamischen Gipfelkonferenz steht. Hassans II. Traum von einem scherifischen Großreich wird kennzeichnenderweise immer dann reaktiviert, wenn innenpolitische Schwierigkeiten ihn zu derartigen außenpolitischen Avancen zwingen. Selbst in den Maghreb-Ländern mehren sich die

Stimmen, die Marokko des Chauvinismus bezichtigen. Hatte man Ende letzten Jahres in der marokkanischen Presse wiederholt bestimmte Staaten zur nachdrücklichen Unterstützung der Ziele Rabats aufgefordert, so beantwortete die algerische Regierung diesen Wink mit dem Zaunpfahl auf ihre Weise. In einem Kommentar des algerischen Pressedienstes (APS) hieß es, daß sich die West-Sahara, befreit oder auf dem Weg, es zu sein, auf keinen Fall zu einem „Zankapfel" zwischen den Anliegerstaaten entwickeln dürfe. Das war eindeutig. Selbst auf den Treffen in Tlemcen und Casablanca (Mai und Juni 1970), in Nouadhibou (September 1970), in Nuakchott (Mai 1973), in Agadir (Juli 1973) sowie in Rabat (Oktobér 1974) wurde wiederholt die Forderung nach einer Dekolonisierung der West-Sahara erhoben, wodurch die marokkanischen Pläne zurückgewiesen wurden.

Intermezzo in Den Haag

Mitte Mai beschäftigte sich der Internationale Gerichtshof in Den Haag mit dem 266 000 qkm umfassenden Gebiet der West-Sahara. Behandelt wurde ein Antrag Marokkos. Die 12 Richter unter Vorsitz des polnischen Juristen Prof. Manfred Lachs warteten auf die Antworten, die elf befragte Staaten auf die im Januar gestellten Fragenkomplexe gegeben haben – ob das Gebiet ans scherifische Marokko oder an die Republik Mauretanien gebunden ist. Von den 11 befragten Mitgliederstaaten der Vereinten Nationen haben sechs lateinamerikanische für Selbstbestimmung votiert.

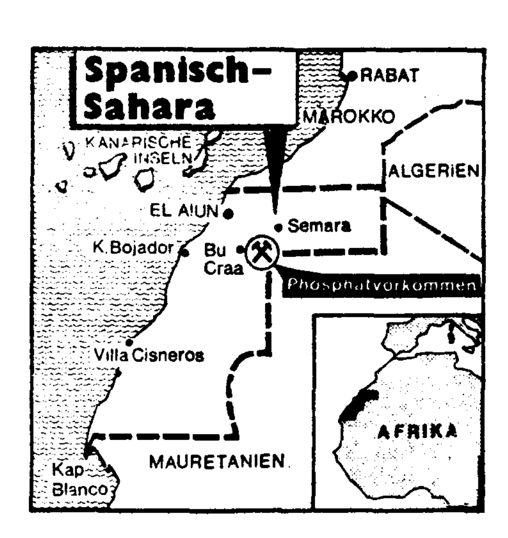
Mauretanien, dessen Staatschef Ould Daddah das Gebiet Rio de Oro beansprucht, befindet sich in einer schwachen Position. Nicht vergessen ist die Tatsache, daß Marokko Mauretanien erst im Jahre 1969, also 9 Jahre nach seiner Unabhängigkeit, auf dem islamischen Gipfel in Rabat anerkannte. Mehr aus propagandistischen Gründen macht Nuakchott Ansprüche auf Rio de Oro geltend; im Falle einer Annexion der West-Sahara durch Rabat fürctet man eine lange Grenze mit Marokko. Regenarm, mit weniger als zwei Millionen Einwohnern, besteht Mauretanien aus 1,2 Mio Quadratkilometern Sand. Für seine wirtschaftliche Entwicklung wäre der südliche Teil der West-Sahara mit dem Hafen Villa Cisneros und dem Gebiet, in dem Prospektierung auf Erdölvorkommen hinweist, von großer Bedeutung.

Zur Haltung Spaniens

Seit Beginn ihrer Kolonisierung haben die Spanier die West-Sahara unter dem Vorwand, die traditionellen Sitten und Gebräuche zu respektieren, ausgebeutet. Dabei stürzten sie sich auf die archaische Stammesstruktur und verstanden es, mit Hilfe von Zersplitterung und käuflichen Scheichs das Land zu beherrschen.

Nach wie vor geht es Madrid um die Wahrung der Interessen ausländischer (vorwiegend amerikanischer und bundesdeutscher) Wirtschaftskonzerne wie Cotimer, Socaltra, Esminsa und Krupp, die umfangreiche Investitionen getätigt haben. Es hofft, die Jahresproduktion von derzeit 2,5 Mio. Tonnen Phosphat aus den ergiebigen Minen bei Bu Craa im Südosten der Hauptstadt El Aiun bis 1980 auf 10 Mio. Tonnen zu steigern. Bedenkt man, daß diese Phosphatvorkommen auf mindestens 1,7 Milliarden Tonnen geschätzt werden (Experten rechnen derweil mit doppelt so viel), so wird ersichtlich, daß seit der von Marokko, dem bedeutendsten Phosphatexporteur der Welt, im Jahre 1973 vorgenommenen Vervierfachung des Phosphatpreises der Wert der Vorkommen von Bu Craa in Höhe von einigen 100 Milliarden US-Dollar kein Pappenstiel ist. Als die UNO Spanien im September 1974 aufforderte, im ersten Halbjahr 1975 ein Referendum in der West-Sahara einzuholen, wurde sehr bald deutlich, daß Madrid – sich dabei auf Rückendeckung aus Washington stützend – keinesfalls gewillt ist, das Gebiet von Saguiat el Hamra und Rio de Oro freiwillig zu verlassen.

In dieser Hinsicht verdient die Ende NOvember letzten Jahres im Rahmen der zwischen den USA und Madrid aufgenommenen Verhandlungen über die amerikanischen Militärbasen in Spanien verabschiedete spanisch-amerikanische Resolution über die Sahara Beachtung, in welcher diese als integraler Bestandteil des spanischen Territoriums bezeichnet wurde. Weitere Tatsachen lassen die spanische Taktik ins rechte Licht rücken. Die Unterdrückungsmaßnahmen sind verschärft worden: So werden gegenwärtig allein mehr als 120 Minenarbeiter unter der fadenscheinigen Anklage der „subversiven Tätigkeit" in den Militärgefängnissen gefangengehalten und gefoltert. Annähernd 40 000 Saharauis befinden sich nach wie vor außer Landes, da sie entweder von spanischen Truppen aus ihren angestammten Gebieten vertrieben wurden, oder aber geflüchtet sind, da sie aufgrund politischer Aktivitäten Repressionen und Folter fürchten mußten. Den heute 40 000 im Gebiet von Saguiat El Hamra und Rio de Oro lebenden Saharauis stehen auf spanischer Seite 50 000 Militärs und Fremdenlegionäre gegenüber, Zahlen, die verdeutlichen, welche Anstrengungen Madrid unternimmt, um sich aus dem Lande „zurückzuziehen". Die Anfang dieses Jahres auf Initiative Madrids zurückgehende Gründung einer sich „Nationale Saharauische Union" nennende Partei, deren Führer allesamt in Spanien ausgebildet wurden, muß als weiterer Versuch gewertet werden, das Volk zu entzweien und es mit dem francistischen Regime auszusöhnen. General Gomez de Salazar, Generalgouverneur in der West-Sahara, hat gegen ein Referendum nicht mehr viel einzuwenden. wieso auch, wenn dieses unter dem Motto „pro Einwohner ein Soldat" den Madrider Vorstellungen von einem demokratischen Volksentscheid am ehesten entsprechen würde!



„Unser Land gehört uns!"

Der Befreiungskampf der Saharauis reicht bis in das 16. und 17. Jahrhundert zurück, als sie den Widerstand gegen die ersten portugiesischen und holländischen Invasionen sowie gegen die Spanier und Franzosen organisierten. Der Kampf gegen die koloniale französische Méharistenarmee von 1912 bis 1936, die zahlreichen Erhebungen gegen die spanische Kolonialmacht im Jahre 1958 in Rgueywa, Teguel, El Arghoub, Awsserde, Edchera sowie der Aufstand vom 17.6.1970 in El Aiun, wo nach Schießerein 50 Tote und zahlreiche Verletzte zurückblieben, blieben in der westlichen Presse allesamt unbeachtet. Die Aufstände scheiterten, da es

die spanische Kolonialmacht verstand, den Tribalismus zu vertiefen, die verschiedenen Stämme gegeneinander auszuspielen und ihre Politik mittels gekaufter Scheichs durchzusetzen. Erst gegen Ende der 60er Jahre nahm der Widerstandskampf des Volkes größere Ausmaße an. Nach ersten Zusammenkünften antiimperialistischer Kräfte im Jahre 1968 wurde unter Mohamed Bassiri, von dem man nicht weiß, ob er nach seiner Gefangennahme durch die Spanier am 17.6.70 noch lebt, am 20. Mai 1970 die FPOLISARIO (Volksfront für die Befreiung von Saguiat el Hamra und Rio de Oro) ins Leben gerufen.

Am 10. Mai 1973 wurde das erste politische Kommuniqué der FPOLISARIO herausgegeben, in dem der Standpunkt dargelegt wurde, daß „der reaktionären und barbarischen spanischen Gewaltherrschaft der revolutionäre Kampf des Volkes entgegengesetzt" werden müsse. Nach dem 1. Kongreß der Front im Jahre 1973 wurde erstmalig mit bewaffneten Aktionen gegen die Spanier begonnen, die am 20.5. 73 einige Patrouillen verloren. Einen Höhepunkt erreichten die bewaffneten Auseinandersetzungen im September 1974, als auf der Straße von Semara nach Echediria (im Nordosten des Landes) mehr als 100 spanische Soldaten getötet wurden. Auf ihrem 2. Kongreß, der vom 25. August 1974 bis zum 1.9.74 dauerte, verabschiedete die Front ihr 16 Punkte umfassendes Programm, in dem sie sich u.a. für die Verwirklichung der vollständigen und uneingeschränkten nationalen Befreiung und Unabhängigkeit, für die Errichtung eine nationalrepublikanischen Regierung, für die Nationalisierung aller Minen, für die Beseitigung der politischen und sozialen Rechte der Frauen und für eine kostenlose medizinische Betreuung ausspricht.

Die Unterstützung der politischen Linie der FPOLISARIO durch das Volk sowie deren Anerkennung durch eine wachsende Zahl internationaler Organisationen und Staaten unterstreicht die Tatsache, daß die Front, der sich nunmehr auch die jahrelang von Algerien unterstützte MOREHOB (Revolutionäre Bewegung der Blauen Männer; sie führt den Kampf für die Abtretung von Ceuta und Melilla) anschliessen wird, die einzige legitime Repräsentantin des arabischen Volkes von Saguiat el Hamra und Rio de Oro ist. Wenn Madrid mit Vorliebe auf die Generalversammlung der Saharauis verweist und diese international hoffähig zu machen gedenkt, so grenzt das an Zynismus. Es dürfte schwerfallen, eine „Volksvertretung" zu installieren, die alles, was Spanien tut, als „gutgetan" wertet und die Ereignisse vom Juni 1970 mit dem hinweis rechtfertigt, Spanien hätte sich durch die Schießereien zu Recht „Respekt" verschaffen müssen.

Rainer Werning

CDU kauft lateinamerikanische Gewerkschaft

Die Gewerkschaft CLAT (Central Latinoamericano de Trabajadores) ist eine der größten in Lateinamerika. Zur Unterstützung dieser Gewerkschaft bildete sich 1972 in Bonn eine überparteiliche Solidaritätsorganisation, die Aktion CLAT, die von CDU-Mitgliedern (u.a. MdB Norbert Blüm) gegründet wurde und der sich später einige SPD-Mitglieder anschlossen. Ziel dieser Solidaritätsgruppe war u.a. „Mobilisierung der deutschen Öffentlichkeit für die Not der breiten Massen der lateinamerikanischen Bevölkerung". Dazu verfaßte die Gruppe eine Zeitung (CLAT-Zeitung, später: LAGE), die in Nummer 2 / 74 auch einen Artikel zu Chile enthielt, in dem die Politik des chilenischen Eduardo Frei negativ beurteilt wurde. Aufgrund dieses und ähnlicher Artikel ergaben sich plötzlich Schwierigkeiten:
Das von der CDU getragene und (über die Konrad-Adenauer-Stiftung) weitgehend aus Steuermitteln finanzierte „Institut für internationale Solidarität" (ISI) erhob Einspruch. Daraufhin kam es zu Gesprächen zwischen ISI und Aktion CLAT, bei denen die Mitglieder der Aktion CLAT u.a. folgende Informationen über die Aktivitäten des ISI erhielten:

– Das ISI unterstützt die Gewerkschaft CLAT jährlich mit etwa 6 Mill. DM.
– Das ISI berichtet, daß es die Arbeiteruniversität der CLAT (UTAL) juristisch und wirtschaftlich in der Hand habe. Das ISI stellt Dozenten für die Arbeiteruniversität UTAL.
– Die CLAT hat einer antimarxistischen Ausrichtung unter Aufsicht des ISI zugestimmt.
– Das ISI fordert die CLAT auf, die CLAT solle sich die Unterstützung durch die Solidaritätsgruppe Aktion CLAT verbitten.

So kam es, daß der CLAT-Generalsekretär Maspero im Februar 1975 die CLAT aufforderte, ihre Aktivitäten zu beenden. Die Aktion CLAT löste sich daher auf; die verbliebenen Mitglieder wollen jetzt eine Informationsstelle LATEINAMERIKA (53 Bonn, Buschstr. 20) gründen.



Bekanntlich wurde der Streik der chilenischen Transportarbeiter im Sommer 1973 zum Teil durch CIA-Gelder finanziert, die über christdemokratische Parteien Europas nach Chile flossen (Time, Sept. 74, S. 29). An geeigneten Kanälen, solches Geld nach Chile zu bringen, dürfte es der CDU dabei nicht gefehlt haben. Denn, so erfuhren die Mitglieder der Aktion CLAT Ende 74, das ISI arbeitet noch immer legal in Chile und sein dortiges Institut wird als Bildungseinrichtung der CLAT bezeichnet.

Quellen: LAGE 2 + 3/1975; sowie persönliche Mitteilungen der Aktion CLAT

BRD - Südafrika

Die Atomachse Bonn – Pretoria

Vorbemerkung

Der nachfolgende Artikel versteht sich u.a. auch als Beitrag zur Auseinandersetzung um den Bau von Kernkraftwerken (KKW) in der Bundesrepublik. Hierbei sollen folgende Thesen entwickelt werden:

- *Der Widerstand gegen Kernkraftwerke ist keine isolierte lokale Angelegenheit, sondern der Kampf gegen die Kernenergie beinhaltet sehr wohl auch einen internationalistischen Aspekt.*
- *Die Nukleargeschäfte der BRD mit dem weißen Minderheits-Regime in Südafrika beruhen nicht auf der individuellen Schlechtigkeit einzelner Firmenvertreter. Diese Geschäfte stellen vielmehr für den BRD-Imperialismus eine objektive Notwendigkeit dar. Will sich die BRD-Wirtschaft eine gesicherte Energieversorgung auf der Basis der Kernenergie sichern, dann ist sie bei Strafe ihres Niedergangs auf die Uranlieferungen aus Südafrika angewiesen.*
- *Die Nukleargeschäfte sind identisch mit der Unterstützung des südafrikanischen Apartheidregimes, das auf übelste Weise 15 Mill. Schwarze als Menschen zweiter Klasse behandelt.*

Das zur Stützung dieser Thesen herangezogene Material ist ausschließlich aus Meldungen der bürgerlichen Presse entnommen worden.

I. Preisexplosion auch auf dem Uran-Markt

Anfang Oktober 1975 wurde bekannt, daß sich der Bundeswehrgeneral RALL unter falschem Namen im Oktober 74 in Südafrika aufhielt, um dort als Gast des Apartheid-Regimes über Atompläne zu konferieren. Durch diese Enthüllungen („Affaire RALL") kamen auch nähere Einzelheiten über die nukleare Zusammenarbeit der BRD mit der Südafrikanischen Republik (SAR) ans Licht der Öffentlichkeit.

Was sind die Hintergründe für diesen Atompakt?

Mit aller Macht wird in der Bundesrepublik der Ausbau der Kernenergie vorangetrieben. Der „Rohstoff" für die Gewinnung von Kernenergie ist das Uran, das von den Energieexperten als das „Öl der nächsten Jahrzehnte bezeichnet" (1) wird. In den nächsten zehn Jahren wird sich z.B. der „Uranverbrauch in der Bundesrepublik verzehnfachen" (2). Prof. F. Bender, Präsident der Bundesanstalt für Bodenforschung bezweifelt denn auch, „daß sich der bundesdeutsche Uranbedarf von 8.000 t im Jahre 1985 (bei einer konzipierten Kernkraft-Kapazität von rund 50 000 MW, also etwa 38 Erzeugungseinheiten von der in Biblis installierten Blockgröße) ohne Komplikationen beschaffen läßt" (3).

In den Ländern mir reichen Uranvorkommen ist bei Exportgenehmigungen nämlich ein „Stimmungsumschwung" (4) festzustellen. Die Uran exportierenden Länder werden sich immer mehr bewußt, daß das Uran „in den nächsten Jahrzehnten eine Schlüsselposition unter den Rohstoffen einnehmen" (5) wird. Im OECD-Bericht für 1973 wird deshalb warnend vorausgesagt, „daß Länder mit Uranvorkommen eine ähnliche Haltung wie die Erdölproduzenten einnehmen und somit die Bestrebungen auf dem Gebiet der vermehrten Verwendung von Kernkraft zur Stromerzeugung durchkreuzen oder zumindest erschweren könnten" (6).

Im März 1975 kommentierte die FRANKFURTER RUNDSCHAU einen solchen Fall: „Gerade in der Ölkrise, als in der alten Welt niemand mehr so recht wußte, wie es mit der künftigen Energieversorgung weitergehen sollte, verfügte die Regierung des fünften Kontinents einen Exportstopp für Natururan. In den letzten Tagen hat die australische Zentralbank gar die Überweisung von Geldern unmöglich gemacht, die der Finanzierung der Uranexploration im Landesinnern dienen. Diese Maßnahme erfolgte, nachdem die deutsche Urangesellschaft sehr aussichtsreiche Uranlagerstätten entdeckt hatte" (7).

In den ‚VDI nachrichten' wird angesichts solcher Vorfälle in Bezug auf die Versorgungssicherheit der deutschen Kernkraftwerke festgestellt: „Gravierend wirken sich auch die Exportbeschränkungen mancher Uranländer auf dem Uranmarkt aus" *8). Und deshalb wurden auch, so schreibt die „Welt", „die Pläne der Atomkraftwerker, nach denen sie zumindest mittelfristig ihren Brennstoffeinsatz kalkulierten, ganz und gar über den Haufen geworfen. Uranerz ist zu einer Mangelware geworden. Der Preis explodierte von sechs Dollar je Kilogramm auf 18 Dollar. Aber zu diesem Preis ist weltweit kein Vertrag unterzubringen – auch nicht mit Gleitklauseln –, weil kein Uran vorhanden ist. Daher überlegt die Uranwirtschaft ernsthaft, das Uranerz künftig zum Wärmeäquivalentpreis für Kohle oder Öl anzubieten. Die Folge: Der Preis für Uranerz stiege um gut 100 Dollar und die Atomkraftpläne der westlichen Welt verschwänden in den Schubladen" (9). „Uran kann im Prinzip auch aus Meerwasser extrahiert werden, doch würden die Kosten bei etwa 200 Dollar pro Kilo liegen" (10).

Soweit die Situation beim Natururan. Aber dieses „rohe" Natururan kann bei den in der BRD verwendeten Leichtwasserreaktoren nicht ohne weiteres verwendet werden. Das Natururan muß vor seiner Verwendung in Kernreaktoren zuerst in sogenannten Anreicherungsanlagen angereichert werden. Dies ist ein ungeheuer energie- und kostenintensiver Prozeß. „Die USA etwa, von deren Lieferungen die westliche Welt weitgehend abhängig ist, berechneten lange Zeit für die Anreicherung rund 32 Dollar je ‚Kilo Trennarbeit'. Mitte 1973 wurde dieser Satz auf 38,50 Dollar angehoben. Und auf einer Londoner Fachkonferenz im März dieses Jahres (1975) war bereits von Preisen um die 100 Dollar je Kilogramm Trennarbeit die Rede" (11). ULRICH BRAATZ, Kernbrennstoffexperte der VEREINIGUNG DEUTSCHER ELEKTRIZITÄTSWERKE erwartet denn auch: „Die Preise werden weiter steigen. Etwa alle zwei Jahre werden sie sich verdoppeln" (12).

Aufgrund dieser angespannten Marktlage sah sich in den USA bereits die WESTINGHOUSE ELECTRIC CORP. gezwungen, „ihre Uranlieferungen an die Versorgungsunternehmen zu reduzieren, weil die Uranpreise in den letzten zwei Jahren extrem gestiegen sind (. . .). Nach Ansicht des Unternehmens würde der Ankauf von Uran auf dem freien Markt angesichts der extremen Preissteigerungen seit dem Ölembargo im Herbst 1973 eine derartige Belastung bringen, daß er ‚wirtschaftlich unpraktikabel' sei" (13).

Die letzlich ungesicherte Versorgung mit Natururan sowie mit angerecihertem Uran bereitet der deutschen Kernindustrie zunehmend Kopfzerbrechen. „Die Gerüchte und Hinweise aus der deutschen Kernindustrie, so das „Handelsblatt", wollen nicht verstummen, die besagen, daß die amerikanische Konkurrenz häufig mit dem Hinweis auf die schlechtere Stellung der Bundesrepublik auf Grund des Sperrvertrages – höhere Kontrollkosten oder *nicht gesicherte Belieferung mit spaltbarem Material* die Wettbewerber aus dem Geschäft zu drängen versucht" (14).

Im April war es bereits zu einem kurzfristigen Stopp für angereichertes Uran aus den USA gekommen. Hinter diesem Schritt vermutete die bundesdeutsche Presse ziemlich einhellig folgende Gründe:

– „-Unbehagen über Konkurrenz der europäischen Reaktorhersteller, die amerikanischen weltweit zu schaffen machen,
– die Erkenntnis, daß die US-Uran-Anreicherungskapazitäten schon 1980/81 für den Eigenbedarf nicht reichen" (15).

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Marx, stellte damals fest: „Eine auch nur zeitweilige Einstellung der US-Lieferungen wäre ein schwerer Schlag für die deutsche Wirtschaft" (16).

Um die Unwägbarkeiten bei der Uranversorgung abzubauen, stellt die Bundesregierung große finanzielle Mittel bereit, denn in Zukunft sllen nach dem vierten Atomprogramm der Bundesregierung „deutsche Unternehmen rund 60 % ihres Uranbedarfs aus eigenen Lagerstätten oder aus Beteiligungsgesellschaften decken können' (17).

II. Schwieriger Start der BRD im Rennen um die Sicherung von Uran-Lagerstätten

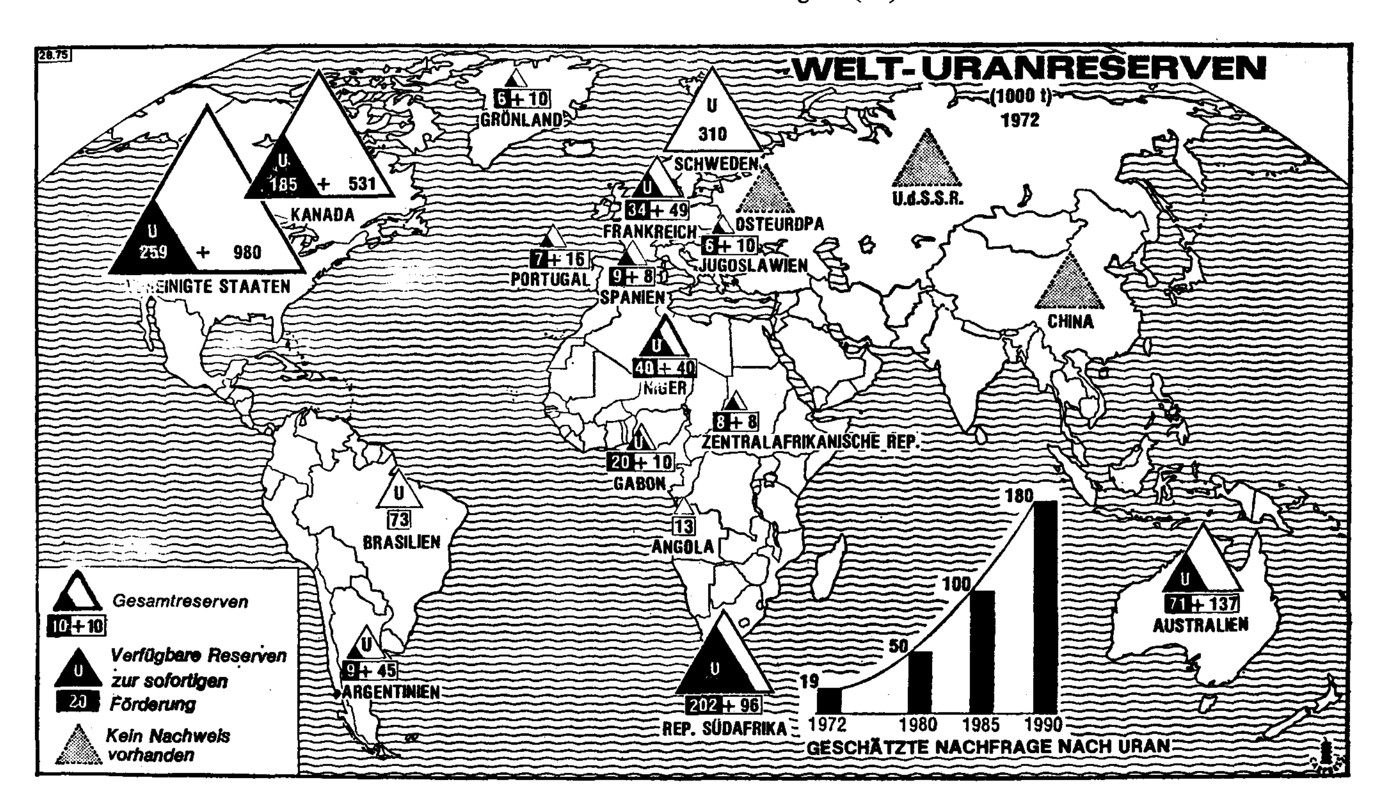
„Da die Bundesrepublik bis zu ca. 10 % des Uranbedarfs der westlichen Welt beanspruchen wird, sind zur Sicherung unserer Uranversorgung entsprechende Aufwendungen notwendig, d.h. im Mittel der 70er und 80er Jahre etwa 250 Mill. DM/Jahr allein für die Suche nach Uran" (18).

Zum Zwecke der Erschließung und Förderung von Uranerzen wurden in der BRD zwei Gesellschaften gegründet:

1. Die URANERZBERGBAU GmbH & Co. KG, Bonn, an der die C. DEILMANN AG, Bentheim, und die RHEINISCHE BRAUNKOHLENWERKE AG (eine 100%ige Tochter der RWE AG) zu 50 % beteiligt sind (19).
2. Die URANGESELLSCHAFT mbH & Co KG, Frankfurt a.M., deren Anteilseigner zu je einem Drittel die METALLGESELLSCHAFT AG, Frankfurt a.M., die STEAG AG, Essen und die VEBA AG sind (20).

Mit Unterstützung der Bundesregierung waren diese Gesellschaften bereits in den „Vereinigten Staaten, Kanada, Australien, Neuseeland, Ghana, Togo, Niger, Mali, Algerien, Somalia, Angola, Mozambique, Südwestafrika, Guyana, der Schweiz und Österreich tätig" (21). Als flankierende Maßnahmen, mit denen die politischen Risiken und die Prospektionsrisiken gemildert werden sollen, gewährt die Bundesregierung diesen beiden Gesellschaften „eine Investitionsgarantie für Anlagen im Ausland und finanzielle Zuschüsse an die Prospektions- und Explorationskosten, die nur im Erfolgsfall wieder zurückgezahlt werden müssen. Bis 1973 wurden rund 80 Mill. DM einschließlich der Aufwendungen des Forschungsministeriums ausgegeben ..." (22). 1974 hat der Bund „beispielsweise allein mit 50 Millionen Mark die Erschließung von Uranvorkommen gefördert" (23). So erhält z.B. die URANGESELLSCHAFT „aus Bonn 80 % der Kosten ihrer weltweiten Uran-Prospektion"(24).

Bisher hatten die deutschen Urangesellschaften trotz ihrer Skrupellosigkeit (siehe Kasten I) wenig Erfolg. Bis 1971 bestand auf dem Uranmarkt praktisch ein anglo-amerikanisches Verkaufsmonopol, da sich Washington und London die südafrikanischen und australischen Uranverkäufe gesichert hatten. Dieses Monopol konnte erst durchbrochen werden, als Anfang 1971 die erste Schiffsladung des in der Republik Niger hergestellten Uranoxids in Frankreich eintraf und als die Sowjetunion mit größeren Uranverkäufen begann (25). Vor allem in Afrika stießen Versuche



zum Erwerb direkter Abbaubeteiligungen deutscher Firmenkonsortien auf erhebliche Schwierigkeiten: „Die ehemaligen Kolonialmächte ließen stets nur eine Minderheitsbeteiligung zu, die den für 1980 errechneten deutschen Verbrauch von über 30.000 Tonnen Uranoxid nicht annähernd sicherstellen konnte" (26).

III. In Südafrika erste Erfolge

Und als die Frankfurter URANGESELLSCHAFT schließlich mit einer Investitionssumme von 70 Mill. DM eine zehnprozentige (27) Beteiligung an den neuentdeckten, riesigen und leicht zugänglichen Uranerzlagerungen von Roessing in Namibia (28) anstrebte, sah sich Anfang 1971 das Außenministerium und das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gezwungen, gegen dieses Projekt zu intervenieren. „Die Bundesregierung, so die „Frankfurter Rundschau", befürchte zu Recht, daß ein erneuter westdeutscher Regierungszuschuß für ein Projekt im rassistischen Südafrika die gesamte Bonner Entwicklungshilfe diskreditieren und die diplomatischen Beziehungen zu den Staaten Schwarzafrikas in Mitleidenschaft ziehen könnte" (29).

Gleichwohl soll die URANGESELLSCHAFT, der Südafrika noch immer eine Option auf eine Kapitalbeteiligung an Roessing (Roessing-Mine) offenhält, weiterhin beabsichtigen, ‚einen erheblichen Teil' ihrer Uranimporte aus der umstrittenen namibischen Mine zu beziehen – dies über einen Zehnjahresvertrag mit dem Londoner Unternehmen RIO TINTO ZINC. Im Verlauf der „Affaire RALL" sickerte außerdem durch, daß „die URANGESELLSCHAFT heimlich auch noch Investitionskapital in die südafrikanische Uranmine steckte"(31).

Durch die „Affaire RALL" ist desweiteren bekanntgeworden, daß *„40 % des Urans, das in der Bundesrepublik benötigt wird, aus Südafrika" (32) importiert* wird. „Bislang wurde das Uran im Rohzustand etwa an die Hamburger HEW und die RHEINISCH-WESTFÄLISCHEN E-WERKE geliefert . . . " (33). So soll z.B. auch das Kernkraftwert Wyhl und das Kernkraftwerk Philippsburg mit Uran aus Südafrika beliefert werden (34).

Südafrika besitzt etwa 30 % der z.Z. abbaufähigen Reserven an Urankonzentrat in der nichtkommunistischen Welt, fast so viel wie die Vereinigten Staaten (vgl. beistehende Karte). Das sind mehr als 200 000 Tonnen, „womit Südafrika auf Platz zwei in der Welt liegt" (36) . Zum Vergleich: Die gesicherten Uranlagerstätten in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft umfassen etwa 40 000 Tonnen Uran, die allerdings nur als strategische REserve und als stabilisierendes Element im Falle zeitweiser Marktstörungen Verwendung finden sollen (37).

Diese Zahlen machen wohl klar, welche Bedeutung Südafrika für die Uranversorgung der deutschen Energieversorgungsunternehmen bekommen hat. Der CDU-Abgeordnete LENZER betonte denn auch, „die großen Uranvorkommen in Südafrika machten es einfach erforderlich, daß die Bundesrepublik ‚im Interesse ihrer Energieversorgung' mit diesem Land zusammenarbeite" (38). Und ein SÜDWESTFUNK-Kommentator fragte am 6.10.75 rethorisch: „Inwieweit kann es sich die außerordentlich leistungsfähige deutsche Nuklearindustrie leisten, auf ihren Anteil an der Schürfung der größten Uranvorkommen der Welt, die in Südafrika liegen, zu verzichten; inwieweit kann es sich die deutsche Wirtschaft leisten, einen Bereich auszuklammern, der neue Kapazitäten und neue Dimensionen für unsere wirtschaftliche Zukunftsentwicklung schaffen kann?"

Bei der Suche nach diesen „neuen Dimensionen" hat sich das westdeutsche Kapital in Südafrika gegen eine harte ausländische Konkurrenz zu behaupten. In Südafrika suchen z.B. bereits 20 Firmen nach Uran und neue umfangreiche Uranvorkommen wurden durch amerikanische Erdsatelliten entdeckt. Zur Zeit arbeiten vier amerikanische Gesellschaften mit der südafrikanischen RAND-MINES-Bergbaugruppe zusammen (39).

„Der schlechteste Weg zur Bombe"

„Unter den Fachleuten besteht Einigkeit darüber, daß jede Anreicherungsanlage, die natürliches Uran reaktortauglich machen kann, es auch bombentauglich machen kann. Alle bekannten Anreicherungsverfahren machen zwischen einer drei- und einer neunzigprozentigen Urananreicherung nur einen graduellen, nicht aber einen prinzipiellen Unterschied. Das Trenndüsenverfahren, bei dem die unterschiedlich schweren Uranatome durch Zentrifugalkräfte voneinander getrennt werden, macht dabei keine Ausnahme."
(DIE WELT, 7.10.75)

Die Behauptung der STEAG, daß die „Trenndüse militärisch ohne Bedeutung" sei (FRANKFURTER RUNDSCHAU, 16.10.75), ist insofern nichts weiter als eine Beruhigungspille für die Öffentlichkeit.

Zynisch klingt es außerdem, wenn der STEAG-Vorstand behauptet, „das von der Kernforschungsanlage Karlsruhe entwickelte Trenndüsenverfahren, über dessen wirtschaftliche Verwertung die STEAG verfügt, ‚sei der schlechteste Weg zur Bombe'." (FRANKFURTER RUNDSCHAU, 16.10.75).
Und weiter: „Die Bombe hat Südafrika frühestens 1995. Bis dahin haben wir da sicher andere politische Verhältnisse" (SPIEGEL, 20.10.75).

IV. Die Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika bereits in einem vorgerückten Stadium

Daß die Zusammenarbeit mit dem weißen Minderheits-Regime in Südafrika auf wirtschaftlichem, militärischem und atomarem Gebiet aufs beste funktioniert, ist schon oft genug belegt worden (41) und soll hier nur auszugsweise soweit es die nukleare Zusammenarbeit betrifft dokumentiert werden:

- Als Gast der südafrikanischen Regierung besuchte Dr. Paul Lücke, damaliger Innenminister der BRD, Palindaba, das südafrikanische Atomforschungszentrum (42).
- 1969 entsendet die südafrikanische Regierung DONALD BELLE SOLE als Botschafter nach Bonn. SOLE „war zuvor Regierungsvertreter bei der südafrikanischen Atomenergiebehörde, Vorsitzender der Internationalen Atomenergiebehörde, Vorsitzender der Internationalen Atomenergieorganisation in Wien 1959 bis 1960 und diente bis 1972 als Mitglied des Gouverneurrates der Organisation" (43).
- 1972 fährt der Staatssekretär HAUNSCHILD vom Forschungsministerium „zu Gesprächen über Kernenergie" (44) nach Südafrika.
- Zum gleichen Zweck befindet sich der Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums, ROHWEDDER,

im April 1975 in Südafrika (45).

- Im Oktober 1974 reiste der ehemalige Bundesluftwaffeninspekteur und NATO-General GÜNTHER RALL für mehrere Wochen unter strikter Geheimhaltung nach Südafrika (46). RALLs Kungelei mit der südafrikanischen Regierung kam ans Licht der Öffentlichkeit als der südafrikanische ANC (African National Congress) entsprechende Dokumente veröffentlichte. Diese Dokumente „lassen den Schluß zu, daß sich offenbar mit Billigung höchster Bonner Regierungsstellen, eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftern und Firmen beider Staaten auf nuklearem und militärischem Gebiet entwickelt hat" (47). Die „Dokumente bezeugen, daß der Besuch des Bundeswehrgenerals vor allem den geheimen Atomanlagen in Palindaba galt" (48).
- Im November 1971 hielt sich der Chef der Deutschen Bank AG, H. J. ABS in Südafrika auf, um mit dem damaligen südafrikanischen Finanzminister DIEDERICHS über eine 100-Mill.-DM-Anleihe zu verhandeln. Begleitet wurde ABS vom Viezpräsidenten der METALLGESELLSCHAFT AG, CASIMIR PRINZ VON WITTGENSTEIN (49). Die METALLGESELLSCHAFT ist eine der Muttergesellschaften der URANGESELLSCHAFT, die in Namibia 70 Mill. DM in die Uranförderung investieren wollte.
- „Über Probleme der Kernenergie" wird eine Delegation des BUNDESVERBANDES DER DEUTSCHEN INDUSTRIE Anfang November 1975 in Südafrika Gespräche führen. Dabei soll auch das südafrikanische Atomzentrum besichtigt werden (50).
- „Ohne Mühe" konnte die südafrikanische Botschaft „zwischen 1969 und 1974 zahlreichen Atomwissenschaftlern ihres Landes Ausbildungsmöglichkeiten bei der Gesellschaft für Kernforschung (GfK) in Karlsruhe beschaffen" (51). Die GfK gehört zu 90 % dem Bund, die restlichen 10 % liegen beim Land Baden-Württemberg.
- „Immer wieder bereisten die Spitzen der südafrikanichen Atomforschung die Bundesrepublik. Den Chef der Atomenergie-Behörde, ABRAHAM JOHANNES ANDRIES ROUX, brachte Botschafter DONALD BELL SOLE seit 1972 mindestens fünfmal zu Erkundungstouren nach Deutschland"(52).

1973 gab die südafrikanische Regierung bekannt, daß südafrikanische Wissenschaftler ein neues technisches Verfahren zur Produktion von angereichertem Uran entwickelt hätten. „Die Regierung ist der Auffassung, daß im südafrikanischen Atomzentrum Palindaba ‚das billigste angereicherte Uran auf der Welt erzeugt werden kann'. Mit dem neuen Uran-Anreicherungsverfahren befinde sich Südafrika in einer Schlüsselposition" (53). Die südafrikanische Urananreicherungsmethode soll 20 – 40 % billiger arbeiten als alle anderen bekannten Methoden (54).

Die südafrikanische Anreicherungsmethode arbeitet nach einem von Prof. BECKER vom Kernforschungszentrum Karlsruhe entwickelten Prinzip. Wie dabei die deutsch-südafrikanische Zusammenarbeit, die es angeblich ja gar nicht gibt, aussah, hat das HANDELSBLATT beschrieben: „Zwischen Palindaba und dem Kernforschungszentrum in Karlsruhe pendeln regelmäßig Besucher hin und her. BECKER selbst sogar hat verschiedentlich seine Kollegen in Pretoria aufgesucht, seine Labortüren blieben den südafrikanischen Wissenschaftlern nie verschlossen" (55). „Für Entwicklungsarbeiten und die Errichtung der Versuchsanlage in Palindaba bei Pretoria haben die Südafrikaner unterdes insgeheim 300 Millionen DM aufgewendet" (56).

„An der Entwicklung der südafrikanischen Urananreicherung war auch das deutsche Unternehmen ‚STEAG' maßgeblich beteiligt" (57). „Wie das Unternehmen dazu betonte, werde nunmehr die Frage einer Beteiligung ‚an einer internationalen auf diesen Technologien basierenden kommerziellen Anreicherungsanlage in Südafrika' geprüft" (58). Südafrikanischen „Berichten zufolge hat die STEAG das westdeutsche Ministerium für Wissenschaft und Technik von diesen Plänen unterrichtet" (59). Nach diesen Plänen soll eine „Anlage mit einer jährlichen Anreicherungskapazität von 5 000 t Trennarbeit für rund 3,5 Mrd. DM gebaut werden" (60). „In den bestehenden Verträgen" ist nach Angabe der FRANKFURTER RUNDSCHAU für die STEAG „eine Option in Höhe von 20 %" an dieser Anreicherungskapazität von 5 000 t Trennarbeit vorgesehen (61).

Nach Meinung der Springer-Zeitung „Die Welt" sprechen für Südafrika als Standort einer großen Anreicherungsanlage „eine Anzahl von günstigen Voraussetzungen:

- die Uranreserven;
- die niedrigen Stromkosten,
- die Gebiete des Landes, die für einen Standort in Erwägung gezogen werden können, sind relativ dünn besiedelt, und die Bodenpreise sind relativ niedrig" (62).

(Übrigens liegen 51 % der STEAG-Aktien bei der RUHRKOHLE AG, die wiederum zu 40 % dem Bund gehört (63).) Nach Angaben der SWAPO, der Befreiungsorganisation in Namibia, wird das Uran für die geplante Anreicherungsanlage zur Hälfte aus Namibia kommen (64). Das Uran wird in Namibia vom britisch-internationalen Bergbaukonzern

Leukämie ...

Daß die deutschen Urangesellschaften nicht gerade zimperlich mit der Gesundheit ihrer „Mitarbeiter" umspringen, wird aus der Aussage eines Bohrmeisters der Bonner URANERZBERGBAU AG (UEBG) ersichtlich:

„Bei der UEBG wurden die Sicherheitsbestimmungen in keinster Weise eingehalten. Es war eine sträfliche Vernachlässigung . . .
Bei den Borhungen in Togo waren wir ständig von uranhaltigem Staub umgeben. Absaugvorrichtungen fehlten und Staubmasken gab es auch erst durch unsere Initiative. Dies geschah jedoch leider zu spät, denn durch den inhalierten Staub habe ich mir einen Strahlenschaden zugezogen.
Man stellte Leukämie fest." (UZ, 13.6.75).

Wenn die Kernenergie-Mafia bereits für ihre deutschen Beschäftigten die elementarsten Sicherheitsvorkehrungen unterläßt, dann kann man sich vorstellen, unter welch gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen die schwarzen Minenarbeiter arbeiten müssen.
Die Behauptung der Kernenergie-Lobby, daß bisher noch niemand durch die „friedliche Nutzung" der Atomenergie zu Schaden gekommen sei, ist schon deshalb der pure Hohn! Aber das Wohlergehen überseeischer Minenarbeiter hat noch nie zu den bevorzugten Interessen eines RWE-Vorsitzenden oder eine Ministerpräsidenten Filbingers gehört. Der Lungenkrebs, an dem die südafrikanischen Minenarbeiter krepieren, geht nicht in die Risikostatistiken des Badenwerks ein.

RIO TINTO ZINC gefördert (65). Die SWAPO nannte „die Verstrickung der Bundesrepublik Deutschland in einen solchen Handel einen Stich in den Rücken" für das vom südafrikanischen Rassistenregime unterdrückte Volk von Namibia (66).

Mittlerweile wurde auch bekannt, daß sich die bundesrepublikanische KRAFTWERKUNION AG um.die Lieferung von Kernkraftwerken nach Südafrika bewirbt: Ein Auftrag, „der einen Doppelblock von total etwa 2 000 Megawatt mit einem Gesamtwert von 1,8 Mia. bis 2,0 Mia. DM vorsieht" (67). Ein Antrag der KRAFTWERKUNION auf Hermesdeckung für dieses Projekt liegt inzwischen bei der Bundesregierung vor (68). Außerdem gab es bereits einen Antrag auf Exportgenehmigung, „der jedoch zurückgezogen worden sei. Die Bundesregierung erwarte, daß der Exportantrag in differenzierter Form wieder vorgelegt werde" (69). An der Genehmigung eines Exportantrags besteht kein Zweifel mehr, nachdem in einer Kabinettsrunde auch der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit dafür plädierte, „den Export eines Kernkraftwerks nach Südafrika zu genehmigen, falls die deutsche Industrie den Zuschlag erhalten und einen Antrag stellen sollte" (70).

Diese Saten belegen wohl zur Genüge, daß es sich bei der These einer Atomachse Bonn – Pretoria nicht um eine „kommunistisch gesteuerte Verleumdungskampagne" handelt, wie es der Minister für Forschung und Technologie, HANS MATTHÖFER, gerne weismachen würde (71). Ironie der Geschichte: Während MATTHÖFER in der Veröffentlichung von Dokumenten über die nukleare Zusammenarbeit Bonn – Pretoria eine „kommunistisch gesteuerte Verleumdungskampagne"wittert, schließt die bundesrepublikanische Kernenergie-Mafia nicht aus, „daß dahinter Machenschaften ausländischer Kraftwerks-Konkurrenten stehen" (72).

Während sich die bundesdeutsche Seite von der nuklearen Zusammenarbeit technologischen Fortschritt, eine gesicherte Uranversorgung und ein Riesengeschäft verspricht, spielen auf der südafrikanischen Seite noch andere Aspekte mit:

1. DURCHBRECHUNG DER AUSSENPOLITISCHEN ISOLIERUNG:
   Dazu bemerkte die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG: In politischen Kreisen der südafrikanischen Hauptstadt spricht man davon, daß die Uranschätze „in kommenden Jahren durchaus dazu beitragen könnten, ähnlich wie die ‚Ölwaffe' in der Hand der Araber, die außenpolitische Isolierung zu überwinden" (73).
2. DAS STREBEN NACH ATOMWAFFEN:
   Bereits am 5.8.1965 erklärte die südafrikanische Regierung: Es ist „die Pflicht Südafrikas nicht nur (!) den militärischen Nutzen des Materials zu betrachten, sondern ebenfalls alles in seiner Macht stehende zu tun, den Gebrauch für friedliche Zwecke auszurichten" (74).

„Drei Monate vor dem Besuch des NATO-Generals RALL erklärte der stellvertretende Vorsitzende der südafrikanischen Atomenergiebehörde, LOW ALBERTS, öffentlich, sein Land – das dem internationalen Atomwaffensperrvertrag nicht beigetregen ist – könne die Atombombe herstellen, ‚falls es notwendig' werde" (75).

Im April 1975 meldete die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG: „Die USA haben Südafrika nach Angaben des demokratischen Kongreßabgeordneten Les Aspin die Mittel zum Bau von Atombomben zur Verfügung gestellt. Der amerikanische Politiker sagte in Washington, ein Werk in Tennessee habe bereits 6,72 Kilogramm hochangereicherten Urans an Südafrika geliefert. 13,44 Kilogramm sollten demnächst folgen. Nach Ansicht von Experten reichen bereits 5,28 Kilogramm des Materials für den Bau von Nuklearwaffen" (76).

Steht erst einmal die zusammen mit der STEAG projektierte Urananreicherungsanlage, dann ist das südafrikanische Apartheidsregime nicht einmal mehr auf die US-Lieferungen angewiesen. „Denn eine Anreicherungsanlage kann nicht nur dazu benutzt werden, Brennstoff für Elektrizitätswerke zu gewinnen; sie kann auch, überaus zeitraubend zwar und umständlich, spaltbares Material für Bomben produzieren" (77). (Siehe auch Kasten II).

Anfang 1975 antwortete der südafrikanische Verteidigungsminister PIET W. BOTHA denn auch entlarvend auf die Frage „Aber grundsätzlich hätte Südafrika die Möglichkeit, die Atombombe herzustellen?" folgendes: „Ich würde sagen, theoretisch bestimmt, angesichts des Know-hows, das wir über Jahre erworben haben" (78).

Daß das südafrikanische Apartheidsregime dieses Know-how überhaupt erwerben konnte, ist ein Ergebnis der nuklearen Zusammenarbeit zwischen der BRD und der SAR! Und was von den von der Bundesregierung so viel beschworenen Kontrollabkommen zu halten ist, wird aus einem Bericht der FAZ deutlich, der sich mit der Lieferung deutscher Nukleartechnologie nach Brasilien beschäftigte: „Und was die Auflagen betrifft, die Bonn wegen der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages von Brasilien fordern müßte, so sind sie wohl im Zweifelsfall nur so lange von Bedeutung, wie Brasilien in der Urananreicherung und im Reaktorbau noch nicht autonom ist. Wahrscheinlich wird also die Welt in einigen Jahren von der Notiz aufgeschreckt, daß nun auch in Lateinamerika eine Atombombe gezündet wurde" (79). Un - auch „DIE ZEIT" schrieb in Bezug auf die Nukleargeschäfte mit Pretoria: „Ob die Sicherheitsgarantien im Ernstfall viel wert sind, muß sich erst erweisen" (80).

3. MILITÄRISCHE ABSICHERUNG DES APARTHEID-REGIMES DURCH DIE NATO
   Je abhängiger die Staaten Westeuropas von den Uranlieferungen Südafrikas werden, desto größer wird ihr Interesse an einer Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Regimes in Südafrika. An Unruhen oder gar an einer Revolution der unterdrückten schwarzen Bevölkerung können die westeuropäischen Regierungen keinerlei Interesse haben, da ihre Energieversorgung auf Gedeih und Verderb von den regelmäßigen Uranlieferungen aus Südafrika abhängt. Bereits jetzt wird im Bundesverteidigunsministerium erklärt: Geostrategische Gründe wiegen „für die NATO im Augenblick schwerer als jeder UNO-Boykott im Bereich der Wirtschaftspolitik gegen den Staat Südafrika" (81). Die faschistische „NATIONALZEITUNG" wird noch deutlicher: „Der Westen braucht am südlichen Zipfel Afrikas einen Stützpunkt (. . .) Solidarität mit Südafrika heißt das Gebot der Stunde" (82).

UND DIE MORAL VON DER GESCHICHT . . .

Der Kampf gegen die Kernkraftwerke in der Bundesrepublik und der Kampf der ausgebeuteten Minenarbeiter in Namibia und Südafrika mögen auf den ersten Blick nicht das geringste miteinander zu tun haben. Aber das BADENWERK und die anderen Energieversorgungsunternehmen, die z.B. das aus Südafrika betreiben wollen, sind die direkten Nutznießer der Unterdrückung und Ausbeutung in Südafrika. Derselbe Staat, der ohne zu zögern, ganze Hundertschaften Polizei gegen die aufbegehrende Bevölkerung am Kaiserstuhl eingesetzt hatte, schreckt auch vor der wirtschaftlichen, milita-

rischen und atomaren Zusammenarbeit mit einer der übelsten Diktaturen der Welt nicht zurück. Genauso, wie die Bevölkerung am Kaiserstuhl vom KKW Wyhl nur Nachteile erwarten kann, genauso hat auch die schwarze Bevölkerung in Südafrika vom Ausbau der Uran- und Atomindustrie nichts anderes als Stabilisierung ihres Elends und ihrer Unterdrückung zu erwarten.

Auch insofern ist die „friedliche Nutzung" der Kernenergie eine fromme Lüge. Denn die „friedliche Nutzung" der Kernenergie ist u.a. auf der militärischen Unterjochung von 15 Mill. Schwarzen in Südafrika aufgebaut. So gesehen ist der Kampf am Kaiserstuhl und in den Uranminen von Südafrika *ein* Kampf: Es geht gegen den gleichen Feind!

nik

Anhang

1 Welt, 16.1.75
2 DLF, 5.9.74
3 SZ, 11.1074
4 dito
5 DLF, 5.9.74
6 NZZ, 19.9.74
7 FR, 11.3.74
8 VDI, 10.1.75
9 Welt, 9.4.75
10 NZZ, 8.10.75
11 Spiegel, Nr. 18/75
12 HB, 25./26.4.75
13 HB, 10.9.75
14 HB 30.4.75
15 Kieler Nachrichten, 17.4.75
16 WamS,13.4.75
17 FR, 25.11.73
18 HB, 10.9.75
19 BddW, 18.7.75
20 dito
21 VDI, 3.5.74
22 NZZ, 15.1.75
23 SZ, 2.5.75
24 Spiegel, 20.10.75
25 FR, 19.6.73
26 dito
27 Nach Angaben des Spiegels vom 20.10. 75 war sogar eine 40%ige Beteiligung vorgesehen
28 Namibia, das ehemalige Südwestafrika, ist UNO-Mandatsgebiet und wird von der SAR widerrechtlich besetzt gehalten.
29 FR, 19.6.75
30 Spiegel, 20.10.75
31 dito
32 BZ, 7.10.75
33 HB, 15.10.75
34 Stuttgarter Zeitung, 23.5.75
36 BddW, 17.8.73
37 VDI, 21.3.75
39 HB, 27.9.73
40 FR, 9.10.75
41 s. z.B.: Blätter des iz3w, Nr. 48; Dritte Welt Materialien, 3/74, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Schüler, Hannover; „Die Unterstützung des südafrikanischen Nazismus durch Westdeutschland" hrsg. vom iz3w, Dez. 1970; NEUES ROTES FORUM, Nr. 4/71
42 South African Digest, 23.4.67
43 NZZ, 4./5.10.75
44 BZ, 1.10.75
45 dito
46 stern, 41/75
47 NZZ, 6.10.75
48 NZZ, 3.10.75
49 Neues Deutschland, 9.11.71
50 FR, 9.10.75
51 Spiegel, 41/75
52 dito
53 BddW, 4.9.73
54 VDI, 7.11.74
55 HB, 15.10.75
56 Spiegel, 18/75
57 Die Rheinpfalz, 24.4.75
58 FAZ 16.5.75
59 BddW, 4.9.73
60 FR, 16.10.75
61 HB, 15.5.75
62 Welt, 9.4.75
63 Spiegel, 41/75
64 FR, 4.5.71
65 Fincancial Times, 3.5.74
66 FR, 4.5.71
67 NZZ, 7.10.75
68 HB, 9.10.75
69 SZ, 16.10.75
70 SZ, 10.10.75
71 HB, 9.10.75
72 Zeit, 17.10.75
73 SZ, 21.1.74
74 South African Digest, 13.8.65
75 stern, 41/75
76 SZ, 15.4.75
77 Spiegel, 41/75
78 Spiegel, 3.2.75
79 FAZ, 3.6.75
80 Zeit, 17.10.75
81 Südwestfunk Baden-Baden, 6.10.75
82 Nationalzeitung, 17.10.75

Abkürzungen:

DLF Deutschlandfunk
SZ Süddeutsche Zeitung
NZZ Neue Zürcher Zeitung
FR Frankfurter Rundschau
VDI VDI nachrichten
HB Handelsblatt
WamS Welt am Sonntag
BddW Blick durch die Wirtschaft
BZ Badische Zeitung
FAZ Frankfurter Allgemeine Zeitg.

NACHTRAG:

Seltsame Besucher aus Süd und Südwest.

Kaum ist der heimliche Besuch, der dann doch nicht heimlich blieb, des Generalleutnants Rall in Südafrika mit seiner Entlassung abgeschlossen worden, da stehen nun der Bundesrepublik seltsame Besucher aus dem südlichen Afrika in's Haus, und beide Besucher haben etwas mit der Rall-Affaire zu tun.

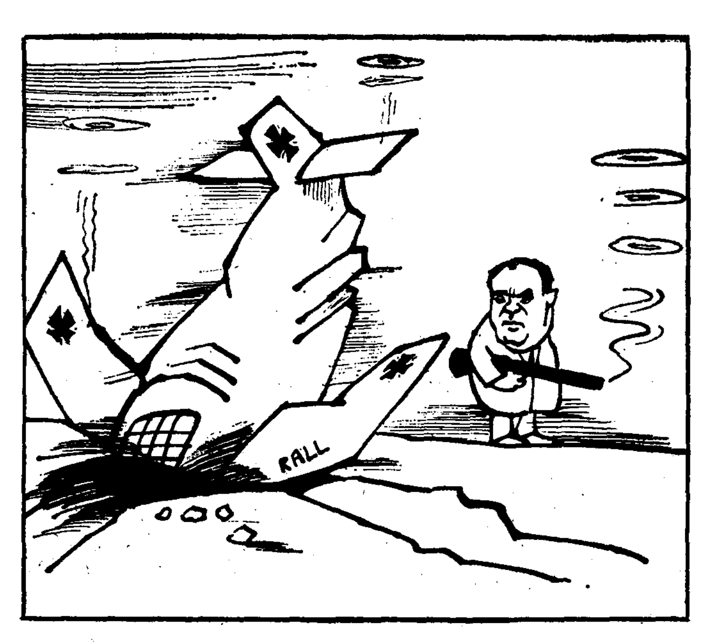
Nach einem Bericht des Londoner „Observer" befindet sich zur Zeit (Oktober) General van den Berg, Chef von BOSS, des berüchtigten südafrikanischen „Bureau of State Security" (südafrikanische Sicherheitspolizei), in Bonn. Seine Aufgabe ist es nun nicht etwa, sich wie andere Besucher aus der RSA die Kernforschungs-Anlage in Karlsruhe anzuschauen, sondern vielmehr zu erforschen, wie jene Akten der südafrikanischen Botschaft (gemeint sind die Dokumente, die über den ANC an die Öffentlichkeit gelangten; red.) abhanden kamen, in denen der offiziöse Besuch des Generalleutnants Rall in Südafrika belegt wurde.

Zum BRD-Besuch der zweiten Persönlichkeit aus Südafrika meldete die Bonner Tages-Zeitung „Die Welt" in ihrer Ausgabe vom 17.10.75:

„Bundespräsident Walter Scheel, im Zweiten Weltkrieg Jagdflieger, empfängt am 22.10.75 einen alten Fliegerkameraden, Hans Dahlmann, aus Windhoek, Südwestafrika."

Nun, Kollegen des Präsidenten dieser Art gibt es sicher noch eine ganze Reihe. Doch Dahlmann ist nicht irgendein Kollege, wie „Die Welt" wahrheitsgetreu meldet. Zitat: „Er (gemeint ist Dahlmann) hatte Generalleutnant Rall in die südafrikanische Union eingeladen". Zur Person Dahlmann wird dann noch weiter ausgeführt, daß er Chefredakteur der „Allemeinen Zeitung Windhoek" ist. Empfangen wird Dahlmann von Bundespräsident Scheel als Sprecher einer Gruppe von 40 Chefredakteuren *deutschsprachiger Zeitungen* im Ausland, die zur Zeit ihre erste Weltkonferenz in der Bundesrepublik abhalten. Diese Zeitungen haben nach der „Welt" insgesamt 600.000 Abonnenten, was nicht sonderlich viel ist; umso besser trifft es sich da, daß, wie die „Welt" schreibt, „linkssozialistische Blätter darunter nicht sind." Was beweist, daß wenigstens bei den Auslandsdeutschen die Welt noch in Ordnung ist.

Gerd Meuer



Für Volk, Leber und Vaterland

Mozambique

Interview mit Präsident Machel

Wie definieren Sie die Beziehungen zwischen Partei und Staat auf der einen Seite und zwischen Partei und Regierung auf der anderen Seite?
Samora Machel: In einem unabhängigen Mozambique wird die FRELIMO die einzige Partei sein, und die Regierung wird gehalten sein, genau bestimmte Aufgaben auszuführen, die von der Partei festgelegt sind. Die FRELIMO wird also gleichzeitig den Staat kontrollieren und so das ganze Land anleiten. Wir haben übrigens diese Politik nicht heute erfunden. In unseren befreiten Gebieten (mehr als ein Drittel des nationalen Territoriums mit einer Million Einwohner vor dem 25. April) sind immer neue Verwaltungsstrukturen von der FRELIMO eingeführt und von ihr kontrolliert worden.

Die Leitung der Partei wird also über der Regierung stehen, in den Leitungspositionen ...
Samora Machel: Natürlich. Trotzdem muß man betonen, daß die FRELIMO noch keine Partei ist. Unser Volk hat noch nicht den erforderlichen Bewußtseinsstand erreicht, um die Bildung einer wirklichen Avantgarde-Partei ins Auge zu fassen, wie wir es wünschen würden. Die FRELIMO ist eine breite Front von Patrioten mit genau festgelegten Strukturen und einer klaren politischen antikolonialistischen und antiimperialistischen Linie. Die FRELIMO ist eine Massenorganisation, die sich heute den Aufbau des Sozialismus zur Aufgabe gemacht hat.

Und die Außenpolitik Ihres unabhängigen Staates? Welches sind dabei die Hauptlinien?
Samora Machel: Unsere Außenpolitik war immer und wird immer bestimmt sein durch die Hauptaufgaben unserer Innenpolitik, eine Volksmacht in Mozambique zu errichten. Um mit weniger abstrakten Begriffen zu sprechen, sehen wir uns eine brennend aktuelle Frage an, auf die es bald eine Antwort zu finden gilt: die Beziehungen zu Südafrika. Im Laufe des 2. Kongresses im Jahre 1969 haben wir den Vertrag zwischen Portugal und der Republik Südafrika veruteilt, der es erlaubte, Arbeitskräfte aus Mozambique in dieses Land zu senden. Nun werden aber bis heute immer noch diese Arbeitskräfte (150 000 Menschen im Jahr) in den Minen und landwirtschaftlichen Betrieben Südafrikas eingestellt. Hier nun, sagen unsere Kritiker, besteht ein Widerspruch zwischen den Zielen der FRELIMO und ihrer politischen Praxis. Sie vergessen, daß, da Mozambique kein unabhängiges Land war, die Beziehungen mit Pretoria bis zur Unabhängigkeit zugesichert sind durch den portugiesischen Oberkommandierenden in Laurenco Marques als Vertreter der Regierung in Lissabon. Es geht also gar nicht darum, diesen Vertrag vor dem 25. Juni in Frage zu stellen.
„Aber was werden Sie nach diesem Datum machen?", fragen dieselben Kritiker. „Werden Sie diese Verträge brechen?" Wenn wir diesen Vertrag brechen, was werden wir dann mit 150 000 Arbeitern anfangen? Die Portugiesen haben leider keine Bedingungen geschaffen, damit die Bewohner von Mozambique in ihrem Land arbeiten können. Was ist also zu tun? Wir haben diese Frage der Basis, unserem Volk, gestellt, und die Antwort war eindeutig: Diese schändlichen Verträge müssen gebrochen werden, aber vorher müssen Strukturen geschaffen werden, die es erlauben, die Immigranten aufzunehmen, wenn wir nicht die Arbeitslosigkeit noch vergrößern wollen, die ja das Erbe ist, das uns die faschistischen portugiesischen Kolonialisten hinterlassen haben. In der Reihenfolge der Prioritäten kommt die Schaffung der Strukturen für die Aufnahme der Immigranten vor der Beseitigung dieses Problems.
Die Veränderung der kolonialistischen Gesellschaft in eine sozialistische Gesellschaft wird nicht eine Angelegenheit von einigen Monaten sein, sondern von einigen Jahren. Wir sind keine hysterischen Revolutionäre, denn der lange Krieg von zehn Jahren hat uns gedämpft. Wir haben zu warten gelernt und haben gelernt, einen Schritt nach dem anderen zu tun, um den Willen des Volkes zu respektieren und die vorrangigen Aufgaben, die es sich gestellt hat; kurz, der Fortschritt auf dem sozialistischen Weg hängt von dem Kampf der Massen ab, der tatsächlich ein Klassenkampf ist. Er hängt von der Richtigkeit der Linie ab, die seine Avantgarde angenommen hat, die das Zentralkomitee der FRELIMO darstellt, angesichts der Tatsache, daß die Arbeiter ihre eigenen Existenzbedingungen immer besser bewältigen . . . Die politische Praxis der FRELIMO geht von unten nach oben. Sie geht dann von oben an die Basis, zum Volk, die Quelle der Macht. Dies sind die Hauptprinzipien, wie unsere Innenpolitik unsere Außenpolitik bestimmt.



Samora Machel leistet am 25. Juni 1975 den Amtseid

Die Beziehungen zwischen Portugal und Mozambique sind exemplarisch, stellen fast alle ausländischen Beobachter fest. Wie soll man sich erklären, daß nach zehn Jahren eines mörderischen Krieges, die diese beiden Länder zueinander in Gegensatz gebracht haben, man in diese Situation gekommen ist, die paradox erscheinen mag?
Samora Machel: Bis zum jüngsten Zeitpunkt haben wir ohne jegliche menschliche Beziehungen mit dem portugiesischen Volk gelebt, weil wir ein „Volk von Sklaven" waren. Wir haßten die weißen Besatzer unseres Landes, wir haßten alle Weißen. Infolge des Ausbruchs des bewaffneten Kampfes unter der klaren Anleitung der FRELIMO hat unser Volk richtig erkennen gelernt, daß unser Feind nicht der „Weiße" (Portugiese) ist, sondern das Kolonialsystem, das bei uns von den Portugiesen errichtet worden ist. Dieser antirassistische Kampf hat uns den uralten Haß vergessen lassen, der unser Volk den Weißen gegenüberstellte. Geben wir es zu, das war keine geringe Sache.
Unser bewaffneter Kampf, im höchsten Grade ein politischer Kampf, hat das bestehende System zerstört und unser Volk von dieser uralten Unterdrückung befreit, die durch eine fremde Besatzung entstanden ist. Damit haben wir die notwendigen Bedingungen geschaffen, um die Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern zu normalisieren. Der Sturz der faschistischen Diktatur in Portugal durch die MFA hat diese zu einem wertvollen Gesprächspartner gemacht. Der begonnene Dialog, die Errichtung einer Vollmacht in Lissabon, hat unsere Beziehungen gefestigt. Einen Krieg anzufangen ist nicht so schwierig, aber einem Konflikt dieser Art ein Ende zu setzen, glauben Sie mir, war keine einfache Sache. Aber das ist eine ganz andere Geschichte ...

Wie verhält es sich mit der internationalen Stellung von Mozambique? In welcher „geistigen Familie" der Staaten wird man es wiederfinden?
Samora Machel: Unsere Politik war schon immer sehr eindeutig. Unsere augenblicklichen Verbündeten sind die Mitglieder der OAU und der Befreiungsbewegungen, die noch gegen die Finsternis des Kolonialismus in Afrika kämpfen. Dann die sozialistischen Länder, die unserem Kampf eine wertvolle Hilfe zukommen ließen. Dann die fortschrittlichen Parteien der kapitalistischen Welt und die fortschrittlichen Kräfte aller Kontinente. Wir werden eine Politik des Friedens, des Anti-Imperialismus und des Anti-Expansionismus betreiben. Wir beabsichtigen also, Teil der großen Familie der blockfreien Staaten zu werden.

Was die Innenpolitik betrifft, sagt man oft, daß es in Mozambique viele Gefangene gibt. Was haben Sie mit den Gefangenen vor?
Samora Machel: Im unabhängigen Mozambique wird es weder Gefängnisse noch Gefangene geben. Für uns stellt sich das Problem als solches der Wiedereingliederung der Menschen. Und wir denken, daß all diejenigen, die ein Verbrechen begangen haben, am besten geeignet sind, den Massen ihre Irrtümer zu erklären und so Erziehungsarbeit und Selbstkritik zu leisten.
Nehmen wir das Beispiel von zwei bekannten Männern, die das Volk von Mozambique während des Krieges verraten haben: Uria Simango, ein Nationalist der ersten Stunde, der durch seinen politischen Ehrgeiz dazu gebracht wurde, Verbindungen gegen die höchsten Prinzipien einzugehen, und Lazaro Kavandame, ein Stammeshäuptling, der sich uns angeschlossen hatte, aber den Traum bewahrte, in der Ausbeutung des Volkes an die Stelle der Kolonialisten zu treten. Diese Männer, die nach dem Staatsstreich in Portugal nicht gezögert haben, sich in den Dienst der rassistischen und neokolonialistischen Machenschaften zu stellen, sind heute die besten „Lehrmeister" für unsere Massen, denn die Darstellung ihrer Niederlage ist der beste Beweis für die Richtigkeit der revolutionären Linie. In einigen Jahren werden wir eine neue Generation von Mozambiquanern haben, die schwer begreifen wird, was der Kolonialismus war, ohne das Zeugnis von positiven und negativen Helden dieser Epoche.

Sie erben vom portugiesischen Kolonialismus eine schwere wirtschaftliche Krise. Beunruhigt Sie dieses Problem nicht am Vorabend der Unabhängigkeit?
Samora Machel: Wenn Sie von wirtschaftlicher Krise in Mozambique sprechen, sprechen Sie ~~von der~~ Krise, die die Wirtschaft der sogenannten Dienstleistungen betrifft. Diese Krise ist Sache ganz bestimmter Sektoren, eines wirtschaftlichen Systems, das eingerichtet und orientiert war daraufhin, den Nachbarländern zu dienen und nicht der Mehrheit der Bevölkerung, die immer am Rand des Ganzen gelebt hat, wenn sie nicht den Preis der Ausbeutung durch den Kolonialmarkt bezahlte. Wir haben nicht die Absicht, diese Krise zu verwalten. Unser Kampf hat die Zerstörung dieses Wirtschaftstyps zum Ziel gehabt.

Einverstanden, aber es handelt sich doch dennoch darum, das Land aus der Armut hinauszuführen und wirtschaftlich voranzubringen?
Samora Machel: Passen Sie auf! Nach fünf Jahrhunderten kolonialer Besetzung und zehn Jahren Befreiungskrieg ist die Situation, die heute in unserem Land vorherrscht, keineswegs alarmierend. Sie beunruhigt uns nicht. Ganz im Gegenteil, wir betrachten sie als sehr ermutigend. Wir haben den Kampf begonnen mit einer Handvoll Menschen und wir hatten zu jener Zeit fast nichts. In zehn Jahren haben wir das Land und die Menschen grundlegend verändert. Wir haben ein ganzes koloniales System zerschlagen und haben unseren Kampf und unser Volk der ganzen Welt bekannt gemacht. Wir haben heute an unserer Seite ein ganzes Volk. Das ist das wertvollste Kapital. Dies ist eine ideale Situation für ein rasches wirtschaftliches Voranschreiten, für eine harmonische Entwicklung unserer Wirtschaft.

Welches sind die vorrangigsten Aufgaben dieser Wirtschaft?
Samora Machel: Ein für allemal den chronischen Hunger zu beenden, der bei uns herrscht. Die nackten Menschen bekleiden. Ihren schlechten Gesundheitszustand zu verbessern. Der Rest wird nachher kommen.
Es ist also die Landwirtschaft, auf die sich Eure Anstrengungen konzentrieren werden?
Samora Machel: Sicher. Aber wir vergessen nicht die Industrie, die der dynamisierende Faktor der Landwirtschaft sein wird.

„Ein Exclusivinterview mit Samora Machel", geringfügig gekürzt. Aus: „afrique asie" Nr. 85, Seite 10-13 (übersetzt aus dem Französischen).

Die revolutionäre Strategie der FRELIMO

In fast allen Bereichen der Wirtschafts- und Sozialstruktur von Mosambique sind radikale Änderungen nötig, um das koloniale Erbe zu überwinden. Diese Umwandlung kann die Regierung nur durchführen, wenn alle Bevölkerungsschichten Inititiativen ergreifen und Hilfe leisten. Die Richtlinien der FRELIMO für die zukünftige Entwicklung des Landes müssen von der Bevölkerung übernommen und akzeptiert werden. Erst dann können sie von der Bevölkerung in Übereinstimmung mit seinen Lebensbedingungen und seinen besonderen Bedürfnissen in die Tat umgesetzt werden. Deshalb umfaßt die Organisation der FRELIMO das Zentralkomitee, das Politisch-Militärische Komitee und das Exekutivkomitee als die Spitzengremien, Provinz-, Kreis- und Ortskomitees, und an der Basis der Bewegung die „circulos" (Kreise) am Arbeitsplatz und in den Wohngegenden.

Die Rolle dieser lokalen Komitees wurde von der FRELIMO folgendermaßen umschrieben:

- Studium und Verbreitung der politisch-ideologischen Linie der FRELIMO sowie deren Umsetzung in die Praxis.
- Vorantreiben von Massenmobilisationen und Organisation der Volksmassen innerhalb der FRELIMO.
- Schaffung einer Verbindung von Massen und Führung von der Basis an die Spitze und umgekehrt.
- Studium und Formulierung von Vorschlägen, die zum Fortschritt und Sieg der Revolution in Mosambique beitragen.
- Hebung des politischen Bewußtseins, um kulturelle und technische Entwicklungen zu fördern und alle Formen der Diskriminierung zu bekämpfen.
- Steigerung der Arbeitsproduktivität, um die Volkswirtschaft zu festigen.

In Betrieben mit einer großen Anzahl von Beschäftigten kann der „circulo" in mehrere Zellen unterteilt sein, die Vertreter in den „circulo" schicken. Damit bleibt dieses Organ dynamisch, beweglich und handlungsfähig. Vor dem 25. April mußten diese Komitees im Untergrund arbeiten und konnten sich nicht öffentlich bilden. Aus diesem Grunde wurden oft „grupos dinamizadores" (dynamisierende Gruppen) von FRELIMO-Mitgliedern gebildet. Sie sollten die örtliche Bevölkerung aktivieren und durch politische Erziehung den Boden für den Aufbau eines FRELIMO-Komitees bereiten. Da die „grupos dinamizadores" die erste Stufe einer Organisierung darstellen, können sie „von oben" durch die Partei aufgestellt werden und erst später ihre eigenen Führer wählen und einen „circulo" bilden.

Erziehung und Selbständigkeit

Unter anderem sind die örtlichen Komitees auch verantwortlich für Alphabetisierung und Erwachsenenbildung. Dabei eingeschlossen ist die Ausbildung am Arbeitsplatz, um technische Fertigkeiten zu verbreiten und um es den Arbeitern zu ermöglichen ihre Fähigkeiten voll anzuwenden. Sie befassen sich auch mit sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Banditentum, Alkoholismus und Prostitution. Schwergewicht ist dabei nicht Bestrafung oder Inhaftierung, sondern Erziehung, wobei die Betroffenen an ihrer eigenen Rehabilitation beteiligt sind.

Die örtlichen Komitees lehren auch Selbständigkeit: In Marora in der Nähe von Beira hat die Bevölkerung im Laufe seiner Alphabetisierungskampagne erkannt, daß sie eine Schule brauchten; anstatt darauf zu warten, daß die Regierung Geldmittel bereitstellt, fingen sie an, eine Schule mit ihren eigenen Mitteln zu bauen. Sie wurde im März eröffnet; mit demselben Schwung wurden auch neue Projekte wie ein Brunnen, ein Gesundheitsposten und eine Kantine in Angriff genommen.

Auf den Aufruf zu erhöhter Produktivität reagiert die Bevölkerung in einigen Gebieten mit der Bildung von Komunen und Kooperativen. In Vila Pery zum Beispiel wurde vor dem 25. April auf der Basis von monatlichen, regelmäßigen Beitragszahlungen eine Komune gebildet. Das angesammelte Geld wurde zum Kauf von Kürbissen und Strohmatten verwendet. Diese wurden dann weiterverkauft. Der Handel brachte im Laufe der Zeit genügend Geld ein, um ein Feld zu kaufen. Ein Mitglied der Komune gab seine Arbeitsstelle auf und besorgte die Feldbestellung. Im ersten Jahr baute man Mais an, im nächsten Jahr kamen Kartoffeln, Zwiebeln und Paprikaschoten hinzu. Die Produkte wurden zwar unter Marktpreisen verkauft, aber das Geld reichte aus, und gleichzeitig konnten immer mehr Leute für die Steigerung des Bodenertrages gewonnen werden. Überschüsse wurden zum Bau von zwei Schulen in dieser Gegend verwendet.

Neuschreibung der Geschichte

Die Bedeutung der Erziehung in allen Bereichen wird betont. Die FRELIMO hat beträchtliche Veränderungen und Umorientierungen der Lehr- und Lehrpläne vorgenommen, besonders durch die Einführung der Fächer politische Erziehung und Geschichte von Mosambique im Unterricht von Grund- und weiterführenden Schulen. Abgeschafft wurden Religion und Sittenlehre. Diese Maßnahmen gehen Hand in Hand mit der Vorbereitung von neuen Lehrplänen und neuen Lehrbüchern. Wo es bis jetzt nichts gab, wie zum Beispiel Bücher über die Geschichte Mosambiques, werden in den Schulen selbst Materialien zusammengestellt. Sie basieren auf Schriften, die von Lehrern und Schülern gemeinsam erarbeitet wurden.

Dies sind nur ein paar Beispiele, die zeigen, wie die Vorstellungen, für die die Frelimo gekämpft hat, in die Praxis umgesetzt werden. Natürlich gibt es noch viele andere Aspekte. Da sind zum Beispiel die großen Anstrengungen, ein brauchbares Gesundheitswesen zu schaffen, das bis jetzt überhaupt nicht vorhanden war. Oder es gibt die Bestrebungen, Land wieder zu besiedeln, indem man arbeitslose Stadtbewohner ermutigt, die bezahlten Reisen in ihre Heimatdörfer wahrzunehmen und dort Land zu kultivieren. Die FRELIMO ist dabei, die Politik auszuarbeiten, die nach dem 25. Juni in die Tat umgesetzt werden soll. Aber es ist klar, daß die revolutionäre Aufbauarbeit in Mosambique bereits begonnen hat.

Aus: Guerrilheiro, No. 24, 1975, Übersetzung: iz3w

Rezension

Barbara Böttger:
700 Millionen ohne Zukunft?
Faschismus oder Revolution in Indien und Bangladesh, Reinbek bei Hamburg, 197

Die Erwähnung des indischen Subkontinents in Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen, aber auch in Spendenaktionen der Entwicklungshilfeorganisationen ruft allenthalben Schreckensbilder hungernder Menschen in Erinnerung. Armut und Verelendung für die Mehrheit der Bevölkerung in Indien und Bangladesh ist Teil der Wirklichkeit dieser Länder; es ist das Normale, nicht das Außergewöhnliche. Eng verknüpft mit der sich verstärkenden Verelendung ist eine zunehmende Militarisierung, der Aufbau riesiger militärischer, paramilitärischer und Polizeiapparate, nicht zuletzt, um das existierende System mit Waffengewalt, Terror und polizeistaatlichen Mitteln am Leben zu erhalten. [1] B. Böttger räumt gründlich mit der Vorstellung auf, daß Hungersnöte auf dem indischen Subkontinent unabänderliche Schicksalsschläge oder unkontrollierbare Naturereignisse sind. Denn die Menschen sterben nicht, weil keine Nahrungsmittel vorhanden sind, sondern Hungersnöte resultieren aus dem von profitsüchtigen Händlern, Wucherern, Spekulanten und korrupten Beamten beherrschten Verteilungsapparat sowie aus der Ernährungspolitik der Regierungen.

In fünf Abschnitten über die ökonomische Entwicklung, die soziale Schichtung, die politische Struktur, den Unabhängigkeitskampf der Ostbengalen und über faschistische und revolutionäre Bewegungen in Westbengalen versucht B. Böttger, die soziale, wirtschaftliche und politische Lage in Indien und Bangladesh zu analysieren und Perspektiven aufzuzeigen. Durch die Beschreibung der Landwirtschafts- und Industriestruktur wird deutlich, daß die sozialistischen Parolen der Regierungen in Indien und Bangladesh reine Augenwischerei sind und wirtschaftliche Entwicklungen in einzelnen Sektoren bisher auf Kosten der Schwachen und Unterdrückten vorangetrieben wurden. Belegt durch viele Daten und auch durch eigene Anschauung wird aufgezeigt, daß sie sogenannte „Grüne Revolution" die Ernährungssituation der Bevölkerung keineswegs verbessert hat, sondern sich die Lage der Landarbeiter, kleinen Pächter und kleinen Bauern durch die allmähliche kapitalistische Durchdringung der Landwirtschaft zunehmend verschlechtert. Denn die Vorteile des Einsatzes von künstlichem Dünger, ertragreichen Getreidesorten und Mechanisierung der Landwirtschaft können nur von größeren Bauern und Großgrundbesitzern wahrgenommen werden, während viele Menschen auf dem Land ihren Arbeitsplatz verlieren. Ein unmittelbares Ergebnis dieser Entwicklung sind illegale Landenteignungen durch Großgrundbesitzer, die durch die staatliche Verwaltung und die Polizei bei ihren Aktionen unterstützt werden.

Wenn auch die Industrie in Indien auf den ersten Blick ein etwas rosigeres Bild bietet, so blieb doch die Industrieproduktion weit hinter den Erwartungen der Fünfjahrespläne zurück und die ständige Steigerung des Anteils des Tertiärsektors (Handel und Dienstleistungen) am Sozialprodukt ist weniger ein Kennzeichen des Reichtums, als vielmehr Ausdruck des zunehmenden parasitären Lebensstils der herrschenden Klassen. An der expandierenden kapitalistischen Entwicklung in Indien profitieren sowohl das lokale Großkapital als auch – trotz gegenteiliger erklärter Politik indischer Wirtschaftsplaner – internationale Kapitalgesellschaften. Investititionen in Indien sind vor allem wegen der extrem niedrigen Löhne für ungelernte und ausgebildete Arbeiter, die in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, sowie aufgrund staatlicher Vorleistungen interessant.

Der zur Beschreibung der sozialen Schichtung der indischen Gesellschaft in der Indologie übliche Rückgriff auf das Kastensystem wird von B. Böttger zurecht als unzulänglich und die Wirklichkeit verschleiernd bezeichnet. Stattdessen unternimmt sie den Versuch, die Klassen auf dem Lande und in der Stadt zu analysieren und ihre Funktion zur Aufrechterhaltung bzw. Überwindung der derzeitigen Verhältnisse, die durch Verelendung und Ausbeutung der Mehrheit der Bevölkerung gekennzeichnet sind, darzustellen. Wenn auch dieser Ansatz weiterer Präzisierung bedarf und nicht in allen Einzelheiten befriedigt, so führt er doch über die zumeist klischeehafte Darstellung des Kastenwesens zur Charakterisierung der starren indischen Gesellschaft weit hinaus. Vor allem verdeutlicht Böttger, wie die Bourgeoisie in Indien und Bangladesh sich des Staatsapparates bedient, um den eigenen Reichtum zu vermehren und damit die Armut der rund 40 % der Bevölkerung, die bereits jetzt unter dem Existenzminimum leben, noch zu vergrößern.

Es kann kaum erwartet werden, daß auf die im Titel formulierte Frage oder auf die Alternative Faschismus oder Revolution eine eindeutige Antwort gegeben wird, doch aufgrund der differenzierten Darstellungen wird dem Leser ein ungeschminktes Bild der Wirklichkeit in Indien und Bangladesh vermittelt, aufgrund dessen er zu einem eigenen Urteil kommen kann. Die Härte der Auseinandersetzungen zwischen Arm und Reich, zwischen Regierung und Opponenten wird verdeutlicht; es wird aufgezeigt, mit welch brutalen Mitteln, die durch entsprechende, im Parlament verabschiedete Gesetze „legalisiert" werden, Opponenten unterdrückt und getötet werden. Es wird beschrieben, wie durch Bildung von Privatarmeen und Anheuerung faschistischer Schlägertrupps Grundbesitzer die vorgesehenen Landreformen verhindern. B. Böttger führt auf, wie Polizei und Armee gegen streikende Arbeiter vorgehen und auf hungernde Demonstranten schießen. Ebenso deutlich wird ausgesprochen, daß die verschiedenen sozialistisch und kommunistisch orientierten Gruppierungen und Parteien bisher zu konzeptionslos und untereinander verfeindet sind, um die Position der herrschenden

Klasse ernsthaft zu gefährden. Ob es jedoch aufgrund der offenen repressiven Maßnahmen der beiden Regierungen in Indien und Bangladesh sowie der von ihnen geduldeten faschistoiden Organisationen zu einer organisierten Gegenbewegung kommt – wie Böttger vermutet – ist kaum abzusehen.

Zum Aufbau der militärischen und paramilitärischen Streikräfte bedarf es weiterer Belege. Es muß im Detail gezeigt werden, daß die Produktion und der Import von Waffen kontinuierlich gesteigert, daß das Militärbudged hohe Zuwachsraten hat und immer größere Personengruppen in die Rüstungsproduktion und die Ausführung militärischer und paramilitärischer Tätigkeiten einbezogen werden. Zur Rechtfertigung dieser Entwicklung wird von indischen Politikern und Militärs ständig auf agressive Nachbarn hingewiesen. In Wirklichkeit zeigt sich, daß es sich hierbei um wirksame Maßnahmen handelt, um einerseits den Einsatz der Streitkräfte zur Kontrolle sozialer Unruhen in Indien wie auch in Bangladesh durchzuführen und auch verschleiern zu können und andererseits in Indien durch die Rüstungsproduktion dem indischen Kapital neue Verwertungsmöglichkeiten zu erschliessen. Eine Analyse dieser Entwicklungen hätte die Argumentation Böttgers zweifellos gestützt und das Aufzeigen faschistischer Tendenzen bestätigt.
Dieser Mangel, wie auch der zu knappe historische Abriß sollten jedoch keinesfalls davon abhalten, die Veröffentlichung im Schulunterricht und in Universitätsseminaren zu verwenden. Für jeden, der sich mit Entwicklungspolitik in Südasien oder Entwicklungshilfe für diese Region beschäftigt, sollte dieses Buch Pflichtlektüre sein.

Herbert Wulf

(1)vgl. dazu, Wulf, H., Indien, Informationen zur Aufrüstung, in: Blätter des IZ3W, Nr. 35, S. 51 ff.

Aktionsformen

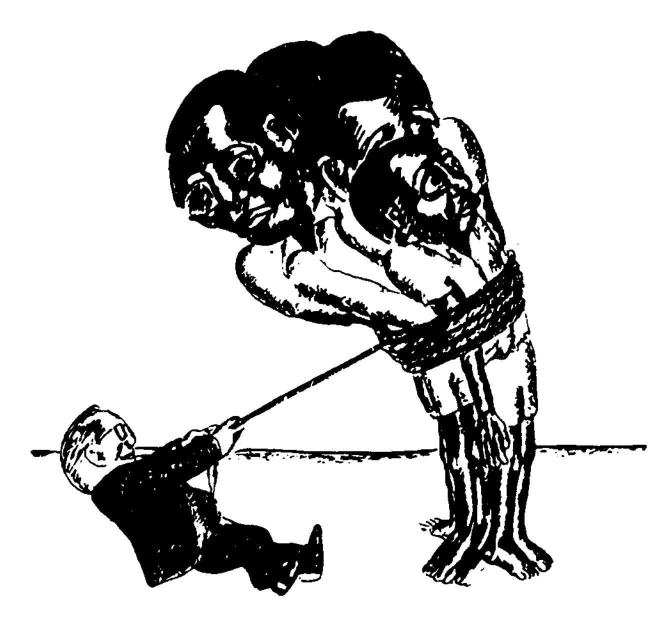
Zeichenwettbewerb zum Thema Apartheit

Anfang 1975 führte der Arbeitskreis Dritte Welt Mannheim einen Zeichenwettbewerb zum Thema „Apartheid" durch. Damit erprobte diese Gruppe eine neue Aktionsform der politischen Informationsarbeit.
Ursprünglich war daran gedacht, das Thema Apartheid fächerübergreifend im Zeichen-, Religions- und Gemeinschaftskundeunterricht zu behandeln. Eine zentrale Rolle fiel dabei dem Kunstunterricht zu, wo Zeichnungen und Karrikaturen zu diesem Thema erstellt und anschließend in der Klasse diskutiert werden sollten.
Eine Ausstellung der besten Arbeiten sollte dann einen größeren Kreis von Interessierten ansprechen und Gelegenheit zu weiteren Diskussionen über Apartheid geben.

Bei der Umsetzung dieses Konzepts in die Praxis zeigten sich einige Schwierigkeiten:

- Das Anschreiben der 600 Lehrer hatte keinen Erfolg; erst durch wiederholtes persönliches Ansprechen von Lehrern konnte erreicht werden, daß etwa 20 Klassen am Wettbewerb teilnahmen.
- Der fächerübergreifende Unterricht konnte nicht realisiert werden. Daher wurden den Schülern Texte zur Apartheid verteilt (Unterstufe: eine Kurzgeschichte; Mittel- und Oberstufe: Informationen über Gesetzgebung in Südafrika und die soziale Lage)
- Um einem Verbot der Aktion durch das Oberschulamt vorzubeugen, entschloß sich die Gruppe nach heftigen Diskussionen, den Befreiungskampf im südlichen Afrika in den Arbeitstexten nicht zu berücksichtigen. Lediglich während der Ausstellung wurde der Befreiungskampf durch Referate und Fotos thematisiert.

Kritisch ist zu dieser Aktion anzumerken, daß die Apartheid im wesentlichen nur in ihrem Umfang und Ausmaß dargestellt wurde.



Auf die Ursachen der Entstehung und Verschärfung der Apartheid und den Zusammenhang mit den Interessen der ausländischen Investoren in Südafrika wurde dagegen nur ganz kurz eingegangen.

Das hatte auch Auswirkungen auf die Thematik der Schülerzeichnungen: Ein Teil dieser Arbeiten zeigte die Afrikaner in primitiver Urwaldromantik gegenüber den zivilisierten Weißen. Andere Arbeiten, die der Intention der Aktion besser entsprachen, drückten die Abscheu vor dem Unrecht der Apartheid aus. Auf die ökonomischen Zusammenhänge und den Widerstand der schwarzen Afrikaner gegen die Unterdrückung wiesen fast keine Bilder hin.

Insgesamt ist jedoch dieser Versuch, durch die Koppelung von künstlerischer Arbeit und politischer Information neue Aktionsformen zu finden, zu begrüßen. Weitere Erprobungen derartiger Aktionsformen wären sinnvoll. Wer ähnliche Aktionen planen und durchführen will, kann weitere Informationen über die Mannheimer Aktion anfordern bei:

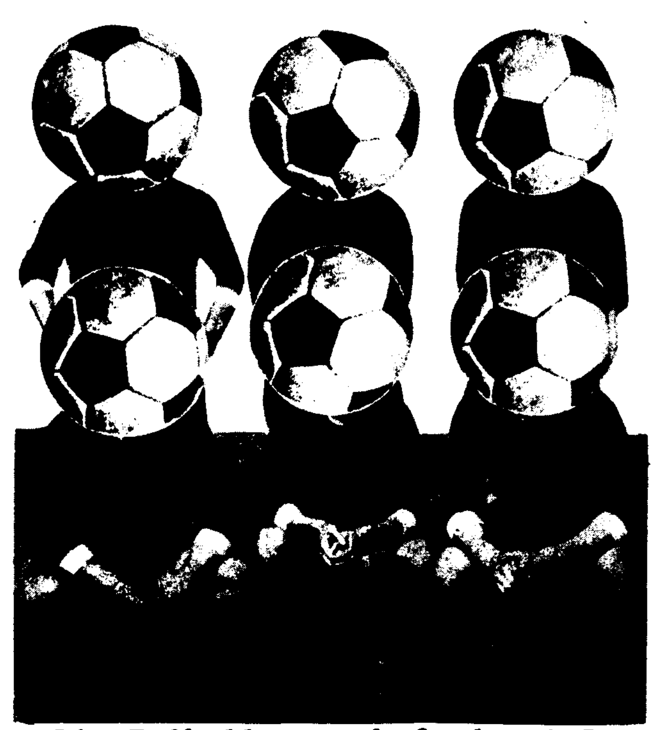
Arbeitskreis Dritte Welt Mannheim
c.o. P. Altenstetter, 68 Mannheim 24, Luisenstr. 64

wawi

Fußballturnier für Vietnam

Beispiel für eine gelungene Solidaritätsveranstaltung

In den „Blättern des IZ3W" wollen wir u.a. Möglichkeiten aufzeigen, wie wir hier in der BRD den Unabhängigkeitskampf und den nationalen Aufbau der Völker der Dritten Welt unterstützen können.
Im folgenden soll an Hand eines (leider selten) gelungenen Beispiels konkret aufgezeigt werden, wie so etwas aussehen könnte.
Das Ziel der Veranstaltung bestand darin, Solidarität mit dem Volk Vietnams zu zeigen. Viele Menschen haben sich in den letzten Jahren für dieses Volk und gegen den Imperialismus engagiert. Es ist klar, daß jetzt die Völker Vietnams und Kambodschas, nachdem sie sich unter schweren Opfern und Verlusten die Selbstbestimmung erkämpft haben, um so mehr auf unsere Unterstützung angewiesen sind.
Dazu haben wir zwei Möglichkeiten:
Erstens können wir Druck auf die BRD-Regierung ausüben, die befreiten Länder diplomatisch anzuerkennen und ihnen alle erdenkliche Hilfe zukommen zu lassen, ohne diese an Bedingungen zu knüpfen. Zweitens können wir selbst materielle Hilfe leisten.
Dies war der Zweck des Fußballturniers, das der Fachschaftsrat (FSR) und die Institutsgruppe Sport der Freiburger Sportstudenten am 11. Mai dieses Jahres veranstaltete und von dem wir glauben, daß es auch anderswo Nachahmung finden könnte und sollte.
In seinem Programm, mit dem er gewählt worden war, hatte sich der FSR auch verpflichtet, über die Befreiungskämpfe in der 3. Welt zu berichten und diese so weit als möglich zu unterstützen.
Schon während der Kämpfe in Vietnam war dazu ein Fußballturnier geplant worden. Man konnte erwarten, daß von einer solchen Veranstaltung einiger Anreiz ausgehen würde. Doch ein entsprechender Antrag an die Lehrerkonferenz des Instituts wurde mit der Begründung abgelehnt, es handle sich hier nicht um eine „neutrale, rein studentische Sportveranstaltung."
Nach der Befreiung Vietnams wurde der Antrag wiederholt. Nun wurde auf einmal auf einen Erlaß des Kultusministeriums verwiesen, der unter Androhung eines Disziplinarverfahrens gegen die Verantwortlichen die Durchführung jeglicher „politischer" Veranstaltungen auf dem Gelände der Universität (ohne Genehmigung des Ministeriums) verbiete.
So weit zu den Schwierigkeiten, auf die sich auch Nachahmer einstellen müssen.



Die Fußballmannschaft des iz3w

Der FSR ließ sich aber nicht einschüchtern und beschloß, das Turnier trotzdem durchzuführen. Man versuchte, nicht nur Studenten, sondern auch Gewerkschafts- und andere Gruppen dafür zu gewinnen. Neben Wandzeitungen und Büchertischen am Institut wurde durch Flutblätter auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht, die an den Mensen und an der Pädagogischen Hochschule verteilt wurden. Bei

allen Ankündigungen wurde auch darauf hingewiesen, daß und warum die Veranstaltung verboten worden war. Wir können noch hinzufügen, daß es sich empfiehlt, auch kirchliche und andere Jugendgruppen sowie Schüler für eine solche Veranstaltung zu gewinnen; außerdem ist es günstig, eine Woche vor dem Termin der lokalen Presse eine kurze Pressemitteilung zukommen zu lassen.
Ein guter Gedanke des FSR war es, eine Unterschriftensammlung durchzuführen, in welcher sich die Unterzeichner für die Veranstaltung und gleichzeitig für die Wahrnehmung des politischen Mandats des FSR einsetzen konnten.
Das Turnier selbst wurde durch einzelne Gruppen vorbereitet. Jede Mannschaft – bestehend aus 6 Spielern – sollte ein Startgeld von DM 10,– spenden.
Bis zum Vorabend des 11.5. hatten sich 62 (!) Mannschaften angemeldet. Es erwies sich als etwas kompliziert, deren Spiele zu koordinieren. Für Nachahmer der Hinweis, daß eine Mannschaft schlecht zwei Spiele gleichzeitig bestreiten kann.



Am Morgen wurden die Plätze hergerichtet; die Mannschaften fanden ihre Spielzeit auf großen Tafeln aufgeschrieben (oder auch nicht). Für Nichtfußballer hatte die Institutsgruppe Sport ein Sackhüpfen und Eierlaufen organisiert. Verschiedene Gruppen stellten Bazare und Büchertische auf. Es gab viel Getränke und belegte Brötchen. Der Überschuß aus den Verkäufen wurde mit dem Spielgeld an die Regierung in Südvietnam überwiesen; der Reinerlös betrug 1.246,32 DM! Bei allen Beteiligten fand die Veranstaltung großen Anklang und brachte viel Spaß. Bei der abschließenden Kritik wurde zwar festgestellt, daß der Schwerpunkt wohl mehr auf dem Fußballspiel als auf der Solidarität gelegen habe, aber wir meinen, daß sich das in diesem Fall nicht trennen läßt.
Das Endspiel bestritten übrigens um 16.15 Uhr die Mannschaften „Vorwärts Bundesbahn" und „Käsfüß", Turniersieger wurde „Vorwärts".
Zu erwähnen wäre noch, daß auch die Aufräumarbeiten gut funktionierten und es nach Auskunft beim Hausmeister in dieser Hinsicht keine Klagen gibt.
Obwohl vom Institutsleiter während des Spiels dem FSR ein Disziplinarverfahren angedroht worden war, sind bis heute – soweit bekannt – noch keine Maßnahmen unternommen worden. Wir hoffen, daß es dabei bleibt.

mw

Das Fußballturnier ist nur eine der Aktivitäten, die in Freiburg zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes organisiert wurden.
Das Freiburger Indochina-Komitee konnte im Zeitraum von Februar bis Juni d.J. nahezu 9.000,– DM überweisen, die für die Beschaffung einer medizinischen Ausrüstung für Vietnam verwendet werden.
Solche Ausrüstungen haben schon während des Krieges gute Dienste geleistet, jetzt, nach der vollständigen Befreiung, können sie weiter ausgebaut werden und sollen schließlich der Ausgangspunkt für den Aufbau eines Kliniknetzes werden (vgl. den entsprechenden Spendenaufruf für Kambodscha in der letzten Ausgabe der ‚blätter des iz3w'). Zum Erfolg dieser Sammlung beigetragen haben vor allem einzelne Fachschaften der Universität, die auf Anregung des Komitees Solidaritätsbasare veranstalteten. Dazu wurden Studenten aufgerufen, nicht mehr benötigte Fachbücher u.a. zur Verfügung zu stellen. Die Fachschaften Klinik und Psychologie brachten auf diese Weise allein ca. 4.000,– DM zusammen! Erfolgreich war auch eine Straßensammlung und Sammlungen auf einer 1.Mai-Veranstalung sowie zwei Solidaritätsfeste.
Neben dem materiellen Erfolg dieser Aktivitäten ist aber vor allem wichtig, daß sie dazu halfen, die Anstrengungen und Erfolge im Aufbau Vietnams bekannt zu machen und – auch jetzt nach der Befreiung des Landes – die Unterstützung für den Aufbau eines unabhängigen und demokratischen Vietnam fortzuführen. Denn gerade in der schwierigen Situation des durch den Krieg zerstörten Landes werden die imperialistischen Mächte Anstrengungen unternehmen, das Land auf dem Weg über ‚Entwicklungshilfe' in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen.
Für die nächste Zeit wollen deshalb die westdeutschen Indochinakomitees weiterhin – vor allem in den Bereichen Kultur und Erziehung – zum Aufbau eines freien und unabhängigen Vietnam beitragen. Wir werden darüber in einer unserer nächsten Nummern berichten. Materialien können angefordert werden über:
Indochina-Komitee Heidelberg, c/o M. Linke, 69 Heidelberg, Werderstraße 8, Telefon: 06221/472144 -ge-



SOLIDARITÄTSAKTIONEN FÜR DEN BEFREIUNGSKAMPF IN OMAN

Die „Volksfront für die Befreiung Omans" (PFLO) wendet sich in einem Aufruf „an das Volk von Westdeutschland und an seine fortschrittlichen und demokratischen Kräfte". In dem Aufruf heißt es u.a.:

„Zehn Jahre sind vergangen seit Beginn des Kampfes des omanischen Volkes, den es weiter führt, um die Prinzipien zu verwirklichen, deretwegen es die bewaffnete Revolution im Juni 1965 begonnen hat: Beendigung der ausländischen militärischen und politischen Präsenz, Verwirklichung der Unabhängigkeit und Aufbau einer nationaldemokratischen Herrschaft im Interesse der Volksmassen.
Oman, das in der süd-östlichen Ecke der arabischen Halbinsel liegt, hat eine einmalige strategische Lage und besitzt große Mengen natürlicher Reichtümer. Deswegen halten die Imperialisten an ihrer Herrschaft in Oman fest und schrecken dabei nicht davor zurück, die abscheulichsten Mittel einzusetzen, um ihre Kontrolle zu behalten.
Oman grenzt an drei wichtige Meere: den arabischen Golf, das omanische und das arabische Meer (1). Diese drei Meere stellen eine wichtige Wasserstraße für die Öltanker dar, die das Öl von den Golfstaaten in die westlichen Industrieländer transportieren. Deswegen ist die Kontrolle über diese Meere, speziell aber die Kontrolle über Oman das Hauptziel des britisch-amerikanischen Imperialismus und seiner Handlänger in diesem Gebiet geworden. Oman verfügt außerdem über große Rohstoffvorkommen, z.B. das Erdöl, Mineralien und die Reichtümer des Meeres. Es ist weiterhin in der Lage, große landwirtschaftliche Erträge zu produzieren.
Trotz dieser einmaligen strategischen Lage und der großen Reichtümer lebt das omanische Volk seit Beginn der Kontrolle über Oman durch die Briten im Jahr 1798 in großer Armut und Rückständigkeit. Das omanische Volk hat sich jedoch mit diesen Zuständen nicht abgefunden, sondern sich bewaffnet und mit verschiedenen Mitteln gewehrt.

Oft ist es in seinem Widerstand bis an die Grenzen der Hauptstadt Maskat vorgedrungen, aber immer wieder intervenierten die Briten mit ihren Landtruppen und mit ihrer Flotte, um das omanische Volk zu unterdrücken und ihre Handlanger, die Abu-Said-Familie, an der Macht zu halten."

Obwohl 30 % des auf der Welt geförderten Erdöls aus dem Golfgebiet kommen, und dort 60 % der Welterdölreserven liegen, leben breite Massen nahe am Verhungern; medizinische Versorgung und Schulbildung gibt es nur für die Reichen.
Seit 1965 gelang es, durch die Aufnahme des bewaffneten Kampfes vor allem in der Südprovinz Dhofar, befreite Gebiete zu errichten. Über ihre Arbeit schreibt die PFLO:

„Die bewaffnete Revolution hat große Erfolge erzielt, darunter die Befreiung der ländlichen Gebiete in Dhofar, den Aufbau der Volksherrschaft in den befreiten Gebieten durch die Volksräte, die Herstellung der sozialen Gerechtigkeit durch die Zerschlagung der Ausbeutung des Bodens, der Wasserstellen und der Weideplätze durch die Feudalherren. Sie wurden ohne Unterschied in Gemeineigentum verwandelt. Es sind neue Beziehungen aufgebaut worden, die auf Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung zwischen allen Bürgern, ob Männern oder Frauen, beruhen, indem die Sklaverei, die Stammes-, die rassischen- und sippenbedingten Spaltungen innerhalb der Reihen des Volkes abgeschafft wurden.
Es wurde eine starke Volksbefreiungsarmee aufgebaut, die den Kampf gegen die Kolonialisten und ihre Helfershelfer aufgenommen hat, sowie eine Volksmiliz zur Verteidigung der befreiten Gebiete. Bildung und Wissen wurden unter den Volksmassen verbreitet, und es wird angestrebt, das Analphabetentum, dessen Rate vor der Revolution 99 % betrug, zu beseitigen und eine neue nationale Kultur zu verbreiten und die Gesundheitsfürsorge, die die Volksmassen entbehren mußten, zu sichern."

Auf Einladung zahlreicher westdeutscher Nahost- und Palästinakomitees, der Generalunion arabischer Studenten (GUAS) und der Konföderation iranischer Studenten (CISNU) führt eine Delegation der PFLO in der 2. Novemberhälfte eine Rundreise durch (Veranstaltungen in Westberlin, Köln, Freiburg, Heidelberg und Bremen). Sie wird begleitet von einer Schüler-Kulturgruppe aus einer Schule in den befreiten Gebieten.

Durch diese Rundreise soll vor allem Unterstützung gewonnen werden für den Wiederaufbau einer zerstörten Schule in den befreiten Gebieten. Einzelne Schulklassen haben sich bereiterklärt, hierfür eine Patenschaft zu übernehmen. Vor allem die Lehrer und Schüler unter unseren Lesern möchten wir auf diese gute Möglichkeit hinweisen!

SPENDENKONTO „Humanitäre Hilfe Dhofar"
Bank für Gemeinwirtschaft
Westberlin, Konto Nr. 1 004 704 304

Jeder, der dieses Vorhaben selbst unterstützen will, sollte sich mit derfür diese Kampagne eingerichteten Koordinationsstelle in Verbindung setzen:

Koordinationsausschuß
Günter Buschmann
D-78 Freiburg, Wannerstraße 1
Telefon: 0761 / 27 42 62 (18-20 Uhr)

Von dort können auch folgende Materialien bezogen werden:

- ein vierseitiges Faltblatt mit dem Aufruf der PFLO, einem Interview, Informationen zum Projekt des Wiederaufbaus einer Schule (DM 0,20)
- eine Broschüre mit Dokumenten der PFLO, Artikel zur Kolonialgeschichte und dem Befreiungskampf in Oman (DM 3,50)
- eine großformatige Bild-Wandzeitung (DM 0,20)
- ein Kalender für 1976 mit Bilder aus dem Befreiungskampf (ca. DM 5,00)
- eine Langspielplatte mit Liedern aus dem Kampf des Volks von Oman (DM 15,00)
- versch. Postkarten mit Konderzeichnungen aus den befreiten Gebieten (DM 0,50)
- Kugelschreiber mit dem Aufdruck PFLO (DM 1,00)

Ferner kann eine Dia-Serie (mit Text) über Geschichte und Ziel des Befreiungskampfes und den Aufbau in den befreiten Gebieten ausgeliehen werden.

IN EIGENER SACHE:

WIR MÜSSEN LEIDER AUCH DIE PREISE ERHÖHEN

Steigende Druck- und Materialkosten für unseren Büro-Betrieb sowie für unser Zeitschriftenarchiv und die Bibliothek machen es notwendig, von Januar nächsten Jahres (1976) ab die Preise für Abonnement und Einzelexemplar der „blätter des iz3w" um durchschnittlich 11 % zu erhöhen. Für unsere Abonnenten sehen wir wiederum eine Preisstaffelung vor:

Der *„Normalpreis"* für ein Jahresabonnement soll zukünftig bei 28,00 DM liegen. Daneben bieten wir weiterhin einen *ermäßigten Abonnementpreis* von 20,00 DM an. Wir gehen hierbei davon aus, daß die anhaltende Preisentwicklung nicht nur uns, sondern auch einen wesentlichen Teil unserer Leser trifft. Insofern halten wir es für wichtig, bestimmten einkommensschwachen Gruppen unserer Leser, das sind insbesondere Studenten, Schüler, Lehrlinge und Arbeitslose auch im kommenden Jahr einen Vorzugpreis anzubieten. Wir stellen es hierbei dem einzelnen Leser frei, sich *nach eigener Einschätzung* für den Abonnement-Normalpreis (DM 28,00) oder für den ermäßigten Abonnementpreis zu entscheiden.(Rechnungsabschnitt siehe unten).

Die Einnahmen aus den Abonnementgebühren weiterhin nicht kostendeckend

Leider müssen wir auch im kommenden Jahr damit rechnen, daß trotz der Mehreinnahmen aus den Abonnement-Gebühren die bei der Herausgabe der „blätter" anfallenden Kosten wiederum nicht kostendeckend sind. Vermutlich werden abermals ca. 30 % dieser Kosten aus Spendenmitteln, d.h. im Genaueren aus den Mitteln des FÖRDERKREISES der Aktion Dritte Welt aufgebracht werden müssen. Das möchten wir anhand der nachfolgenden Zahlen verdeutlichen:

- Die „blätter des iz3w" erscheinen derzeitig in einer Auflage von 4.500 Exemplaren pro Ausgabe. Dabei entstehen uns an Satz- und Druckkosten bei einer durchschnittlichen Zahl von 55 Seiten pro Ausgabe — DM 5.200,00
- Aus der Belieferung unserer gegenwärtig 2.700 Abonnenten ergeben sich Post- und Materialgebühren in Höhe von — DM 1.450,00
- Zusätzliche Versandkosten resultieren aus dem Versand von Probeexemplaren der „blätter" — DM 150,00
- Die aus unserem Bürobetrieb anfallenden Kosten (Miete, Material usw.) und die Kosten, die uns aus dem Unterhalt unseres relativ grossen Zeitungsarchivs (über hundert Periodika, die uns z.T. allerdings auf der Basis von Austauschabos zugehen) liegen zur Zeit auf jeweils eine Ausgabe der „blätter" umgerechnet, bei ca. — DM 2.150,00
- Kosten entstehen uns schließlich noch aus der Beschäftigung von Hilfskräften, die uns in Teilzeitarbeit helfen, die zunehmend anfallende Routinearbeit (Versand, Kartei-Führung, Archiv-Ordnung usw.) — DM 1.200,00
- Gesamtkosten pro Ausgabe der „blätter" insgesamt — DM 10.150,00

===========

Den Kosten pro Ausgabe der „blätter" stehen aus den Abonnement-Gebühren und aus dem Verkauf von Einzelexemplaren (Buchhandlungen, Büchertische, Nachbestellungen) durchschnittlich Einnahmen von 7.250,00 DM gegenüber. Daraus ergibt sich für unsere Kasse ein Defizit von zur Zeit 2.900,00 DM pro Ausgabe

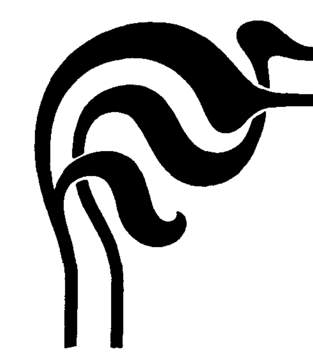
Daß es sich hierbei um keine fiktive Rechnung handelt, mag den Leser der „blätter" ein Vergleich mit jenen Zeitschriften beweisen, die wie die „blätter" über so gut wie keine Einnahmen aus bezahlten Werbe-Anzeigen verfügen. Das Anzeigen-„Geschäft" bringt uns derzeitig kaum mehr als 200,– bis 300,– DM pro Ausgabe der„blätter".

Es ist für den Leser leicht nachzurechnen, daß auch nach der angekündigten Preiserhöhung ein Defizit aus dem Verkauf der „blätter" fortbestehen wird.
Es ist zunächst allerdings bei „nur" 21 % anzusetzen, wird dann aber im Verlauf des kommenden Jahres entsprechend der mit Sicherheit anhaltenden allgemeinen Preisentwicklung erneut auf ca. 25 % anwachsen. Wie in den vorangegangenen Jahren sind wir deshalb wieder in ganz entscheidender Weise auf die *Spendenbereitschaft* unserer Leser angewiesen. Zu einem gewissen Teil decken wir das im Vertrieb der „blätter" immer wieder entstehende Defizit aus der Selbstbeisteuerung der Mitarbeiter der „blätter" (ca. 800,– DM pro Ausgabe). Der „Rest" muß aus den Spendenaufkommen unseres *Förderkreises* gedeckt werden.

Deshalb unser eindringlicher Appell an die Leser der „blätter" *soweit* sie die Arbeit der „blätter" für wirklich wichtig erachten und ökonomisch „besser gestellt" sind, . . .

- *entweder* den Rechnungsbetrag aus der Abonnement-Verpflichtung nach oben 'abzurunden'
- *oder* dem Förderkreis der Aktion Dritte Welt, der Trägerorganisation der „blätter des iz3w" beizutreten; das hieße konkret das unten auf der rechten Seite abgedruckte *Dauerauftragsformular* ausgefüllt *Ihrer Bank* zuzuschicken.
  Der uns über den Förderer-Dauerauftrag *monatlich* zugehende Betrag sollte dabei aus rechnungs-technischen Gründen *nicht unter 5,– DM* (ÖS 35,– / SF 5,–) liegen (nach oben gibt es selbstverständlich kein Limit, ha, ha!). Falls Sie weniger als 5,– DM für uns „abzweigen" wollen, bitten wir Sie Ihre Spende über eine Aufrundung der Abonnement-Rechnung (Vordruck unten links auf der Seite) uns zugehen zu lassen. Mitglieder des Förderkreises erhalten die „blätter" kostenlos zugesandt. Die Abonnement-Rechnung entfällt also für die Förderer.

red.





GESCHENKVORSCHLAG FÜR DEN WEIHNACHTLICHEN GABENTISCH:

EIN JAHRESABONNEMENT DER „BLÄTTER" DES IZ3W"

Auch in diesem Jahr haben wir uns (für Sie) wieder den Kopf darüber zerbrochen, wie wir Ihnen aus der all-weihnachtlichen Geschenkverlegenheit heraushelfen können; und wieder kamen wir auf den vortrefflichen Einfall, Ihnen als Geschenk für politisch noch belehrbare Onkel, Tanten, Omas, Opas, Väter, Mütter usw. ein Jahresabonnement der „blätter des iz3w" zu empfehlen.

Solch ein Geschenk könnte sich freilich als politische Provokation oder Bombe mit Zeitzündung erweisen (bei einem Mitarbeiter der „blätter" ging das im letzten Jahr voll ins Auge);
Sie riskieren also 'was: Sie zeigen damit aber **persönlichen Mut** und Sinn für **„individuelles Schenken"**.

Doch im Ernst: so abwegig wäre es eigentlich nicht, sich einer (oder auch mehrerer . . .) der vielen lästigen Geschenkverpflichtungen zu Weihnachten durch ein Abonnement der „blätter" zu entledigen.

Sicher, wir raten Ihnen dazu, um unseren Abonnentenstamm (zur Zeit 2.700) zu vergrößern. Überlegen Sie jedoch, daß die „blätter des iz3w" sich zu 60 bis 70 % aus den Abonnement-Gebühren tragen müssen (Rest: aus Spenden des Förderkreises der Aktion Dritte Welt; vlg. dazu im Genaueren die Rückseite des Deckblatts dieser Ausgabe). Wenn Sie also auf diese Weise für uns „werben", stellt das für uns eine Hilfe dar.

Bestellschein für Geschenkabonnement

Ich bestelle für

....
Name des Beschenkten

....
Postleitzahl und Ort

....
Straße und Hausnummer

ein Jahresabonnement der blätter des iz3w zum

☐ Normalpreis DM 28,00

☐ ermäßigten Preis DM 20,00

Bitte senden Sie mir die Rechnung, das Jahresabonnement wird von mir bezahlt.
Der Beschenkte erhält rechtzeitig ein Exemplar der „blätter" und eine Benachrichtigung.

....
Name des Schenkers

....
Postleitzahl und Ort

....
Straße und Hausnummer

....
Unterschrift des Schenkers

————————*(Diesen Abschnitt können Sie ausgefüllt Ihrem Geldinstitut schicken)*————————

An ....
(Bank / Sparkasse)

Bitte überweisen Sie von meinem Konto Nr. .... bei Ihnen bis auf Widerruf,

beginnend am .... jeweils zum .... jeden Monats, den Betrag von ....

auf folgendes Konto der Aktion Dritte Welt e.V, D 7800 Freiburg i.Br., Postfach 5328:

- ☐ **Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 14 82 39-755;**
- ☐ **Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047;**
- ☐ **Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.**

NAME, ADRESSE: UNTERSCHRIFT:



3. WELT MAGAZIN
Einführungspreis
DM 3.50
Sonderausgabe 100 Seiten
bestellen bei:
pdw verlag
progress dritte welt
53 bonn buschstr 20
Nukleare Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik und Südafrika
Dokumentation des African National Congress of South Africa
Südostasien nach Vietnam